

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



12. Januar 1985
Jg. 6 Nr. 1

G 7756 D Preis:
2,50



Landwirtschaft: Welche Forderungen erheben die Bauern gegenüber Einkommensenkungen? Seite 8



Südafrika/Azania: Aktionen zur Unterstützung der angeklagten Streikführer Seite 17



Deutschlehrplan Hauptschule: Lernziel: Unfähigkeit zur Vertretung von Arbeiterinteressen; feste Arbeiten genügt Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Abüstungsgespräche: USA, BRD und die übrigen NATO-Imperialisten wollen statt Verständigung Erpressung.....	4
Arbeitschutz: Weniger Rechte für Betriebsräte?.....	7
Sozialhilfe-Neuregelung: Forderungen der GRÜNEN.....	7
Landwirtschaft: Welche Forderungen erheben die Bauern gegenüber Einkommensenkungen?.....	8
Maßnahmen von EG und Bund zum Agrarmarkt	9
Ausländerpolitik: Biedenkopf macht den Unionsanhang scharf für Zimmermanns Ausländergesetz... ..	10
Hungerstreik der politischen Gefangenen: Die Reaktion will die Gefangenen brechen und kalkuliert Tote ein	11
Aus dem Einstellungsantrag der Verteidiger von B. Mohnhaupt und Ch. Klar	12
Auslandsberichterstattung	
Türkei: Özals "Stabilitätspolitik": Bereicherung für Imperialisten und Spekulanten.....	14
Militäreinsätze gegen das kurdische Volk.....	15
Brasilien: Neues Informatikgesetz.....	15
Indien: Das Programm der neuen Regierung.....	16
Österreich: Wer profitiert an der Energiepolitik?.....	16
USA: Kriegsbudget: Die Ärmsten zahlen.....	17
Südafrika/Azania: Aktionen zur Unterstützung der angeklagten Streikführer.....	17
Internationale Meldungen.....	18
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten.....	20
Kommunale Kriegsvorbereitungen: Atombunkerprogramm für 100 Mio. DM — eine "humanitäre" Aufgabe	21
Weingarten: Wohnungsräumung im Abriß-Stadtteil Promenaden-siedlung	22

KARDINAL HÖFFNER FÜR "VATERLANDSLIEBE"

Kardinal Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hielt bei der Eröffnung des Neubaus der BRD-Botschaft beim Vatikan am 11. Dezember eine Ansprache und propagierte die "Vaterlandsliebe". Er betonte: "Das Zweite Vatikanische Konzil hat zu einer 'hochherzigen und treuen Vaterlandsliebe' aufgerufen." Nun kennt Höffner die Auswirkungen, die der vorerst letzte Versuch des deutschen Finanzkapitals hatte, im Namen der Vaterlandsliebe den imperialistischen Überfall auf andere Länder zu organisieren: "Ich gestehe, daß es seit der letzten Katastrophe des Zweiten Weltkrieges schwer war, die christliche Botschaft von der Vaterlandsliebe zu verkünden." Die Ergebnisse der Niederlage lassen die westdeutsche Bourgeoisie aber nicht ruhen. Höffner: "Mir scheint, daß die Zeit gekommen ist, sich auch bei uns wieder auf die christliche Botschaft vom Verhältnis zum Volk, zum Vaterland, zum Staat zu besinnen ... Die christliche Vaterlandsliebe hat etwas mit Gott zu tun und wird ... vor allem in Zeiten der Not sich bewähren." Bekannt ist, daß der Vatikan die Expansion des deutschen Finanzkapitals unter der Nazi-Herrschaft kräftig unterstützt hat. Mit seiner Vaterlands-Rede betreibt der Kardinal die Unterstützung für das Programm der Regierung, das "deutsche Vaterland" wieder in großdeutschen Grenzen zu errichten. — (gba)

KOHL'S MOTTO FÜR SCHLESSEN

Ein Ergebnis der öffentlichen Debatte über das Motto des Schlesiertreffens vom 14. bis 16. Juni in Hannover steht schon fest: Das Treffen ist unter Reaktionären propagiert. Ein anderes Ergebnis scheint noch offen: Unter welchem Motto das Schlesiertreffen stattfinden wird. Auch in der Union rührt sich hartnäckige Kritik. Alfred Dregger hat sich an die Spitze dieser Kritik gesetzt. Die FAZ zitiert ihn: "Kontraproduktiv sei die Grenzdiskussion, weil die Westverschiebung Polens auch den Sinn gehabt hätte, zwischen Deutschen und Polen ewige Feindschaft zu säen. Polen wie Deutsche sollten dieses Vermächtnis Stalins nicht erfüllen. Für beide sei die Freiheitsfrage wichtiger als die Grenzfrage." Der Mann kennt den Unterschied von Hauptfeind und erstem Opfer! Derweil übt sich die bürgerliche Presse in staatstragender Unkenntnis über den Urheber des Mottos. Dabei steht fest: zuerst beriet Kohl mit dem "Schlesier"vorstand über die Aktion in Hannover, und dann veröffentlichte dieser sein Motto. Worüber wohl Kohl mit dem "Schlesier" beraten hat? Über das Motto und den Ablauf der Aktion. Worüber

auch sonst.

In der Folge begannen zahlreiche Unionsvertreter öffentlich schroff nach rechts zu rücken. Der Deutschlandtag der Jungen Union lehnte im Beisein Kohls selbst die vorläufige Respektierung der polnischen Westgrenze ab. Am 13.12. kündigte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Lintner, für 1985 Unionsinitiativen "über die menschenrechtliche Lage der Deutschen in der DDR und Osteuropa" an und betonte, die Union wolle "in der Deutschlandpolitik zu einer deutlicheren Sprache zurückkehren und Rücksichtnahmen



Schlesiertreffen '83: Hupka, Albrecht

auf den Koalitionspartner aufgeben". Das machte Genscher zur "Kontinuität in Person" für die Deutschland- und Ostpolitik und erlaubte ihm, sich wenige Tage nach seiner ungeheuerlichen Forderung, Wehrmachtgräber in Polen ehren zu wollen, entrüstet dagegen zu verwahren, er sei ein "Verzichtspolitiker". SPD-Vogel entdeckte prompt "Gemeinsamkeiten" mit Genscher. So treibt Kohl Regierung, Union, FDP und selbst die SPD nach rechts, läßt von Boenisch diffuse "Bedenken" austreten und weiß die ganze Zeit "von nichts". — (rül)

DEMONSTRATION GEGEN BERUFSVERBOTE

Für den 26. Januar, den 13. Jahrestag des "Radikalenerlasses", haben die hessischen und rheinland-pfälzischen "Komitees gegen Berufsverbote" zu einer Demonstration in Frankfurt aufgerufen:

"Seit dem Amtsantritt der Bonner Rechtskoalition haben die Angriffe auf die demokratischen Rechte in allen Bereichen drastisch zugenommen. Berufsverbote sind die Spitze der Politik des Demokratieabbaus. Die Praxis der Berufsverbote wird ausgeweitet und verschärft. Dadurch soll wachsender Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung in den Gewerkschaften, der Friedens- und anderer sozialer Bewegungen gebrochen werden. Ein Klima der Einschüchterung und Anpassung soll erzeugt werden, indem Einzelne, besonders Aktive herausgegriffen werden. Der Zusammenhang zwischen Hoch-

rüstung, Raketenstationierung und Sozialabbau einerseits und dem Abbau demokratischer Rechte, Berufsverbote und innerer Militarisierung wird immer offensichtlicher...

Wir rufen auf zu einer Demonstration und Kundgebung.

Für die Verteidigung demokratischer Rechte – Gegen Berufsverbote! Am 26. Januar 1985, 11.00 Uhr Auftaktkundgebung am Paulsplatz in Frankfurt/Main".

Auf der Kundgebung werden J. Stark, hessischer Landesvorsitzender

der DPG, der rheinland-pfälzische Vorsitzende der GEW sowie Vertreter der SPD, der GRÜNEN und der DKP sprechen. Erfreulich ist, daß die hessischen "Komitees gegen die Berufsverbote" den Versuch unternehmen, eine Aktionseinheit gegen die Säuberungswelle im öffentlichen Dienst zustande zu bringen und sich nicht – wie in vielen Aktionen gegen Berufsverbote sonst leider der Fall – darauf beschränken lassen, "Einzelfallprüfungen auf Verfassungstreue" zu fordern. – (clm)

Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen von AFSB, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG (NHT), KPD, PA

Mitteilung

Mitte Dezember fand ein gemeinsames Leitungstreffen von Vertretern der AFSB, des BWK, der FAU-HD(A), der FAU/R, der KG (NHT), der KPD und der PA in Frankfurt statt. Die Vollversammlung der Leitungen hatte im Oktober beschlossen, daß auf einer solchen Sitzung über gemeinsame Aktivitäten gegen die Ausländergesetze und zur Verweigerungskampagne gesprochen werden soll.

Bezüglich des Kampfes gegen die reaktionären Ausländergesetze wurde Übereinstimmung darin erzielt:

– Maßnahmen zur Verschärfung des Ausländergesetzes sollen bekämpft werden.

– Die beteiligten Organisationen greifen alle Bestrebungen auf und unterstützen alle Forderungen, die sich für die "gleichen Rechte" der Ausländer aussprechen.

– Die Organisationen stellen in der Propaganda den Zusammenhang zu den Ausländergesetzen her. Die Ausländergesetze sind die Grundlage der besonderen Unterdrückung.

– Wir setzen uns für die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer ein.

Die beteiligten Organisationen sagten der Volksfront zu, die Verbreitung eines Flugblatts gegen die Novellierung des Ausländergesetzes zu unterstützen.

Die Vertreter der Leitungen von AFSB, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG (NHT), KPD und PA beauftragten das gemeinsame Präsidium der Vollversammlung, der nächsten gemeinsamen Vollversammlung im Februar einen Vorschlag für Aktionen gegen das geplante Zivilschutzgesetz vorzulegen.

*



Seit dem 1.1. hat der BDI einen neuen Vorsitzenden: Dr. Hans Joachim Langmann (Bild). Langmann kommt wie BDA-Chef Esser vom Chemiekonzern E. Merck. Das "Familienunternehmen" mit einem Grundkapital von 254 Mio. DM ist von den IG-Farben-Nachfolgern schon oft für Verbandsaufgaben vorgeschoben worden. Die Mercks sind erprobte "Wehrwirtschaftsführer". – (rül)

Lehrstellenkampagne: Tarifrechte werden angegriffen..... 22

Chemische Industrie: Conti wechselt Arbeitgeberverband.... 23

Schlesiertreffen 1985: Revanchistische Absichten..... 23

Deutschlehrpläne Hauptschule: Lernziel: Unfähigkeit zur Vertretung von Arbeiterinteressen; feste arbeiten genügt 24

Münchner Kommunalpolitik: Forderungen der linken Opposition 25

Städtepartnerschaft: Unterstützung Israels..... 25

Orientierungsstufen/Niedersachsen: CDU-Reaktion plant Senkung der Ausbildungsstandards 26
CDU: Zurück in die 60er Jahre?... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

38,5-Stunden-Woche: Neueinstellungen gegen die Intensivierung gefordert 29

Sozialstatistik

Einkommen: (II): Einkommensklassen in der Zielbestimmung bürgerlicher Politik 30
Dokumentiert: Begründung der Steuerreform..... 31

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kunstmalerie: Nationale Elemente in der aktuellen Kunst?.... 32

RWE-Tribunal: Fünf Gründe, den Konzern zu entflechten und zu kommunalisieren..... 33

Weiterbildungskongreß: Späth: Jeder muß was Neues lernen, soll aber selber dafür zahlen.. 34

Spezialberichte

Familienpolitik: Geburtsprämien, Rentenkürzung und Ausweitung von Teilzeitarbeit für Mütter 36
Familienpolitik in Baden-Württemberg: Die CDU will Frauenprobleme lösen..... 37
Demonstration am 23.2. gegen den §218 38
Daten zur Teilzeitarbeit..... 39

Titelbild: Karikatur, tis, Hamburg

Abrüstungsgespräche

USA, BRD UND DIE ÜBRIGEN NATO-IMPERIALISTEN WOLLEN STATT VERSTÄNDIGUNG ERPRESSUNG

Bundeskanzler Kohl erklärte in seiner Neujahrsansprache, daß die Gespräche zwischen dem amerikanischen Außenminister Shultz und dem sowjetischen Außenminister Gromyko über erneute Abrüstungsgespräche und deren Themenbereiche am 8./9. Januar in Genf "uns unserem Ziel näher bringen: Friedens schaffen, mit immer weniger Waffen". Durch ihre klare Haltung in der Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen habe die Bundesregierung nicht nur "an Ansehen und Gewicht gewonnen", sondern auch ihren "Beitrag für die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen" geleistet. Die verschiedenen Imperialisten und die bürgerliche Presse wiederholen in zahlreichen Variationen die Propagandalüge, die Sowjetunion sei durch die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses zurück an den Verhandlungstisch gezwungen worden, und dadurch sei nun der Frieden sicherer geworden.

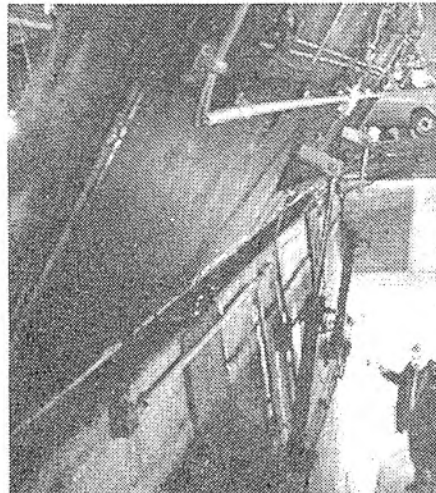
Ziel: Entwaffnung der Sowjetunion

Ganz abgesehen davon, daß das Scheitern der INF-Verhandlungen vor einem Jahr nicht von der Sowjetunion zu verantworten ist, sondern Ergebnis des Stationierungsbeginns der Mittelstreckenraketen in der BRD war: Die jetzt ins Auge gefaßten Verhandlungen haben von Seiten der NATO-Staaten dasselbe Ziel wie die gesteigerten Rüstungsanstrengungen, nämlich die Entwaffnung der Sowjetunion.

Bis zum Beginn der Gespräche sind in der BRD 72 von 108 geplanten Per-

shing-II-Raketen einsatzbereit aufgestellt. Auf ihrer Wintertagung Anfang Dezember hatten die Außenminister der NATO-Staaten den planmäßigen Fortgang der Stationierung der Mittelstreckenraketen sowie umfassende konventionelle Aufrüstungen beschlossen und erneut bekräftigt, daß sie bereit seien, als erste Atomwaffen einzusetzen. Inzwischen erklären die in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten ganz offen, daß sie "die Teilung Europas überwinden" wollen und die Sowjetunion dazu zwingen wollen, dies hinzunehmen.

Das von der US-Regierung für zunächst 28 Milliarden Dollar in Auftrag gegebene "Programm für strategische Verteidigung (SDI)", vor allem die



Zivilschutz ist Kriegsvorbereitung.
Bild: Eingang zu einem Atombunker

Entwicklung von Anti-Satelliten- und Anti-Raketenwaffen, die im Welt- raum stationiert werden sollen, soll eine weitere wichtige Voraussetzung dafür schaffen. Würde allein die NATO über Weltraumwaffen und anti- ballistische Raketen verfügen, mit denen startende und anfliegende feindliche Raketen zerstört werden können, wäre die atomare Bewaffnung der Sowjetunion weitgehend entwertet. Die Mittelstreckenraketen und damit aber auch die konventionelle Aufrüstung der NATO und insbesondere der BRD würden immens an Gewicht gewinnen. Die Truppen der Sowjetunion wären nämlich ständig durch den möglichen Einsatz von Atomwaffen bedroht und könnten konzentriert angreifenden Truppen der NATO deshalb nur ganz aufgelockert entgegentreten. Die NATO könnte mit guter Aussicht auf Erfolg mit der militärischen Überwindung der Spaltung Europas beginnen.

Beteiligung von BRD und "Eurogroup"

Nach Bekanntgabe des Programms für strategische Verteidigung durch US-Verteidigungsminister Weinberger im März 1984 äußerten die Regierungen der europäischen NATO-Staaten zunächst Bedenken dagegen. Verteidigungsminister Wörner befürchtete, "daß zwei Klassen von Bündnispartnern entstehen könnten, nämlich die USA und mit Einschränkung Kanada, die unter dem Schirm von Raketenabwehrsystemen stünden, und die europäischen Länder, die diesen Schutz

"GEMEINNÜTZIGE" ALS MIETPREISTREIBER

"1985: Jahr der Entscheidung" jammert die Zeitschrift "Gemeinnützige Wohnungswirtschaft". Gemeint sind reaktionäre Pläne zur Anhangvergrößerung durch forcierte Wohneigentumsbildung bei weitgehender Einstellung der Neubauförderung gemeinnütziger Unternehmen. Das soll ebenso Gesetz werden wie eine Aufgabenreform auf Verwaltung kleiner kommunaler "Problemfallreserven" oder Umwandlung in "freie" Unternehmen zu Lasten unterer Einkommen durch Mieterhöhungen und Verdrängungen. Als "Ausgleich" ist ihnen noch größere Kapitalrückbildung durch höhere Instandsetzungs- und Schönheitsreparaturrücklagen ab 1.5.84 gewährt worden, die dankend zu Jahresmieterhöhungen von 300 bis 350 DM genutzt wurden. Jetzt werden nach § 25a NMVO alle Hausnebenko-

sten aus den Sozialmieten zu Jahresbeginn ausgegliedert und um ein "Ausfallwagnis" von 2% erhöht, als Vorauszahlung erhoben. Folge: Weitere Jahresmieterhöhungen von 200 bis 250 DM bzw. 17 bis 21 DM im Monat. Kein Wunder, daß sich der Haß gegen dieses Komplott gegen die Gemeinnützigen zuerst richtet. — (ped)

NEUE "SPEERE" DER "VORNEVERTEIDIGUNG"

Den Auftrag für zehn Minenkampfböote SM 343 für 1 Mrd. DM hat Wörner soeben MBB als Generalunternehmer zulasten AEG-Telefunken erteilt. Die Minenkampfböote sollen 1988-90 voraussichtlich nach Flensburg oder Olpenitz, also den Haupthäfen der Schnellbootwaffe. Von 1978-85 hatte sich die Marine in der Ostsee angesichts der Überlegenheit der 24 U-Boote in Eckernförde und Kiel als "Pfeile" gegen die Warschauer-Pakt-Marinern auf die Modernisierung der

Schnellböote und Marineflieger als "Speere der Vorverteidigung" vor allem für Landungsoperationen bis zur Danziger Bucht konzentriert (ÖMZ 1/82). Dabei wurden die neuen Schnellböote S 143 A von vornherein zugunsten von Flugkörpern um Minensuch- und -legekapazitäten "erleichtert". Diese "Lücke" schließen die neuen Minenkampfböote SM 343 mit Schnellbootgröße, Geschützbe- waffnung und Minenkampfrüst- sätzen. — (ped)

"ÖFFNUNG DER GRENZEN": JETZT BENELUX-LÄNDER

Am 18.12.84 haben die Botschafter Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs der Bundesregierung erklärt, dem BRD-Wunsch nach "Abbau der Grenzkontrollen" nachkommen zu wollen. Dieser "Abbau von Grenzkontrollen", im Sommer zwischen der BRD und Frankreich sowie zwischen der BRD und Österreich vereinbart,



USA und BRD einig für eine aggressive Politik: Die Verteidigungsminister Wörner und Weinberger mit Staatssekretär Rühl bei einer Waffenschau.

nicht hätten." (1) Inzwischen haben sich die USA und ihre europäischen Verbündeten auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Die USA haben zugesichert, sie würden weiterhin jeden Schritt bezüglich der Verhandlungen und der Pläne für Weltraumbewaffnung insbesondere mit der BRD und Großbritannien beraten. Zuletzt hat der amerikanische Außenminister Shultz dies bei seinem Besuch Kohls im Dezember versichert. Die westdeutsche und die britische Regierung haben ihrerseits erklärt, sie unterstützen die Vorhaben der USA.

Dieser Wandel in den öffentlichen Stellungnahmen läßt darauf schließen, daß die US-Imperialisten ihre größeren europäischen Partnern eine weitgehende Beteiligung an der Entwicklung und auch Nutznießung solcher Antiraketenwaffen angeboten haben und daß diese ihre Interessen

wissenschaftlich-technisch, politisch und militärisch gewahrt sehen.

Schon der Abschluß des Roland-Patriot Abkommens zwischen der USA und der BRD im Juli letzten Jahres enthält wichtige Elemente einer solchen Übereinkunft. Die Zeitschrift "Europäische Wehrkunde" weist darauf hin, daß Entwicklungsarbeiten, welche die Patriot-Rakete zur Bekämpfung von Kurzstreckenraketen wie SS 21 und SS 23 geeignet machen, "bereits weit gediehen sind". "Zur industriellen Betreuung des modernen Waffensystems wird an die Bildung eines Firmenkonsortiums aus Deutschen und Amerikanern gedacht." (2)

Die WEU-Versammlung im Juni '84 forderte eine größere europäische Beteiligung an den militärischen Satellitenprogrammen der NATO sowie allen "weltraumpolitischen Gegenstän-

den", weil die "künftige Kriegstüchtigkeit" davon abhängt. (3)

Ende Oktober einigten sich Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand auf die gemeinsame Entwicklung eines militärischen Aufklärungssatelliten. Kohl sagte dafür einen westdeutschen Beitrag von einer Milliarde DM zu. Die für dieses Projekt eingesetzte Kommission geht nun davon aus, daß für die beabsichtigten Zwecke mindestens zwölf solcher Satelliten gebraucht werden und daß die Kosten sich beträchtlich erhöhen werden. Die europäischen Imperialisten sind entschlossen, zu selbständigen Aktionen im Weltraum fähig zu werden.

NATO-Raketen vergrößern Gewicht der BRD

Das Bundesverfassungsgericht betont in seinem wirklich lesenswerten Urteil, welches die Klage der GRÜNEN gegen die Raketenstationierung zurückweist, daß die Verfügungsgewalt über die Pershings nicht beim Staat USA liege, sondern daß die Zustimmung zur Stationierung seitens der Bundesregierung "somit als Übertragung von Hoheitsrechten ... auf die Organisation des Nordatlantikpaktes zu qualifizieren" sei. "Hieran ändert nichts, daß der Alliierte Oberbefehlshaber des Bündnisses in Europa bisheriger Übung zufolge zugleich amerikanischer Offizier ist." Zuvor wird in dem Urteil der Generalinspekteur der Bundeswehr zitiert, der darlegt, daß nach NATO-Richtlinien aus den Jahren 1967/1968 "bei der Entscheidung über einen Einsatz von Nuklearwaffen besonderes Gewicht auf die Meinung der Bündnispartner zu legen sei ... Die Einwirkungsmöglichkeit, die der Bundesrepublik Deutsch-

ist verbunden mit einem raschen Ausbau der "sicherheitspolitischen Zusammenarbeit" der Polizeiorgane. Die BRD strebt darin das Kommando an. Der Beitritt der Benelux-Länder zu diesem Projekt stärkt diese westdeutschen Gendarmenpläne. — (rül)

GRÜNE: GESETZENTWURF GEGEN PFLEGEHEIME

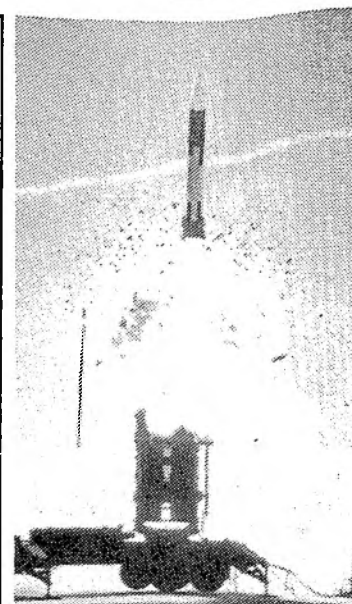
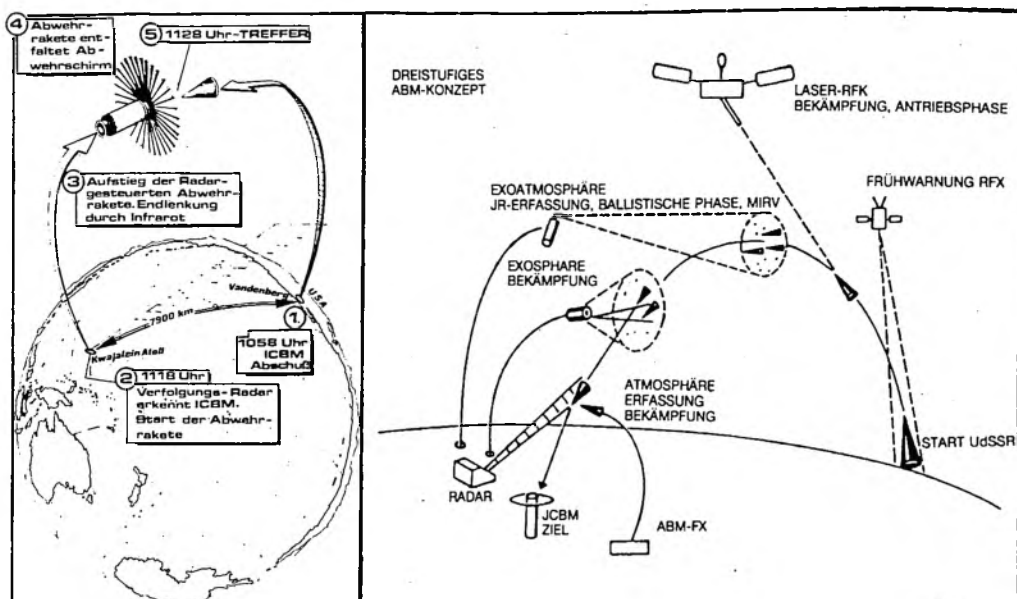
Die Abschaffung von Pflegeheimen bis 1995, stattdessen "ambulante Pflege" für Behinderte und Alte sowie die Auswahl der Helfer/innen durch den Pflegebedürftigen sieht ein Gesetzesentwurf der GRÜNEN vor. Als "ambulante Pflege" gelten dabei einzelne Helfer für Behinderte, die in ihren Wohnungen leben, Wohngruppen von Hilfsbedürftigen mit Helfer/innen, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen und Alten- und Behindertenwohnungen. Pflege im Pflegeheim soll nur auf Wunsch des Hilfsbedürftigen erfolgen. "Pflegekommissionen", in

denen Vertreter der Hilfsbedürftigen die Mehrheit haben, sollen künftig z.B. über Einsprüche der Hilfsbedürftigen gegen Pflegebescheide entscheiden. Der Gesetzesentwurf richtet sich gegen die Unterdrückung und Schikanierung der Behinderten und Alten in den Pflegeheimen. So nützlich das ist, so schädlich ist es, wenn die GRÜNEN zugleich die Bestreitung der Pflegekosten aus den Sozialversicherungen ablehnen. Die Kapitalisten bleiben so von jeder Zahlung für die Pflege alter und behinderter Lohnabhängiger befreit. (BT-Drucks. 10/2609 — rül)

VDK: PROTESTAKTIONEN GEGEN SOZIALPOLITIK

Der Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) forderte die Bundesregierung auf seiner Jahresauftaktkonferenz am 3. Januar in München auf, "die im Zuge der Sparmaßnahmen

durchgeführten Kürzungen im Sozialbereich bei der sich abzeichnenden Konsolidierung der Haushalte in diesem Jahr wieder zu beseitigen". Der Präsident des VdK Karl Weishäupl kündigte eine Vielzahl von Protestkundgebungen und Demonstrationen an, "um auch den Bedürfnissen der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen Nachdruck zu verleihen". Die erste Veranstaltung des VdK soll am 22. Januar in Bonn durchgeführt werden. Die Aktionen haben einige Bedeutung dafür, ob das Ministerium Blüm, wie jetzt angekündigt, zum 1. Juli 1985 eine noch drastischere Senkung der Altersrenten als 1984 durchsetzen kann. Effektiv sollen die Renten höchstens um 0,78% (1984 stiegen die Renten nominal um 1,07%) steigen (durchschnittliche Lohnsteigerung 1984 ca. 2,9%, abgerechnet den um 2% erhöhten Beitrag, den Rentner zur Krankenversicherung zahlen müssen). — (alk)



Links: Am 10.6.84 gelang den USA die Zerstörung eines anfliegenden Gefechtskopfes. Mitte: Verteidigungskonzept gegen Interkontinentalraketen. Rechts: Abschub einer Patriot

land als Stationierungsland somit eröffnet sei, sei für sie wichtiger als beispielsweise eine sogenannte 'Zweischlüssel-Kontrolle'." (4)

Die BRD beteiligt sich nun an der Entwicklung von Weltraumwaffen, um die Drohung, daß diese Raketen auch eingesetzt werden, zu unterstreichen.

Die Politik der Sowjetunion

Die Sowjetunion muß die aggressiven Absichten vor allem der US-Imperialisten und der BRD-Imperialisten in Rücksicht stellen. In einem Interview mit der Zeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik" erklärte Generaloberst Tscherwow, Mitglied des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte: "Das Paktieren des westdeutschen Revanchismus mit der militaristischen Politik der USA in Westeuropa beschwören eine reale Gefahr herauf, daß vom deutschen Bo-

den (vom Territorium der BRD) wiederum ein Krieg ausgehen kann." (5) Folgerichtig, wenn auch etwas sehr spät, hat die Sowjetunion gegenüber den Bestrebungen der Imperialisten, "die Ordnung von Jalta aufzuheben" und die "Spaltung Europas zu überwinden" in erster Linie den Revanchismus der BRD und ihre Bestrebungen, Deutschland in den Grenzen von 1937 wieder herzustellen, angegriffen.

Gegenüber den militärischen Erpressungsversuchen der NATO hat die Sowjetunion die Initiative für die erneuten Abrüstungsverhandlungen ergriffen und vorgeschlagen, "das nukleare Wettrüsten einzufrieren, die Chemischen Waffen zu vernichten, der Militarisierung des Weltraums Einhalt zu gebieten, das vollständige Verbot von Atomversuchen in Kraft zu setzen."

Beide Reaktionen der Sowjetunion

zielen darauf, Differenzen in der NATO auszunutzen – so haben Belgien und die Niederlande immer noch nicht ihre Zustimmung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen gegeben. Sie will damit den Revanchismus der BRD und den US-Imperialismus isolieren. Der Opposition gegen die Kriegsvorbereitungen in der BRD kann das nur recht sein.

(1) in: Archiv der Gegenwart, S.27608; (2) W.v. Raven, Das Patriot-Roland-Abkommen – Drei Fliegen mit einer Klappe, EW 8/84; (3) Western European Union, Assembly, Texts adopted, June 1984; (4) Bundesverfassungsgericht, 2 BvE 13/83 vom 18.12.84; (5) in: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 1457. Weitere Quellenhinweise: Österreichische Militärische Zeitschrift, Europäische Wehrkunde, Wehrtechnik, lfd. Ausgaben – (clm)

GEISSLER: ZIVILDIENTS-GESETZ ERFOLGREICH

Bundesfamilienminister Geißler stellte eine Hochrechnung auf, um zu beweisen, daß sich die Verlängerung des Zivildienstes von 15 auf 20 Monate "bewährt" habe. Am 2.1. erklärte er, die amtlichen Unterlagen über die Zahl der Verweigerungsanträge in den ersten vier Monaten des Jahres ließen den Schluß zu, daß sich die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gegenüber 1982 um 25% und gegenüber 1983 um 35% verringert habe. Die DFG/VK weist zu recht darauf hin, daß Geißlers Rechnung vor allem dazu dienen soll, die Verschärfung der Zivildienstbedingungen zu verteidigen. Außerdem habe Geißler folgende Bedingungen nicht berücksichtigt: Zahlreiche, auch noch nicht gemusterte Wehrpflichtige hatten bereits 1983, noch vor Inkrafttreten des Gesetzes, einen Antrag auf Anerkennung

als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Zudem sind schon in den früheren Jahren große Schwankungen in der Zahl der Anträge aufgetreten, was u.a. mit der Zahl der Musterungsbescheide zusammenhängt, die von den Kreiswehersatzämtern verschickt werden, und die 1984 zum großen Teil erst im September versandt worden sind. – (uld)

ZIMMERMANN VOR DEM BEAMTENBUND

Auf der 26. beamtenpolitischen Tagung des Deutschen Beamtenbundes hat Bundesinnenminister Zimmermann am 7. Januar seine Absicht bekräftigt, den Anteil der Beamten im öffentlichen Dienst weiter zu erhöhen. In der Bundesverwaltung werde z.B. bei jedem Ausscheiden eines Angestellten geprüft, "ob für die Wahrnehmung der Aufgaben ein Beamter zur Verfügung stehe". Zudem gefalle ihm nicht, daß manche Beamte nicht

viel mehr als das Sozialhilfeniveau verdienen. Die untere Grenze der Beamtenbesoldung müsse "deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegen", um "amtsangemessen" zu sein. Da Zimmermann die Beamtenbesoldung durch Gesetz festgelegt hat, wäre jede Interpretation dieser Ankündigung dahin, Zimmermann wolle die unteren Beamtengehälter anheben, falsch. Er unterstützt vielmehr die Absicht der Union, das Sozialhilfeniveau weiter zu senken. – (rül)

VOLKSBEGEHREN GEGEN RAKETEN EINGEREICHT

Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe, am 12.1., werden nach Angaben der Organisatoren 110000 Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die Raketenstationierung in Baden-Württemberg beim Innenminister Schlee in Stuttgart abgegeben. Die Landesregierung muß spätestens am 1.2. über die Zulassung des Begehrens

Arbeitsschutz**WENIGER RECHTE
FÜR BETRIEBSRÄTE?**

Derzeit beraten Experten des Bundesarbeitsministeriums, der entsprechenden Länderministerien sowie der Berufsgenossenschaften Änderungen der geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und deren Zusammenfassung in einem Arbeitsschutzgesetz. Das "Handelsblatt" berichtet über ein vorliegendes "Thesenpapier", das nach Mitteilung des Arbeitsministeriums auf Initiative der Landesregierungen von Hessen und Bayern zustande kam:

- "Das Konzept ... sieht drei Regelungsinstanzen vor: In dem Gesetz sollen allgemeine Grundregeln festgehalten werden, diese werden durch Rechtsverordnungen des Bundesarbeitsministers für Arbeit und Sozialordnung und durch Unfallverhütungsvorschriften der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung näher bestimmt ... Der Bundesarbeitsminister solle ... mit Zustimmung des Bundesrates insbesondere bestimmen können,
- wie die Arbeitsplätze, Arbeitsstätten, Arbeitseinrichtungen, Schutzausrüstungen, Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe beschaffen oder gestaltet sein müssen ...
 - wie die Dauer der Beschäftigung und der Gefahreneinwirkung begrenzt werden muß ...
 - welche persönlichen Schutzausrüstungen vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt und von den Arbeitnehmern benutzt werden müssen,
 - wie sich Arbeitnehmer verhalten müssen, damit sie sich und andere nicht gefährden ...
 - daß die Arbeitgeber für ihre Betriebe Betriebsanweisungen aufzustellen haben,

– daß die Arbeitgeber den Betriebs- und Personalvertretungen Vorgänge mitzuteilen haben, die sie erfahren müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Die Unfallversicherungsträger sollen zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften ermächtigt werden ...

Die Überwachung des Arbeitsschutzes wird ... den staatlichen Aufsichtsbehörden und den technischen Aufsichtsbeamten der gesetzlichen Unfallversicherung zugewiesen ... Die staatlichen und berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsbeamten sollen sowohl untereinander als auch mit den Betriebs- und Personalvertretungen zusammenarbeiten."

Zwar ist eine genauere Beurteilung aufgrund der vorliegenden Informationen – das Arbeitsministerium teilt auf Nachfrage mit, der Entwurf sei vertraulich – noch nicht möglich, jedoch sind folgende Absichten erkennbar:

Die Einflußmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte auf die Arbeitssicherheit sollen verringert und die der Kapitalisten vergrößert werden. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht vor, daß die Belegschaftsvertretung bei Änderungen von Arbeitsverfahren, Anlagen und Arbeitsplätzen ein Mitbestimmungsrecht darüber hat, daß "gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit" berücksichtigt werden (§§ 89-91). Diese Möglichkeit konnte von den Betriebsräten in vielen Fällen zu beschränkenden Auflagen gegenüber dem Kapitalisten genutzt wird. Die vorgesehene zwingende Festlegung von Mindeststandards für Arbeitsverfahren und Ausstattung durch den Gesetzgeber bzw. die Unfallversicherungen erschwert die Einflußnahme der Betriebsräte: Wenn der Bundesar-

beitsminister per Verordnung erklärt, die Temperatur in Verkaufsräumen dürfe zwischen 10 und 35 Grad betragen, hat sich der Betriebsrat dann solch "gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnis" zu beugen. Der größere Einfluß der Unfallversicherungen bedeutet einen größeren Einfluß der Kapitalisten, insbesondere der großen: Die Versicherten in der Unfallversicherung, die, zwar unter staatlicher Aufsicht, die Versicherung verwalten, sind schließlich die Kapitalisten. Weiter ist dem veröffentlichten Teil der Novellierungsabsichten zu entnehmen, daß Arbeitnehmer "den Arbeitgeber bei der Erfüllung seiner Arbeitsschutzaufgaben zu unterstützen und sich entsprechend zu verhalten" haben.

Zu befürchten ist damit eine Abweichung der Haftung der Unfallversicherung für Arbeits- und Wegeunfälle, die bisher nur bei "grob fahrlässigen Verstößen" (Trunkenheit bei der Heimfahrt o.ä.) verweigert werden konnte.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 27.12.84 – (alk)

**Sozialhilfe-Neuregelung
FORDERUNGEN
DER GRÜNEN**

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die im Dezember tagte, hat noch keine Entscheidung über die Neuregelung der Sozialhilfe getroffen (zu den Neuregelungsplänen vergl. Pol. Ber. 23/84; dort wurde fälschlicherweise schon von einer Entscheidung der Ministerpräsidenten ausgegangen). Nach Auskünften aus dem nordrhein-westfälischen Sozialministerium sollen die Differenzen

entschieden haben. Lehnt sie eine Zulassung ab, kann der Staatsgerichtshof angerufen werden. Diese Anrufung haben die Organisatoren für den wahrscheinlichen Fall der Nichtzulassung bereits angekündigt. Über den Fortgang der Tätigkeiten für den Fall, daß auch der Staatsgerichtshof ablehnt, finden zur Zeit Diskussionen statt. Einige wollen die Initiativen gewinnen für den Kampf für ein Bundesabstimmungsgesetz als Schritt zu einer anderen Demokratie. Andere treten für eine propagandistische Verbreitung des Anti-Nato-Gedankens durch die Initiative ein. Schließlich wird die Auffassung vertreten, daß die Arbeit bisher insoweit erfolgreich war, als sie die Politik der Landesregierung konkret angegriffen hat. Die Weiterarbeit in dieser Richtung und Ausweitung hinsichtlich der örtlichen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen wäre im Sinne des Anliegens der über 100000 Unterscriber. – (bhe)



Am 1.1. startete die siebte Rallye Paris-Dakar (Senegal). 1500 Fahrer, Techniker usw. nehmen teil. Die Rallye über eine Strecke von insgesamt 14 000 km und durch mehrere afrikanische Staaten ist ein dreister Kolonialistensport. Mehrere afrikanische Staaten setzen sich dagegen zur Wehr. Die algerische Regierung etwa verlangte schon im letzten Jahr von den Teilnehmern den doppelten Benzinpreis, an mehreren Zollstationen mußten die "Sportler" lange Kontrollen hinnehmen. – (rül)

zwischen den unions- und den SPD-regierten Landesregierungen in dieser Frage so groß sein, daß auch für nächste Ministerpräsidentenkonferenz am 28. Februar keine Einigung absehbar ist. Es ist damit offen, wie die Anpassung des Sozialhilfe-Regelsatzes für die inzwischen 2,4 Mio. Sozialhilfebezieher zum fälligen Termin 1. Juli '85 aussehen wird.

Von den unionsregierten Ländern wird ein "Alternatives Warenkorb-Modell" befürwortet, das für den Warenkorb Ernährung nicht mehr die statistisch ermittelten Durchschnittspreise ansetzt, sondern die niedrigsten Preise, das außerdem einen Abschlag von 10% vom durchschnittlichen Energieverbrauch für angemessen hält. Langfristig ist ein vollständiges Abgehen von jedem Warenkorb-Modell vorgesehen, um jeden fixen Maßstab für den untersten Reproduktionsstandard zu beseitigen und den Abstand im "Verbraucherverhalten" zu den unteren Lohngruppen zu wahren. Die grundsätzliche Position der SPD-regierten Bundesländer zu diesen Modellen ist nicht klar; kurzfristig befürworten sie eine Anpassung der Sozialhilfe an die Lebenshaltungskosten auf der Basis der bestehenden Bemessungsgrundlagen.

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat gegen die fortgesetzte Absenkung des untersten Reproduktionsstandards und damit auch aller Schranken für die unteren Lohngruppen zwei wichtige Entschließungsanträge in die Debatte um den Bundeshaushalt eingebracht, die abgelehnt worden sind, aber nichtsdestotrotz in der öffentlichen Diskussion behauptet werden müssen. "Im Rahmen eines Sonderprogramms zur Eindämmung der Armut soll die Bundesregierung die notwendigen gesetzlichen und administrativen Schritte einleiten, um eine Erhöhung des Eckregelsatzes der Sozialhilfe um 100 DM durchzusetzen. Diese Erhöhung ist überfällig, weil der der Berechnung zugrundeliegende Warenkorb von 1970 veraltet ist und die Überarbeitung durch den 'Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge' die Notwendigkeit dieser ca. 30%igen Anhebung ergab." Für die Kosten soll die Bundesregierung den Kommunen einen finanziellen Ausgleich gewähren.

In einem zweiten Antrag forderten die GRÜNEN für alle Arbeitslosen mit Ansprüchen auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenversicherung eine Mindestabsicherung von monatlich 950 DM, bezogen auf alleinstehende Arbeitslose. Bei Arbeitslosengeld unter diesem Mindestsatz soll der Differenzbetrag durch die Arbeitslosenhilfe und damit aus der Bundeskasse aufgebracht werden.

Quellenhinweis: div. Bundestagsprotokolle; Bundestagsdrucksachen 10/2447 und 10/2452 - (wom)

Landwirtschaft

WELCHE FORDERUNGEN ERHEBEN DIE BAUERN GEGENÜBER EINKOMMENSSENKUNGEN?

Marktordnungen und Stützungskäufe auf dem Agrarmarkt sind beileibe keine Besonderheiten der EG. Es gab sie, wenn auch noch nicht so ausgefeilt, schon in den 20er Jahren und gibt sie heute in allen westlichen Industrienationen. Sie wurden eingeführt, um bei den von Jahr zu Jahr stark schwankenden Erträgen die Ernährung der Bevölkerung und die Preise für die Bauern einigermaßen in den Griff zu bekommen. Bei guten Ernten kaufte der Staat einen Teil der Produkte auf, um sie in Zeiten schlechterer Versorgung wieder auf den Markt zu bringen. Das muß eigentlich auch gar nicht mal falsch sein.

Heute wird von fast allen Politikern argumentiert, daß dieses System bei Überproduktion nicht mehr funktioniert. So schlechte Ernten, daß der Markt noch Raum läßt, um eingelagerte Produkte wieder loszuwerden,

produzierte Getreide gegenüber diesen unterbezahlten Produkten, es sind z.B. Soja, Ölsaaten, Tapioka, zu teuer ist. So ist in der Landwirtschaft eine "bodenunabhängige" Produktion möglich geworden. In der EG konnten deshalb ohne Berücksichtigung der eigenen Futtermittelbasis immer mehr Tiere gehalten werden. So hat sich in der EG die Selbstversorgung zu einer Überversorgung entwickelt, so z.B. bei Futterweizen 122 %, bei Gerste 115 %, bei Rind- und Kalbfleisch 102 %, bei Schweinefleisch 101 % und bei Geflügelfleisch 112 % (jeweils 1982). Eine weit verbreitete Forderung unter den Bauern ist deshalb, die Importe von Futtermitteln mit Zöllen oder Importbeschränkungen zu belegen. Aber die EG-Regierungen, allen voran die Bundesregierung, denkt im Traum nicht daran. Denn erstens befürchten sie dann Behin-



Aktionen gegen die Brüsseler Agrarpreisbeschlüsse – ihre Durchsetzung bedeutet für die Bauern mehr Arbeit, oft sogar Ruin.

gibt es nicht mehr. Auch das scheint einleuchtend, nur: es wird nie hinterfragt, woher die Überproduktion kommt. Sie hängt im wesentlichen zusammen mit der Ausplünderung der Entwicklungsländer durch die westlichen Industrienationen. 18 Mio. Tonnen Futtermittel werden jährlich aus der Dritten Welt zu Schleuderpreisen in die EG gekarrt – zu Schleuderpreisen, d.h. daß die Arbeit der Menschen in diesen Ländern völlig unterbezahlt wird. So herrscht in den Ländern, aus denen hunderttausende Tonnen Futtermittel jährlich hierher transportiert werden, oft bitterste Armut und Hunger. Gleichzeitig werden die Produkte hier zur Fleischerzeugung eingesetzt, weil das in der EG

derungen beim Export ihrer Industrieprodukte, und zweitens wird die Überproduktion im eigenen Land dazu benutzt, um Preissenkungen gegenüber den Erzeugern und infolgedessen für die Nahrungsmittel durchzusetzen. Daß sie damit bereits begonnen haben, ist in dem nebenstehenden Artikel aufgezeigt. Der Bauernverband fordert seit langem, daß die importierten Futtermittel mit in die EG-Marktordnungen einbezogen werden, was bedeuten würde, sie mit Importzöllen zu belegen. Der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) führt in diesem Jahr eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne durch unter der Hauptforderung "Keine Futtermittelimporte aus Ländern der

Dritten Welt — insbesondere aus Hungergebieten!". Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat sich dieser Aktion angeschlossen.

Aber auch ohne importierte Futtermittel wird der "Strukturwandel" in der Landwirtschaft weitergehen, wenn vielleicht auch verlangsamt. Denn die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die dahinterstehen, sind nicht aufgehoben: der Große kann billiger produzieren und auch bei Preissenkungen noch Gewinne erzielen. Der Kleinbetrieb versucht das eine Zeit lang durch mehr Arbeit oder bessere Produktqualität aufzufangen, früher oder später muß er aber aufgeben. Um dieser Entwicklung vor allem hin zur agrarindustriellen Großproduktion (wie bei Masthähnchen und Legehennen schon geschehen) entgegenzuwirken, ist die Forderung nach Bestandsobergrenzen aufgestellt worden. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat für die Schweineproduktion Obergrenzen von 140 Sauenplätzen und 1000 Mastplätzen vorgeschlagen. Diese Zahl ist gewählt worden, weil sie einerseits den Einsatz moderner Produktionsmittel noch möglich macht und so die Produktion nicht unnötig verteuert, andererseits industriemäßige Produktion unmöglich macht. Aber auch das bedeutet noch keine Verbesserung für die Existenz kleiner Betriebe, es ist nur eine Abschottung gegen die Entwicklung zur Agrarindustrie. Um klein- und mittelbäuerlichen Betrieben eine Verbesserung ihres Einkommens zu ermöglichen, müssen Programme entwickelt werden, die in die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes eingreifen. Die gegenwärtig bestehenden Steuerfreibeträge und Staffeln bei den Beträgen zu den Sozialversicherungen reichen da nicht aus.

Für den Milchbereich ist deshalb die Forderung nach gestaffelten Erzeugerpreisen entwickelt worden. Danach sollen Bauern mit wenig Kühen mehr für ihre abgelieferte Milch bekommen als größere Betriebe. Denkbar wäre aber auch eine Staffelnung der Mehrwertsteuerpauschale. Sie käme für die Bauern einer Preisstaffelung sehr nahe und könnte auf alle Produkte angewendet werden. Der Bauernverband lehnt Forderungen in diese Richtung kategorisch ab; auch hat er der Einführung der Quotenregelung bei Milch zugestimmt, wenn auch mit einigen anderen Akzenten. Als Folge hat sich eine der größten bäuerlichen Protestbewegungen außerhalb des Bauernverbandes gebildet: die Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung. Sie hat inzwischen über 1000 Mitglieder und arbeitet bundesweit gegen die Auswirkungen der Quotenregelung und für ihre Aufhebung.

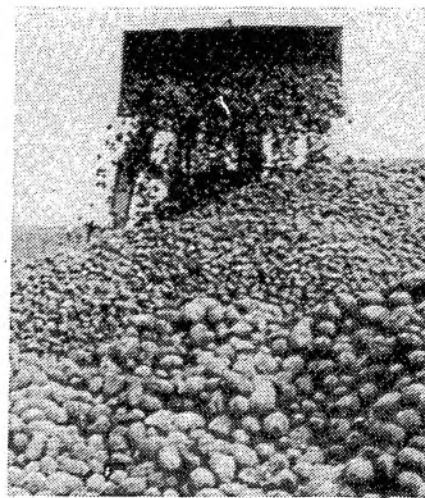
Quellenhinweis: Agrarbericht 1984 und div. Bauernblätter — (hei)

MASSNAHMEN VON EG UND BUND ZUM AGRARMARKT

Am 31. März 1984 haben die EG-Agrarminister weitreichende Beschlüsse für den EG-Agrarmarkt gefaßt. Der einschneidendste ist wohl die Einführung des Quotensystems bei der Milch, wonach jeder Bauer nur noch eine ihm zugewiesene Milchmenge produzieren darf. Darüber hinaus abgelieferte Milch wird mit einem Preisabschlag von 75 % belastet. Die Milchquoten liegen zwischen 4 und 12,5 % unter der 1983 abgelieferten Milch; allein daraus ergeben sich schon erhebliche Einkommenseinbußen für die Milchbetriebe. Zusätzlich ist aber auch noch der Milchpreis gesenkt worden und wird auch noch weiter sinken, bestenfalls eingefroren. Der wesentliche Punkt ist aber: kleinere Betriebe, deren Produktionsumfang jetzt nicht für eine langfristige Existenzsicherung ausreicht, sind zumindest für den Bereich Milch auf ihre jetzige Größe festgenagelt und können steigende Kosten nicht mehr durch Ausweitung der Produktion auffangen. Ein Umsteigen auf einen zusätzlichen Produktionszweig würde aber weitere Kosten bedeuten; außerdem fragen sich die meisten, wohin sie bei der gegenwärtigen EG-Preissenkungs politik überhaupt noch umsteigen sollen. Das Quotensystem bedeutet für viele Kleinbetriebe langfristig das Aus.

Weiterhin haben die EG-Agrarminister die Interventionspreise, d.h. die Preise, womit die EG durch Aufkäufe in den Markt eingreift, teils eingefroren und teils gesenkt. So wurden die Preise für Roggen und Zuckerrüben nicht verändert, für Weizen, Gerste und auf dem Fleischmarkt wurden sie um ein Prozent gesenkt, für Raps um zwei.

Dann wurde noch beschlossen, den positiven deutschen Grenzausgleich, damals in Höhe von 9,4 %, Schritt für Schritt zu beseitigen. Der Grenzausgleich war nötig geworden, um bei DM-Aufwertungen die westdeutschen Agrarprodukte gegenüber den anderen EG-Ländern nicht schlechter zu stellen. Der Abbau erfolgte am 1.4.84 um 3 %, am 1.1.85 um 5 % und der Rest 1986 und 1987. Bei der letzten Ernte wirkte sich das bereits so aus, daß der Gerstenpreis im Norden Schleswig-Holsteins von 46,50 auf 44,- DM sank, also um 5,4 %, der Weizenpreis von 50,- DM auf 45,50, also eine Absenkung um 9,0 %! Das bringt für einen Betrieb mit 10 ha Gerste und 10 ha Weizen Mindereinnahmen von 4500,- DM. Daraufhin hat die Bundesregierung beschlossen, als Ausgleich für diese Preis-



Nahrungsmittel werden durch Vernichtung dem Verzehr entzogen.

senkung die Mehrwertsteuerpauschale für die Landwirtschaft um 5 Prozentpunkte zu erhöhen. Wenn ein Bauer seine Produkte verkauft, Getreide, Schweine, Milch usw., darf er jetzt 13 % Mehrwertsteuer aufschlagen, vorher waren es nur 8 %. Mit dieser Regelung kriegt der Bauer für seine 10 ha Gerste und 10 ha Weizen nicht einmal 2000,- DM wieder rein. Ein schöner Ausgleich für einen Verlust von 4500,- DM!

Aber der Mehrwertsteuerausgleich hat noch mehr Tücken: Die Bauern bekommen ihn ja für Produkte, die sie verkaufen. Das heißt also: wer viel zu verkaufen hat, bekommt auch viel. Deshalb profitieren die umsatzstarken Großbetriebe am meisten von dieser Regelung. Außerdem bekommt ein Bauer für Produkte, die er auf dem eigenen Hof verarbeitet, überhaupt keinen Ausgleich. Die Regelung bedeutet fast schon einen Zwang, z.B. Getreide nicht mehr selber zu Schweineschrot zu verarbeiten, sondern es an einen Landhändler zu verkaufen und dann dort wieder fertiges Futter zu kaufen. Richtig ist, daß die 5 % Mehrwertsteuerpauschale für jeden Betrieb ein gewisses mehr an Einnahmen bringt, denn irgendwelche Produkte verkauft schließlich jeder Hof. Aber wenn die größeren Betriebe einen soviel größeren Vorteil davon haben, sind wieder sie es, die sich eher mal ein Stück Land zupachten oder die Gebäude erweitern können.

Alles zusammengekommen sind die jetzt von EG und Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen das Einschwenken in einen Weg, der sehr viele Betriebe in den nächsten Jahren die Existenz kosten wird, andererseits eine zunehmende Konzentration fördert.

Ausländerpolitik

BIEDENKOPF MACHT DEN UNIONSANHANG SCHARF FÜR ZIMMERMANN'S AUSLÄNDERGESETZ

Wegen "interfraktioneller Gespräche" habe das Bundeskabinett Zimmermanns Entwurf eines neuen Ausländergesetzes zum Jahresende noch nicht verabschieden können. Mit der Vorlage des Entwurfs sei nun "Anfang des Jahres" zu rechnen. Dies verlautet aus dem Bundesinnenministerium.

Wer meint, diese Verzögerung des neuen Ausländergesetzes sei ein Zeichen der Schwäche Zimmermanns bzw. der Bundesregierung bei der Durchsetzung ihrer ausländerpolitischen Ziele, der irrt. Ende November hat die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN eine Bilanz ihres "Rückkehrhilfegesetzes" gezogen. Danach ist es ihr gelungen, vom 1.12.83 bis zum 1.9.84 300000 ausländische Lohnabhängige aus der BRD zu vertreiben. 13723 ausländische Lohnabhängige hätten während der Laufzeit des Gesetzes eine "Rückkehrhilfe" bewilligt bekommen, heißt es in der Bilanz der Regierung. Vor allem aber hat die Bundesregierung eine Vielzahl von ausländischen Lohnabhängigen zur Ausreise auch ohne "Rückkehrhilfe" und zur Preisgabe ihrer Rentenansprüche zwingen können. 148000 Anträge auf "Beitragsrückerstattung" aus der Rentenversicherung sind während der Laufzeit des Gesetzes eingegangen. Das ist eine Verfünfachung solcher Anträge gegenüber dem Vorjahr!

"Rückerstattungs"anträge in der Rentenversicherung

1979	30861
1980	27376
1981	19087
1982	16664
1983 (bis 30.11.)	32102
1.12.83 bis 30.9.84	148217

Seit Ende 1982 hat die Bundesregierung damit über 180000 ausländische Lohnabhängige um ihren Rentenanspruch gebracht hat. Mit dem Erhalt der "Rückerstattungen" in Höhe von ca. 1,5 Mrd. DM verloren diese Rentenansprüche von ca. 6 Mrd. DM. Die Bundesregierung selbst meint dazu, ihre Erwartungen seien "weit übertroffen" worden. Von "Schwäche" in der Ausländerpolitik also keine Spur.

Völkische Ausländerhetze vom Institut Biedenkopf

In den Chor derer, die das neue Ausländergesetz propagieren, hat sich nun auch das "Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik" des Prof. Biedenkopf eingereiht. Ende 1984 veröffentlichte es ein Taschenbuch "Zur Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland". Als Verfasser

tritt ein Meinhard Miegel auf. Biedenkopf gilt bei Leuten wie dem "Spiegel" als "kritischer Kopf" und kann sich einer weiten Verbreitung der von ihm herausgegebenen Schriften in liberalen Kreisen sicher sein. Insofern ist das Buch ein Versuch, von Unionsseite auch liberale Opposition gegen die Ausländerpolitik zum Verstärken zu bringen. Vor allem versucht Biedenkopf, die Hetze gegen die ausländischen Lohnarbeiter neuerlich zu verschärfen und bei dieser Gelegenheit bis weit ins faschistische La-

verursachte Angebotslücke mit Hilfe von Ausländern zu schließen." Also, so Miegel, müssen "die Deutschen" nun auch die "Kosten" zahlen. Gemeint ist: "Flexibilisierung" der Arbeitszeit und Lohnsenkung! Die Arbeitskraft der westdeutschen Lohnabhängigen muß wieder so billig und so reichlich den Kapitalisten zur Verfügung stehen, daß die ausländischen Lohnabhängigen ersetzt werden können. Biedenkopf verbindet dies mit handfesten Drohungen gegen Gewerkschaften und Tarifverträge:

Es gehe darum, daß "angebotene und nachgefragte Arbeitsmenge quantitativ und qualitativ zueinander passen" – zu Preisen und Bedingungen der Kapitalisten, versteht sich. "Wenn es den Tarifparteien nicht gelingt, diese Pflicht besser als in der Vergangen-



Lohnsenkung und Mehrarbeit für die westdeutschen Lohnabhängigen und weitere Versklavung der ausländischen Lohnabhängigen: Das propagiert Biedenkopf als "Lösung des Ausländerproblems". Bild: Jugoslawische Wäschereiarbeiterinnen in einer Klinik

ger hinein ausrichtend zu wirken.

So argumentiert der von Biedenkopf beauftragte Autor Miegel streng völkisch. Zum Beispiel:

"Die Ausländerproblematik ist ein zutiefst deutsches Problem. Deshalb tragen die Deutschen und nicht die Ausländer in erster Linie die Verantwortung für die Lösung der entstandenen und der noch bevorstehenden Probleme." (S. 13) Warum tragen "die Deutschen", nicht aber die westdeutschen Kapitalisten, "die Verantwortung"? Weil sie in den sechziger Jahren anfangen, in völlig unerlaubter Weise mit ihrer Arbeitskraft zu haushalten: "4.1. Die Ursachen der Ausländerbeschäftigung. 4.11. Von Mitte der fünfziger bis Anfang der siebziger Jahre ging die von deutschen Erwerbspersonen angebotene Arbeitsmenge rascher zurück als die nachgefragte Arbeitsmenge. Die Folge war eine Angebotslücke: Es fehlten deutsche Arbeitskräfte. 4.12. Seit Beginn der sechziger Jahre wurde versucht, die durch das deutsche Erwerbsverhalten

heit zu erfüllen, werden sie in absehbarer Zeit einen Teil ihrer Tarifautonomie verlieren". Eine Schlußfolgerung, die der Verfasser mit zahllosen Tabellen und Schaubildern über demographische Entwicklungen, Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, der Wochenarbeitszeit usw. "wissenschaftlich" untermauert und von der man sicher sein kann, daß sie bald ihren Eingang in zahlreiche "Fachveröffentlichungen" zum "Ausländerproblem" und in Tageszeitungen finden wird. So verbindet man völkische "Lösungsvorschläge" für das "Ausländerproblem" mit der Kampagne von Regierung und Kapitalisten für mehr "Flexibilität" bei Lohn und Arbeitszeit!

Biedenkopf selbst bzw. sein Autor Miegel ergänzen dies um eine Polemik gegen die Sozialversicherungsansprüche ausländischer Lohnabhängiger. Miegel hat hier eine Fülle von "Problemen" entdeckt. Problem Nr. 1:

"Die faktische Gleichstellung von Deutschen und Ausländern im Sozial-

bereich". Dies "bewirkte bei allen sozialen Sicherungssystemen zunächst einen beachtlichen Einnahmeanstieg, mit dem keine entsprechenden Leistungen verbunden waren. Junge, zu meist ledige oder zumindest kinderlose Ausländer zahlten genau wie deutsche Arbeitskräfte Sozialabgaben und Steuern ... Dabei war von Anfang an absehbar, daß ... in nicht zu ferner Zukunft die durch sie bewirkten Einnahmen und Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme bestenfalls ausgeglichen sein würden."

Dieses "Hauptproblem" einmal festgehalten, wird dann über 26 Seiten die "Belastung" der Sozialversicherungen durch "Ausländer" behandelt. Zum Beispiel: Die Arbeitslosigkeit der "Ausländer" ist höher als die der "Deutschen"? Die Ausländer "belasten" die Arbeitslosenversicherung! "Seit 1974" seien "die Ausländer zu Nettoempfängern der Arbeitslosenversicherung" geworden. Dann: "Heute empfängt jeder 20. Ausländer Sozialhilfe. Bei den Deutschen ist es nur etwa jeder 25." "Die Beanspruchung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Ausländer entwickelt sich ähnlich wie die Beanspruchung der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe." Selbst bei der Rentenversicherung "ist der Zeitpunkt absehbar, zu dem das Verhältnis von Beitrags- und Rentenzahlungen bei Ausländern nicht anders sein wird als bei Deutschen": "in etwa dreißig Jahren". Die Methode der "Beweisführung" ist so, daß sie auch gegen jeden westdeutschen Lohnabhängigen gewendet werden kann, der schwer und schlecht bezahlt für die Kapitalisten arbeitet. Diese "Weiterführung" der Biedenkopfschen "Beweise" ist auch gewollt.

Fazit: Der "Schwebezustand" für die ausländischen Lohnarbeiter müsse beendet werden. Diese müßten sich entweder einbürgern oder "zurückkehren". Wie genau die gesetzlichen Maßnahmen zur weiteren Versklavung der ausländischen Lohnarbeiter aussehen sollen, lassen die Autoren dabei weitgehend im Dunkeln. Warum auch nicht? Schließlich liefern sie eine Studie, die für jedes faschistische Programm gegen die ausländischen Lohnabhängigen herhalten kann:

"Die gesamte Infrastruktur der Bundesrepublik: Straßen, Krankenhäuser, Schulen, Schwimmbäder, öffentliche Erholungsanlagen und vieles andere wird heute von Ausländern mit der gleichen Intensität benutzt wie von Deutschen, obwohl Ausländer im statistischen Durchschnitt proportional weniger für die Errichtung und den Unterhalt leisten oder geleistet haben als Deutsche." (S. 167)

Quellenhinweis: M. Miegel, Arbeitsmarktpolitik auf Irrwegen, Zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1984; BT-Drucksache 10/2497, 26.11.84 - (rül)

Hungerstreik der politischen Gefangenen

DIE REAKTION WILL DIE GEFANGENEN BRECHEN UND KALKULIERT TOTE EIN

Die politischen Gefangenen, die sich seit dem 4. Dezember im Hungerstreik gegen die Isolationshaft, für ihre Anerkennung als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention befinden, erhalten inzwischen von verschiedenen politischen Kräften Unterstützung für ihre Forderungen. Nach der Aktion von Angehörigen gegen das Psychologische Institut der Universität Hamburg haben sowohl die Hamburger Grün-Alternative-Liste als auch die Landtagsfraktion der GRÜNEN in Niedersachsen erklärt, daß sie die Forderungen der Gefangenen unterstützen. In mehr als zehn Städten der BRD fanden oder finden noch Veranstaltungen zum Hungerstreik statt. (1) Die Veranstaltungen werden von antiimperialistischen Gruppen, Organisationen der revolutionären Sozialisten und von örtlichen antifaschistischen Organisationen unterstützt. In den Niederlanden hielt eine antiimperialistische Gruppe einen Zug von Amsterdam nach München an, verteilte Flugblätter über den Hungerstreik an die Reisenden und beschrieb den Zug mit Parolen zum Hungerstreik. Der Zug fuhr mit den Parolen bis München. In Erklärungen zu zahlreichen Anschlägen auf Einrichtungen westdeutscher Rüstungskonzerne, BRD-Behörden, Einrichtungen der NATO und von militärischen Verbündeten der BRD forderten antiimperialistische und anarchistische Gruppen die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen.

Diese Unterstützung wirkt sich auf den Hungerstreik aus. Inzwischen sind mehr als 40 Häftlinge im Hungerstreik. In Münster haben drei Gefan-

gene einen Solidaritäts-Hungerstreik begonnen.

Erstmals hat die Bundesregierung durch Regierungssprecher Boenisch Stellung genommen. In einem Interview mit der "Welt" vom 3.1. erklärte Boenisch, die RAF und ihr "Umfeld" beschränkten sich zwar "auf einige hundert Personen", und die RAF operiere selbständig. Aber es gebe "genügend Kreise, die an jeder Störung unserer lebenswichtigen Beziehungen zu unseren Verbündeten interessiert sind." (2) Boenisch rückt mit seiner Äußerung auch Kräfte der Friedensbewegung, der DKP und der GRÜNEN in die Nähe der RAF. Er beabsichtigt, sie von der Unterstützung des Kampfes gegen die Haftbedingungen abzuhalten. In dieselbe Richtung zielen die Tätigkeiten der Polizei. In München wurde ein junger Mann verhaftet, der 30 Hungerstreikerklärungen bei sich trug. Gegen ihn wird jetzt wegen Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" ermittelt.

Die Auseinandersetzung um die Haftbedingungen der politischen Gefangenen findet in der Öffentlichkeit trotz solcher Drohungen Unterstützung, auch wenn sich bisher Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN abfällig geäußert haben und eine Stellung der GRÜNEN-Bundestagsfraktion noch aussteht. Nach Auskunft von Amnesty International kann die Organisation nicht tätig werden, weil sich bislang keine Angehörigen oder Anwälte an sie gewandt haben. Weitere öffentliche Kritik an den Haftbedingungen der politischen Gefangenen und eine öffentlich kontrollierbare Überprüfung der Behandlung der Ge-



15 Angehörige von politischen Gefangenen besetzen am 20.12. das psychologische Institut der Universität Hamburg.

fangenen wäre aber dringlich nötig:

Bundesanwalt Rebmann hat laut "Stern" erklärt: "Man kann einen Gefangenen, der sich zu Tode hungern will, letztlich nicht daran hindern."

Bundesregierung, Bundesgerichtshof und Bundesanwaltschaft wollen eher Gefangene in den Tod treiben, den politischen Gefangenen eine herbe Niederlage beibringen und die übrigen Gefangenen so zersetzen, als sich überhaupt mit den Forderungen der Gefangenen zu befassen. Dafür gibt es auch andere Hinweise: Die Bundesanwaltschaft hat für alle Gefangenen, die sie zur RAF rechnet, Zwangsernährung beantragt. Viele Ärzte lehnen diese Methode wegen Gefährdung des Lebens der Betroffenen ab. Helmut Pohl und Stefan Frey sind aus Frankenthal nach Zweibrücken verlegt worden, weil sich dort ein Arzt befindet, der bereit ist, die Zwangsernährung durchzuführen. Helmut Pohl wird seit dem 2. Januar bereits zeitweise zwangsernährt. Christian Klar befindet sich seit einer Woche im Haftkrankenhaus Ludwigsburg. Er wiegt nur noch 48 kg und kann nicht mehr am Prozeß gegen ihn in Stammheim teilnehmen. Bernd Rössner hat seinen Hungerstreik für einige Tage unterbrechen müssen, weil er Bluthustete.

Der Plan der Bundesregierung darf nicht in Erfüllung gehen. Bereits im Hungerstreik 1981 hatte der damalige Justizminister Schmude (SPD) erst nach dem Tod von Sigurd Debus heimliche Verhandlungen mit Anwälten der Gefangenen geführt und Zusagen über verbesserte Haftbedingungen gemacht, die nie erfüllt wurden. Die jetzige Bundesregierung wird auf keinen Fall mit den Gefangenen verhandeln.

(1) siehe dazu: BWK-Nachrichten Kommunalverbände, Landwirtschaft, kleine Selbständige, Woche 02/85; (2) zitiert nach: "die tageszeitung" v. 3.1.85. Weiterer Quellenhinweis: Stern v. 3.1.85; Express v. 2.1.85, FAZ v. 28.12.85 — (uld, mis)



Ein Anschlag richtete sich gegen den BRD-Rüstungskonzern Siemens.

AUS DEM EINSTELLUNGSANTRAG DER VERTEIDIGER VON B. MOHNHAUPT UND C. KLAR

"Das Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar fand und findet von vornherein in sachlich-rechtlicher und in verfahrensrechtlicher Hinsicht auf einer rechtswidrigen Grundlage statt. Es verstößt insbesondere gegen tragende Grundsätze des Völkerrechts, welche in der BRD unmittelbar Geltung beanspruchen können. Dieses Gericht hier hat in den ganzen letzten Monaten hartnäckig dieses völkerrechtswidrige Konzept betrieben und jede Behandlung der Fragen, um die es für eine 'Wahrheitsfindung' über die Aktionen der RAF, insbesondere 1977, gehen müßte, verhindert. Es hat den Status, in denen die Angeklagten sich als Rechtssubjekte tatsächlich keine Geltung mehr verschaffen können, noch verfestigt. Es hat die Haftbedingungen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die schwerste psychische und physische Beeinträchtigungen darstellen, immer wieder bestätigt.

Die Grundlagen für das Vorgehen, für das das Gericht hier steht, wurden in der BRD insbesondere seit den 70er Jahren in Gesetzesform gebracht auf der Basis eines politischen Konzepts der Kriminalisierung des politischen Feindes und der Ausschaltung des politischen Zusammenhangs der vorgeworfenen Vorgänge. Dieses innerstaatliche sogenannte Anti-'Terrorismus'-Konzept steht in unauflöslichem Zusammenhang mit dem von der BRD gemeinsam mit den USA und anderen NATO- und Europaratsstaaten verfolgten internationalen Anti-'Terrorismus'-Konzept. Im staatlichen Ausnahmezustand von 1977, unter dem sich die entscheidenden Vorgänge, die Gegenstand der Anklage sind, letztlich abgespielt haben, fand dieses Konzept seine konsequente Weiterentwicklung, auf die sich wiederum die inzwischen eingetretene Entwicklung stützt...

Zur Konzeption der Aufstandsbekämpfung

Die imperialistischen Staaten begreifen und führen die Auseinandersetzung mit der Guerilla als Krieg.

Das hängt damit zusammen, daß sich seit den sechziger Jahren durch die Siege der nationalen Befreiungsbewegungen insgesamt ein neues Kriegsbild herauskristallisiert hat: der revolutionäre Krieg im Unterschied zum Krieg zwischen Staaten...

Dieser neue Begriff von Krieg aus der Erfahrung und Entwicklung der nationalen Befreiungskriege hat in den Metropolen eine präventive Reaktion gegen die hier beginnenden

Kämpfe zur Folge gehabt. Zahlreiche Äußerungen der obersten Polizisten in der BRD zeigen, daß sie — in ihren Begriffen — ein politisches Verständnis der Auseinandersetzung Guerilla-Staat haben, im Gegensatz zu der öffentlich praktizierten Kriminalisierungsstrategie.

Hier sollen einige Zitate des langjährigen BKA-Chefs Herold genügen. Herold stellt die Guerilla in der BRD z. B. in diesen Zusammenhang:

'Jedenfalls gibt es gewichtige Indizien dafür, daß ein solcher historischer Prozeß im Gange ist, beginnend im vorigen Jahrhundert mit den Franktireurs im siebziger Krieg bis zu den Partisanen im 2. Weltkrieg und eingeschlossen Ben Bella, Nkrumah, Fidel Castro und Mao Tse Tung, die Erscheinungen in Argentinien und Nordirland und bei uns in der Bundesrepublik, in Italien usw.' (auf dem Hessenforum, 27.5.75)

In einem Vortrag 1979 geht er darauf noch ausführlicher ein:

'Zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte findet auf dem Erdball kein großer Krieg mehr statt. Dagegen ist der Kleinkrieg, der Volkskrieg, die innerstaatliche Auseinandersetzung zum heute üblichen Austragungsmittel der Konfliktlösung geworden. Im Bewußtsein der Massen wird diese Veränderung weltweit von einer moralischen Umbewertung begleitet.

In der moralischen Achtung tritt an die Stelle des Soldaten der Revolutionär. Der kriegerische Typ, der auf Kampf nach außen gerichtet ist, der Gewalt als Recht des Stärkeren in Anspruch nehmen muß, unterliegt nach einem Jahrhundert glorioser Überhöhung der weltweiten Abwertung und Diffamierung... an die Stelle des Soldaten rückt der sich zunehmend ins Mystische verklärende Typ des Revolutionärs...'

'Es würde von einem höchst gefährlichen Mangel an Vorstellungskraft zeugen, wenn in den restlichen Teilen Europas oder gar in einer durch Ringsum-Entwicklungen isolierten Bundesrepublik die beschriebenen Entwicklungen für ausgeschlossen gehalten würden. Als Möglichkeit und dann in ihren Entwicklungslinien vorgezeichnet, müssen sie in den auf Abwehr gerichteten Überlegungen schon jetzt real existieren.

Von einer solchen strategischen Sicht her erlangt die Bekämpfung des Terrorismus natürlich einen gänzlich anderen Stellenwert. Er ist ein Thema, das sich für den Staat als existentiell erweisen kann. Wenn der Terrorismus ein erstes Glied einer viel tiefer reichenden Gefahrenkette sein kann, so

genügt es nicht mehr, ihn lediglich in Schach zu halten, er muß beseitigt werden.' (Herold, Strategische Überlegungen zur Sicherheitslage, in FR, 3.5.79)

Das ist die Grundlage des staatlichen Vorgehens gegen die RAF, aber auch im weiteren Sinn gegen jeden Widerstand in der Metropole.

Denn das Mittel dagegen, der präventive Staatsschutzstaat, wurde schon 69 in Angriff genommen, als es die RAF noch nicht gab, aber die Erfahrung der politischen Mobilisierung hier durch den Vietnamkrieg...

Zur Entwicklung von Kriegsrealität und Kriegsvölkerrecht
Grundlegend ist seit Beginn des 2. Weltkriegs, daß der Inhalt der bewaffneten Auseinandersetzungen – von nationalen Befreiungskriegen bis zu den neuen Kämpfen in den imperialistischen Staaten – der Kampf für die soziale Revolution geworden ist. Auf dieser Grundlage bekommen die Kriege einen antagonistischen Charakter und steigern sich – wieder nach der Diktion Carl Schmitts – zur absoluten Feindschaft.

Unter derartigen Umständen steht auf des Messers Schneide, ob überhaupt noch eine Weiterentwicklung des Kriegsvölkerrechts und damit eine Sicherung humanitärer Mindestregeln in den heutigen inneren und äußeren Kriegen möglich ist. Effektiv könnten solche Regeln sicher nur dann sein, wenn sie wirklich das ganze heutige veränderte Kriegsgeschehen umfassen würden – und das hieße gerade auch, daß sie die bewaffneten inneren Konflikte innerhalb der einzelnen Staaten ebenfalls in vollem Umfang und mit allen ihren Kampfformen mitumfassen würden. Das ist heute sicher nicht der Fall.

Dennoch sind v.a. nach dem 2. Weltkrieg beträchtliche Fortschritte in der Erfassung des tatsächlichen Kriegsgeschehens durch das Recht im Krieg gemacht worden...

Diese Fortschritte... sind gerade von den Staaten der 'Dritten Welt' und den sozialistischen Staaten gegen ständige Sabotage und Hinhaltetaktik der imperialistischen Staaten, besonders der USA und der BRD, durchgesetzt worden...

Obwohl sich das heutige Kriegsvölkerrecht in seiner Grundstruktur nach wie vor auf das klassische europäische Kriegsvölkerrecht stützt, haben sich also seine Funktion und seine Träger grundlegend geändert. Es ist jetzt keine Spielregel zwischen feindlichen Konkurrenten mehr, sondern Kanalisierung eines antagonistischen Konflikts. Und gerade die Staaten, die es ehemals geschaffen haben, versuchen unter diesen Umständen seine Weiterentwicklung zu behindern und seinen Bestand zu unterlaufen...

Zur völkerrechtlichen Beurtei-

lung des 'Antiterrorismus'-Konzepts von NATO und westeuropäischen Staaten

... Obwohl der kriegsmäßige Charakter des ganzen Konzepts auf der Hand liegt, wird eben dieser Charakter von den beteiligten NATO- und Europaratstaaten strikt geleugnet. Es handelt sich angeblich nur um international koordinierte 'Strafverfolgung'. Diese Behandlung des Vorgangs hat folgende Vorteile:

Weil Strafverfolgung als innerstaatliche und grundsätzlich außerhalb des Völkerrechts liegende Angelegenheit deklariert werden kann, kann auf diese Art und Weise das Konzept der Geltung und Kontrolle der völkerrechtlichen Regeln entzogen werden. Mit einer immer größeren Ausweitung angeblicher Strafverfolgung rund um die ganze Welt und gegen alle möglichen Massenbewegungen kann die Kriegsschwelle **formell** immer mehr angehoben werden. Faktisch wird sie jedoch immer mehr gesenkt.

Das Strafrecht ist das geeignetste Mittel der psychologischen Kriegsführung: Es eignet sich bestens dazu, den politischen Feind moralisch zu disqualifizieren als 'besonders gefährlichen Gewaltverbrecher' etc. – wie ja bei der RAF bekannt. Damit kann dann zugleich die Anwendung von Sonderverfahren, Folter etc. gerechtfertigt werden, einem Arsenal von Methoden, die der imperialistischen totalen Kriegsführung mit dem Ziel der vollständigen moralischen und physischen Vernichtung des Feindes entsprechen. Daß auf diese Art und Weise die angebliche Strafverfolgung, tatsächliche Kriegsführung, weitgehend ohne rechtliche Regelung und damit faktisch unter Ausschluß der sonst im Strafverfahren offiziell verbürgten Rechtsgarantien erfolgt, entspricht nur der Logik des ganzen Konzepts.

Aber das Konzept erschöpft sich nicht in der Anwendung von Strafrecht auf tatsächliche Kriegsgegner. Die Sache wird auf die Spitze getrieben, indem jeder politische Status, und sei es auch nur politische Motivation, dem politischen Feind abgesprochen wird. Das sieht man besonders deutlich im 'Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus' vom 27.01.1977 (BGBl. 1978, II, S. 322), einer der wenigen Regelungen auf diesem Gebiet mit verbindlicher Rechtsform...

Eine Beurteilung des Gesamtkonzepts nach kriegsvölker- und menschenrechtlichen Gesichtspunkten ergibt folgendes:

Das Konzept stellt nicht nur offensichtlich einen schweren Angriff auf die oben dargestellte Gesamttendenz in der Entwicklung des Kriegsvölkerrechts dar, die auf eine ständige Ausweitung des Schutzbereichs des humanitären Kriegsvölkerrechts sowohl

hinsichtlich der Kampfformen – also insbesondere Guerilla – als auch für internationale und innerstaatliche Konflikte geht. Für diese von der großen Mehrheit der Staaten unterstützte Entwicklung ist gerade auch die Respektierung des politischen Feindes als solchem substantiell. Das Konzept verkörpert zugleich massiven Angriff und Verstoß gegen das heute geltende Kriegsvölker- und Menschenrecht.

Nach der heute gebräuchlichen völkerrechtlichen Abgrenzung bezieht es sich auf Konflikte von unterschiedlichem Rechtscharakter mit infolgedessen unterschiedlichem Rechtsschutz. Es faßt gleichermaßen antikoloniale und antirassistische Kämpfe, etwa in Ländern der Dritten Welt, Irland, Spanien, den USA, wie auch antiimperialistische und antikapitalistische Kämpfe in den Metropolen selbst als 'terroristisch' mit der Tendenz zur uferlosen Ausdehnung dieses Begriffs. Damit trägt es der – trotz unterschiedlichen Kampfaufgaben und -phasen – bestehenden internationalistischen Verbundenheit dieser Kämpfe faktisch Rechnung, ohne das jedoch politisch anzuerkennen.

Das 'Antiterrorismus'-Konzept betrifft damit

internationale bewaffnete Konflikte i.S. Art. 1 Abs. 4 des Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen, für die materielles und formelles Kriegsrecht in vollem Umfang gilt.

nicht internationale bewaffnete Konflikte i.S. Art. 1 Abs. 1 des Zusatzprotokolls II zu den Genfer Abkommen (sog. qualifizierte Aufstände), für die der erweiterte Völkerrechtsschutz des Zusatzprotokolls I gilt.

nicht internationale bewaffnete Konflikte i.S. der Grundbestimmung des Art. 3 des Genfer Abkommens, zu denen der Konflikt mit der RAF zu zählen ist. Hierfür gelten die oben (2.1) dargelegten kriegsvölker- und menschenrechtlichen Mindestgarantien, die insbesondere die Anerkennung des politischen Status und ein dem Kriegsgefangenenstatut vergleichbares Haftstatut umfassen.

In allen drei Fällen verstößt das 'Antiterrorismus'-Konzept einschließlich seiner verschiedenen Auswüchse in den einzelnen imperialistischen Staaten schon gegen die Grundvoraussetzungen kriegsvölkerrechtlichen Schutzes, indem es den politischen Feind und Kriegsgegner rechtlos stellt, strafrechtlich diskriminiert, inhuman behandelt, insbesondere der Folter und unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen der Gefangenschaft aussetzt und geltende Kriegsregeln nicht beachtet..."

rkei

ÖZALS "STABILITÄTSPOLITIK": BEREICHERUNG FÜR IMPERIALISTEN UND SPEKULANTEN

55465 türkische Lira im Monat die Kosten für die "gesunde Ernährung" einer vierköpfigen Familie in den letzten zwölf Monaten gestiegen, meldete im Oktober die türkische Zeitung "Cumhuriyet" unter Berufung auf das Statistische Amt der Türkei. Das sind 78% mehr als im Oktober 1983. Einzelne Grundnahrungsmittel sind sogar noch teurer geworden: Kartoffeln um 10%, Milch, Margarine, Reis und Mehl um 100%. Die Lage der türkischen Lohnabhängigen, vor allem schlecht bezahlten, der Tagelöhner, einfachen Arbeiter und Handwerker, deren Lage sich schon in den ersten drei Jahren nach dem Militärschlag drastisch verschlechtert hatte, ist so noch angespannter geworden. Der gesetzliche Mindestlohn, zu dem viele von ihnen entlohnt werden, beträgt seit April 1984 für einen Arbeiter über 16 Jahren 24525 TL. Umgerechnet nach dem vom Statistischen Amt in Wiesbaden angegebenen Aufkraftkurs (100 TL = 1,13 DM, Angaben für Juli 1984) sind das knapp 27 DM. Um ein Kilo Fleisch bezahlen zu können, muß ein solcher "Mindestlöhner" heute 16 Stunden arbeiten. Er ist ebenfalls vom türkischen Statistischen Amt ermittelte "Durchschnittslohn" aller Lohnabhängigen mit Sozialversicherung lag Mitte 1984 bei 472 TL im Monat (344 DM). Für die meisten Lohnabhängigen ist damit eine ausreichende Ernährung ihrer Familien ohne ständige Überarbeit, ohne Nebenberufe und ohne Lohnarbeit ihrer Frauen und Kinder weiter unmöglich. Zumal bei den hohen 55465 TL Ausgaben für Miete, Strom, Heizung, Wasser, Verkehrsmittel, Kleidung usw. noch gar nicht einbezogen sind.

Eine Änderung dieser Lage zu erwirken, ist für die türkischen Lohnabhängigen äußerst schwierig. Fast alle von der Militärjunta gegen die Gewerkschaften und gegen Streiks erlassenen Gesetze sind weiter in Kraft. 41 von 67 Provinzen herrscht weiterhin Kriegsrecht. In 26 Provinzen ist stattdessen der Notstand ausgerufen, was den Provinzgouverneuren u.a. erlaubt, den Streik, sollte es tatsächlich da kommen, sofort für drei Monate zu untersagen. Die Kriegsgerichte sind weiterhin tätig und terrorisieren die Arbeiter und Bauern. Vom 1.1. bis 31.10.84 meldeten Polizei und Militär die Verhaftung von 2405 "militanten Personen" und von 453 "Separatisten", d.h. kurdischen Befreiungskämpfern. Hundertliche Strafverfahren gegen den verbotenen Gewerkschaftsbund DISK laufen an, gegen die 1400 Funktionä-

re von DISK und seinen 30 Einzelgewerkschaften sind ca. 100 Todesstrafen beantragt. Eine Amnestie für die zahlreichen von den Militärgerichten seit 1980 Verurteilten lehnt die Regierung ab.

Den Imperialisten ist dieser Terror recht. Die Regierung sichert ihnen so die pünktliche Rückzahlung türkischer Schulden und ebenso die pünktliche Zinszahlung für ihre Kredite. 1983 und 1984 hat die Regierung Özal jeweils 2,5 Mrd. Dollar, zusammen über 15 Mrd. DM, den Imperialisten als "Schuldendienst" überwiesen. Mehr als die Hälfte davon waren Zinsen auf die inzwischen auf ca. 20 Mrd. Dollar angestiegenen Auslandsschulden. Dieses Jahr muß die türkische Regierung sogar 3 Mrd. Dollar, d.h. ca. 9 Mrd. DM, an Zinsen und Rückzahlungen an die Imperialisten überweisen.

Um neue Kredite zu bekommen, versucht die Regierung, das Interesse der Imperialisten an Kapitalanlagen in der Türkei weiter anzustacheln. Seit dem 1.4.84 sind neue Bedingungen für Auslandskapital in Kraft, die diesem

Bundesregierung seien 29 Mio. DM im Rahmen der Militärhilfe für den Bau dieses Werkes bereitgestellt worden. Nach Erklärungen der türkischen Regierung ist geplant, nach Abschluß eines entsprechenden Abkommens mit Krauss-Maffei in dem neuen Werk auch Leopard-II-Panzer zu montieren und in andere Nahost-Länder zu exportieren. Auch die beiden westdeutschen LKW-Hersteller in der Türkei, MAN und Daimler-Benz, weiten ihre Anlagen bedeutend aus. Mitte 1984 erhielt Daimler-Benz bzw. die Firma Otomarsan, an der Daimler-Benz mit 36% einen beherrschenden Anteil hat, die Genehmigung, künftig LKWs aller Art montieren zu lassen. Schon bald sollen in den beiden Otomarsan-Werken in der Türkei neben 2000 Omnibussen jährlich auch 5000 LKW und 9000 Dieselmotoren fertiggestellt werden. Die Zahl der Lohnabhängigen soll von 1600 auf 3000 steigen. Um den Absatz der LKWs zu sichern, ordnete Daimler gleich auch die Besitzverhältnisse bei Otomarsan neu: der "Armeefonds Ankara" wurde mit 5% an Otomarsan beteiligt.

Um zugleich mit dieser weiteren Öffnung des Landes für imperialistisches Kapital und mit der weiteren Verelendung der arbeitenden Klassen ihre eigene "Stabilität" zu sichern, ist die Regierung bemüht, einen ausrei-



Um die Zinsen für die Imperialisten aufzubringen und die Steuererleichterungen für die Kapitalisten und besser verdienende "leitende Angestellte" und Beamte fortsetzen zu können, hat die Regierung zum 1.1. die Mehrwertsteuer eingeführt – vorerst maximal 10%. Auf bislang unbesteuerter Grundnahrungsmittel muß ab 1.4. 3%, ab 1.7. 6% Steuer gezahlt werden.

uneingeschränkter Transfer aller Gewinne aus so ziemlich jeder Art von Kapitalanlage in der Türkei garantieren. Schon jetzt ist absehbar, daß sich die imperialistischen Kapitalanlagen entweder auf Tourismusprojekte oder aber auf militärische Produktionen konzentrieren werden. Am 30.10.84 z.B. begann der Bau einer Montagefabrik für F-16-Kampfflugzeuge aus den USA. Wenige Tage später meldete "dpa" die Fertigstellung einer Fabrik für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge im Nordwesten der Türkei. Von der

chenden Anhang von türkischen Kapitalisten, Spekulanten, besser verdienenden Militärs, "leitenden Angestellten" und Beamten um sich zu scharen. Die Rücksichtslosigkeit und Kalkülsucht, mit der die Regierung diesen Kreisen eine Steuererleichterung nach der anderen und zahlreiche "Geschäfte", Einkommenserhöhungen und Anlagemöglichkeiten verschafft, ist der Hauptgrund für die von den Imperialisten gerühmte "erstaunliche Stabilität" der Regierung. So hat die Regierung den Kapitalisten unerhörte

Steuererleichterungen insbesondere für Exportgeschäfte verschafft. In der Folge sind 1984 die Exporte der türkischen Kapitalisten um über 50% gestiegen – für die Regierung eine unerläßliche Bedingung, um den Schuldendienst an die Imperialisten zahlen zu können, für zahlreiche türkische Kapitalisten, insbesondere die großen Holdings, Gelegenheit für ertragreiche Geschäfte. Auch die "leitenden Angestellten" dieser Kapitalisten haben von dieser Sorte "Exportförderung" profitiert. Zudem hat die Regierung allen besser verdienenden Kreisen die Einkommenssteuer drastisch gesenkt. Der unterste Steuersatz für die Einkommenssteuer etwa ist von 40% 1982 auf 25% gesenkt, die höheren Steuersätze entsprechend. Seitdem gilt der türkische Kapitalmarkt wieder als "ergiebig". So konnte die Regierung im vergangenen Sommer zwei Anleihen über 1,35 Mrd. DM verkaufen – Zinssatz: 50 bzw. 55%!

Nun will die Regierung diesen Kreisen wie auch den Imperialisten ein noch umfangreicheres Geschäft ermöglichen. Die zahlreichen großen Staatsbetriebe sollen "privatisiert" werden. Als erstes will Özal die Bosphorusbrückengesellschaft verkaufen, zwei Stahlwerke, zwei Kohlegruben und einen Staudamm. Özal hat bereits verkündet, damit "eine neue Epoche der türkischen Ökonomie" einzuleiten. Die Hauptnutznießer dieser "neuen Epoche" werden die Imperialisten sein, die nun zahlreiche lästige Staatsmonopole aus dem Weg räumen können und sich in profitable Betriebe als erste einkaufen werden. Aber auch die "besser verdienenden" türkischen Kreise, die Kapitalisten, Spekulanten, Beamten, Militärs und Angestellten bekommen auf diese Weise eine neue ertragreiche Anlagemöglichkeit. Bedingung ist, daß das Kriegsrecht bzw. Notstandsrecht in Kraft bleibt und so die brutalen Rationalisierungspro-



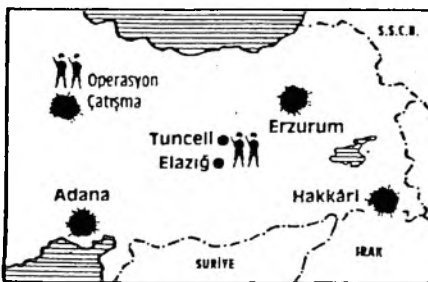
Westdeutsche "Kulturförderung": Der bayerische Kultusminister Maier beim Orgelkonzert in Istanbul, 1984

gramme in den Staatsbetrieben noch vor der Privatisierung durchgesetzt werden können. Die beiden Hauptelemente dieser "neuen Epoche" sind damit schon festgeschrieben – weitere Abhängigkeit der Türkei von den Imperialisten und weitere Verelendung der Arbeiter und Bauern.

Quellenhinweis: Türkei-Infodienst der alternativen Türkeihilfe, Herford, Ausgaben 86 bis 97/84; Handelsblatt, FAZ, Nachrichten für Außenhandel, div. Ausgaben – (rül, eve)

MILITÄREINSÄTZE GEGEN DAS KURDISCHE VOLK

Seit August 1984 laufen wieder die Militäroperationen der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk. Damals hatte die Militärregierung Guerillaangriffe auf eine Polizeistation zum Anlaß genommen, zwei Drittel der türkischen Armee nach Türkisch-Kurdistan abzukommandieren. Razzien und Massenverhaftungen wurden durchgeführt. Dörfer und kleine Städte entlang den Grenzen zum Iran und Irak wurden zwangsweise umgesiedelt, um so einen 20 km langen Grenzstreifen zu entvölkern und damit die Verbindung zwischen den iranischen, irakischen und türkischen Kurden zu zerstören.



Hauptoperationsgebiete der türkischen Armee in Türkisch-Kurdistan (Milliyet vom 18.10.84)

Damals marschierten Eliteeinheiten der türkischen Armee in den Irak ein, um die kurdischen Freiheitskämpfer zu verfolgen und zu vernichten. Seither befinden sich die Dörfer und Städte Türkisch-Kurdistans im Belagerungszustand.

Ende Oktober gab die türkische Kriegsrechtskommandantur Meldungen an die Presse, wonach "im Süd-

osten wieder Ruhe eingekehrt" sei, "die letzten Verräter weggesäubert" seien und die "Bürger nach 70 Tagen Operationen wieder Ruhe" hätten. Eine Nachrichtensperre wie zu Beginn der Militäroperationen wurde wieder verhängt. Trotzdem meldeten verschiedene türkische Zeitungen in den darauffolgenden Wochen immer wieder über Erschießungen von Guerillas in Türkisch-Kurdistan. In Uludere und Beytüşebap (Provinz Hakkari) und Sirnak (Provinz Siirt) wurden Mitte November von Armee und Polizei großangelegte Razzien durchgeführt.

Zwischen dem Irak und der Türkei hatte es Absprachen über die Verfolgung von kurdischen Freiheitskämpfern durch die türkische Armee gegeben. Der Iran hatte zunächst eine distanzierte Haltung gegenüber den türkischen Plänen eingenommen. Als aber im Dezember 84 der stellvertretende iranische Außenminister dem türkischen Außenminister Halefoglul einen Besuch abstattete, gab er eine positive Stellungnahme zur gemeinsamen Verfolgung der "Terroristen" ab.

Nach Auskunft der irakischen Kommunistischen Partei befinden sich die türkischen Truppen immer noch im Irak und beteiligen sich aktiv an der Vernichtung von kurdischen Freiheitskämpfern.

Die kurdische Organisation KOMKAR hat einen Appell für die Europaratssitzung am 16./17.1.85, auf der die Situation in der Türkei verhandelt wird, vorbereitet. In der Erklärung verlangt sie, daß die Aufnahme der Türkei in den Europarat nochmals überprüft wird, u.a. auch wegen den Militäroperationen in Türkisch-Kurdistan.

Brasilien

NEUES INFORMATIKGESETZ

Abgeordnete der Regierungspartei, darunter rechte Militärs, bis zu Oppositionsabgeordneten stimmten mit großer Mehrheit dem von der Regierung vorgelegten Informatik-Gesetz Ende Oktober zu. Nationalistische Töne wurden lauter: Die Multis würden getroffen.

Die Reaktionen der Imperialisten gingen von offenen Drohungen wie US-Außenminister Shultz jüngst in Brasilien: "Ein Land, das auf diesem Gebiet seinen eigenen Weg gehen und sich auf eigene Ressourcen stützen will, schadet sich selbst" bis zu versteckten wie: "Schon jetzt investiert Siemens in Brasilien 40 v.H. weniger ... Durch die ungünstigen Rahmenbedingungen sind allein bei Siemens Investitionen in einer Höhe von rund 100 Mio. Dollar blockiert". (WAZ, 20.12.84).

Das Informatik-Gesetz beschert den brasilianischen Kapitalisten in der Computerbranche bis 1992 ein Ergänzungs- und Vertriebsmonopol. Jegliche Einfuhr von Bauelementen ist verboten. Nur "rein brasilianische" Bauteile, gefertigt von Firmen mit über 66% brasilianischem Kapital,

dürfen verwendet werden. Damit würden 100%ige Tochtergesellschaften imperialistischer Konzerne wie Siemens, Borroughs oder IBM, die insgesamt über 70% der Sachanlagen der Computerindustrie kontrollieren, vom brasilianischen Markt ausgeschlossen. Ein Anreiz für die Imperialisten also, sich bei den z. Zt. 140 brasilianischen Firmen mit Beteiligungen bis zu 33% einzukaufen. Angesichts von 103000 verkauften Mini- und Mikrocomputern im Wert von ca. 1,5 bis 2 Mrd. DM 1984 ein lohnendes Geschäft.

Das neue Gesetz beläßt den Imperialisten das Monopol bei der Herstellung von Großcomputern und im Export: In der Freihandelszone Manaus im Norden sowie im Nordosten des Landes können diese ohne Auflagen alle Computerversionen für den Export produzieren.

Mit dem Informatik-Gesetz wird ein "Nationaler Rat für Informatik" gegründet, dem Vertreter der brasilianischen Kapitalisten und des Staatsapparates angehören sollen. Er löst das seit 1977 bestehende Sondersekretariat für Informatik, das dem Nationalen Sicherheitsrat unterstellt und von Militärs dominiert war, ab. Damit erhalten die Kapitalisten direkten Einfluß auf die Rüstung und auf Teile der zu über 60% verstaatlichten Wirtschaft Brasiliens.

Mit Privatisierungsprojekten und nationalistischer Propaganda wendet sich die derzeitige Regierung insbesondere an die Klein- und mittlere Bourgeoisie und an die akademische Mittelklasse.

Quellenhinweis: NZZ, 18./19.11.84; Handelsblatt, 19.11.84; Spiegel 45/84. — (sie)

Indien

DAS PROGRAMM DER NEUEN REGIERUNG

Bereits am 1. Januar 1985 hat die neu gewählte indische Regierung unter Rajiv Gandhi nach ihrer Vereidigung die Arbeit aufgenommen. Die Congress-I-Partei hatte die absolute Mehrheit im Kongreß mit 400 von 508 Sitzen gewonnen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es wegen der Unruhen in den Bundesstaaten Assam und Punjab keine Wahlen gegeben hatte. Am Wahlausgang hätte das aber grundsätzlich nichts geändert. Die Janata-Partei hat als größte Oppositionspartei gerade 28 Abgeordnete im Parlament. Mitte Januar soll die konstituierende Sitzung des indischen Bundesparlaments stattfinden.

In der neuen Regierung sind neben alten Mitgliedern auch Vertreter der Interessen großer indischer Konzerne (z.B. dem Elektrokonzern BHEL). Vor

allem hat Rajiv Gandhi sich einen entsprechenden Beraterstab zugelegt., der mehrere ehemalige Manager aus der indischen Industrie umfaßt.

In den westlichen Presseorganen wird dieser Umstand ausgiebig breit gewalzt, denn die in der letzten Zeit praktizierte Lockerung der Importbestimmungen für ausländische Konzerne und die weitere Öffnung nach Westen stehen offenbar auch für die neue Regierung außer Frage. "So wird als erstes mit einer weiteren Liberalisierung der Industrie- und Importpolitik gerechnet, um die Modernisierung und die Produktivität anzuregen. Das wird vor allem dem privaten Sektor zugute kommen, der in Zukunft wohl eine noch größere Rolle im Wirtschaftsleben Indiens spielen wird als bisher" (FR 4.1.85).

Bei einer Rundfunkansprache an die Nation am 12. November 1984 hatte Rajiv Gandhi bereits verkündet, daß er das sozialökonomische Programm von Indira Gandhi "gewissenhaft und effektiv verwirklichen" werde.

Die staatlichen Industriesektoren, die in Indiens Wirtschaft bislang eine große Rolle spielen, sollen teilweise privatisiert werden bzw. private Konkurrenzunternehmen sollen staatlicherseits gefördert werden.

So ausführlich und detailliert Rajiv Gandhis Programm besonders in Bezug auf die Wirtschaftspolitik ist, so ungenau sind seine Festlegungen zur sozialen Lage der Inder. Er werde gegen Korruption und Armut kämpfen.

Rajiv Gandhis Wahlsieg hat selbst indische Presseorgane überrascht. Allerdings muß man dabei bedenken, daß die Masse der indischen Wähler auf dem Land lebt und die Bauern eine Rekorderte von 152 Mio. t Getreide im letzten Jahr eingebracht haben.

Die größte indische Gewerkschaftsorganisation AINTUC, die zur Congress-I-Partei gehört, hatte diese vorbehaltlos unterstützt. Dabei sind derzeit allein 24 Mio. Inder offiziell als arbeitslos gemeldet, rund 200 Mio. sind teil- bzw. unterbeschäftigt oder müssen als Tagelöhner arbeiten. 350 Mio. leben unter der offiziellen Armutsgrenze.

Die Opposition hatte keine Möglichkeit gefunden, sich zusammenzuschließen, da die beiden kommunistischen Parteien es abgelehnt hatten, mit den reaktionärsten Kräften, der nationalistischen BJP (Bharatiya Janata Partei), eine gemeinsame Plattform zu bilden. Die anderen Parteien sind im wesentlichen nicht in der Lage, eine Kritik an der Regierung zu formulieren bzw. die Interessen der Masse der landlosen Bauern, kleinen Pächter und Industriearbeiter zu vertreten.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review, 15. und 22.11.1984; FAZ, div. Ausgaben; FR, 4.1.1985. — (cog)

Österreich

WER PROFITIERT AN DER ENERGIEPOLITIK

"... An der Errichtung eines Kraftwerkes bei Hainburg wird festgehalten." Einstimmig hat die SPÖ/FPÖ-Regierung am 4. Januar auf den Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes reagiert, den Baubeginn für das Donaukraftwerk Hainburg um ein Jahr aufzuschieben. In einem 11-Punkte-Programm wird zwar festgehalten, daß "die erforderlichen Rodungsarbeiten in diesem Winter nicht mehr aufgenommen (werden)", andererseits "Maßnahmen, die mit der Errichtung eines Kraftwerkes bei Hainburg in Zu-



Tausende von Menschen hielten seit dem 7.12. den Bauplatz besetzt. Auch nach dem Polizeieinsatz fanden Demonstrationen auf dem Gelände statt.

sammenhang stehen, ... ehestens in Angriff zu nehmen (sind)". — Der Verwaltungsgerichtshof hatte mit seinem Beschluß vom 2. Januar einer Klage mehrerer Bauern aus der Umgebung von Hainburg und des World Wildlife Fund stattgegeben.

Die Brutalität, mit der die Bundesregierung am 19.12. den besetzten Bauplatz durch Polizeitruppen räumen ließ, hat Zorn und Empörung ausgelöst. Nicht verhindern konnte die Regierung, daß 30000 Kraftwerksgegner in der Wiener Innenstadt demonstrierten und daß in der Nacht des 24.12. zehntausend Menschen in der zum Sperrgebiet erklärten Hainburger Au an einer Mitternachtsmesse teilnahmen.

Der Streit um das Kraftwerk Hainburg hat aber auch vermeidbare Widersprüche geschürt. Die Bewegung gegen das Kraftwerk wird von mittelständischen Kräften mit grünen Argumenten geführt. Auf der anderen Seite will der sozialdemokratische Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Benya, die Arbeiter "zwecks Erhalt und Sicherung der

Arbeitsplätze" für Hainburg ins Feld führen. Benya ging sogar so weit, den Einsatz der Polizeitruppen gegen die Aubesetzer als "Demokratiedemonstration" zu bezeichnen; hätte er die Arbeiter mobilisiert, "wäre mehr Blut geflossen ...". Diese Haltung stößt auch innerhalb des ÖGB auf Protest. Zahlreiche Austritte sind die Folge.

Der Gesamtenergieverbrauch in Österreich ist seit Jahren rückläufig; im Vorjahr sank er um 3,5 %. Die Vehemenz, mit der die Regierung am Bau des Kraftwerks Hainburg festhält, hat andere Gründe: 1970 entfielen 8,3 % der österreichischen Gesamtimporte auf Energie, 1982 waren es bereits 16,1 %. Gegenüber 34 % (1960) importierte Österreich 1982 60 % seines gesamten Energiebedarfs. Ein erheblicher Teil davon wird durch sowjetisches Erdgas gedeckt, das im Austausch für in Kooperation mit westdeutschen Konzernen gelieferte Röhren importiert wird. Im Zuge einer weiteren Annäherung an das Bündnis der westlichen Imperialisten ist es für die österreichische Regierung notwendig, sich von dieser Energiequelle unabhängig zu machen.

Der Baustop für das Kraftwerk Hainburg dient auch als Anlaß, erneut die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf ins Gespräch zu bringen. 1978 hatte sich die Mehrheit der Bevölkerung in einer Volksabstimmung gegen Zwentendorf ausgesprochen. Ein Atomsperrgesetz wurde verabschiedet, das die Nutzung der Kernenergie untersagt. Die Regierungsparteien beraten zur Zeit, wie eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament erreicht werden kann, um das Gesetz aufzuheben. Generalunternehmer für den Betrieb des Kernkraftwerkes ist die Siemens Österreich AG. Im Geschäftsjahr 1978/79 erreichte sie allein durch den Bau ein Umsatzplus von 57 %.

Quellenhinweis: Salzburger Nachrichten, 3.4.81, 3.1.-5.1.85; Profil, div. Ausgaben - (rua)

USA

KRIEGSBUDGET: DIE ÄRMSTEN ZAHLEN

Anfang Februar wird US-Präsident Reagan das Budget für das Haushaltsjahr 1986, das am 1.10.85 beginnt, dem US-Kongreß vorlegen. Das Budget sieht eine Unterdeckung des Haushalts von 200 Mrd. \$ bei einem Gesamtvolumen von 900 Mrd. \$ vor. Bis 1988 soll das Haushaltsdefizit auf 100 Mrd. gesenkt werden. Allein der Verteidigungsetat ist für 1986 mit 227,5 Mrd. \$ angesetzt und wird bis 1988 auf 348 Mrd. \$ steigen.

In einer kabinetsinternen Vorentscheidung hat Reagan festgelegt, daß

vom ursprünglichen Haushaltsansatz des Verteidigungsministeriums in 1986 nur 8,7 Mrd. \$ gestrichen werden und der Rüstungsetat damit immer noch um 7,3 % steigt. Kein größeres militärisches Beschaffungsprogramm ist von den Kürzungen betroffen. Dagegen sollen alle anderen Regierungsausgaben um zusammen 34 Mrd. \$ gekürzt werden.

Die größten Einsparungen richten sich gegen die Armen und die Alten. Das Medicaid-Programm, das für die Ärmsten eine minimale medizinische Versorgung garantieren soll, wird in den nächsten drei Haushaltsjahren um 7,2 Mrd. \$ gekürzt und außerdem teilweise den US-Bundesstaaten übertragen. Der Kostenanstieg des Medicare-Programms für die Krankenversorgung der Rentner wird um 18,9 Mrd. \$ gedrückt durch Begrenzung der Steigerung der Krankenhauspflegesätze sowie durch Erhöhung der Arztkosten-Zusatzversicherung der Rentner um ein Drittel. Von dem Einfrieren der Anpassung der Sozialleistungen und Pensionen an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten sind ehemalige Soldaten, frühere Angehörige

des öffentlichen Dienstes und etwa 3,8 Millionen Alte, Blinde und Behinderte betroffen. Außerdem wird der Bezug von Lebensmittelgutscheinen weiter eingeschränkt, die freie Schulspeisung für Kinder von Armen gekürzt und die Anspruchsberechtigung auf Regierungskredite zur Finanzierung der Hochschulausbildung eingeschränkt.

Vollständig gestrichen werden die teilweise von der Reagan-Regierung selbst initiierten Arbeitsbeschaffungsprogramme für Jugendliche, Bundesbeihilfen für den Wohnungsbau in Slumgebieten sowie Agrarkreditprogramme und die Preisstützung für Agrarprodukte, was zahllose kleine Farmer zum Aufgeben zwingen dürfte.

Für die Beschlußfassung zeichnet sich ab, daß die Reagan-Regierung noch leichte Kürzungen bei den Rüstungsausgaben vornehmen muß, um vom US-Kongreß den Allparteiensegen für das Kriegsbudget und den rabiaten Angriff auf die Armen zu bekommen.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, div. Ausgaben - (wom)

Südafrika/Azania

AKTIONEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ANGEKLAGTEN STREIKFÜHRER

Am 31. Januar will die südafrikanische Regierung einen Prozeß beginnen lassen gegen 26 Gewerkschaftsführer und andere Führer des Komitees, das den Generalstreik am 6. und 7. November in Transvaal organisiert hat. Die Anklage lautet auf Umsturzversuch. Dafür können bis zu 25 Jahre Gefängnis verhängt werden. Die Anklage wird erhoben aufgrund der Unterdrückungsgesetze für Innere Sicherheit. Der Prozeß dient der Regie-

rung jedoch auch dazu, die Anwendung weiterer Terrorgesetze zu ermöglichen. Im Juni letzten Jahres verabschiedete sie ein neues Gewerkschaftsgesetz, mit dessen Hilfe sie die Zerschlagung jeglicher gewerkschaftlichen Aktivität legalisieren will. Nach diesem Gesetz wird die Anerkennung von schwarzen Gewerkschaften an Bedingungen gebunden, die diese nötigen, alle wesentlichen inneren Angelegenheiten ihrer Organisationen



US-amerikanische Gewerkschaftsführer werden bei der Solidaritätsdemonstration mit den schwarzen Gewerkschaften in Südafrika verhaftet.



"Es ist kaum vorstellbar, daß dieser Mann noch vor wenigen Monaten ein voll einsatzfähiger Geheimdienstmann gewesen sein soll", schaudert der Kölner Stadtanzeiger. Einer der Mörder des polnischen Pfarrers Popieluszko ist zusammengebrochen, weil er erleben mußte, daß die polnischen Gerichte solch ein Verbrechen von Sicherheitsbeamten nicht decken, sondern verfolgen. Zwar ist noch nicht bekannt, ob die Kirchenabteilung des polnischen Innenministeriums direkt verwickelt ist, die zahlreichen personellen Änderungen werden jedoch der katholischen Kirche auf jeden Fall neue Erleichterungen verschaffen. Ein Prozeßergebnis steht schon jetzt fest. Solche wie die Mörder von Popieluszko werden in der VR Polen keine Karriere machen. Das unterscheidet das polnische Innenministerium vom westdeutschen. — (anl)

TÜRKEI: HUNGERSTREIK VON GEFANGENEN

Seit dem 24. Dezember sind 70 politische Gefangene im türkischen Militärgefängnis von Adana im Hungerstreik. Sie waren, nachdem sie sich geweigert hatten, die türkische Nationalhymne zu singen, in eine einzige Zelle gesperrt worden. Auch in den Gefängnissen von Gaziantep und Karamanmaraş protestieren mehrere Dutzend politische Gefangene gegen ihre Haftbedingungen, die Einschränkung ihrer Verteidigerrechte und die Folter. Angehörige der Gefangenen veröffentlichten in Istanbul eine Erklärung, in der sie im Namen der Hungerstreikenden die Abschaffung der Todesstrafe, ein Ende der Hinrichtungen

und eine Generalamnestie sowie eine Verbesserung der Haftbedingungen fordern. — (rül)

CHICAGO: ERGEBNIS DES LEHRERSTREIKS

Nach zwei Wochen beendeten die 28000 Lehrer und 12000 anderen Schulbeschäftigten in Chicago am 17.12. ihren Streik. Die Stadtverwaltung hatte Kürzungen der Gehälter gefordert. Die Gewerkschaften setzten eine sofortige Erhöhung der Gehälter um 4,5% und einen einmaligen Bonus von 2,5% des Gehalts, zahlbar im März, durch. Außerdem erreichten sie die Erhöhung des Lehrer-Anfangsgehaltes. Das jährliche Mindestgehalt steigt von 15471 auf 16167 Dollar. — (gba)

TORIES SPALTEN BERG- ARBEITERGEWERKSCHAFT

Nachdem die immer wieder vorausgesagte "Rückkehrbewegung in die Zechen" auch nach Weihnachten nicht in erwünschtem Ausmaß stattgefunden hat, intensiviert die Regierung Thatcher ihre Polizeieinsätze und Justizeinsätze gegen die Bergleute. 8900 sind seit Streikbeginn festgenommen worden, die Gewerkschaftsgelder wurden beschlagnahmt und einzelnen Vorstandsmitgliedern Strafen bis zu 800000 DM angedroht für den Fall, daß sie weiterhin den "illegalen Streik" unterstützen. Mit Hilfe eines ihr hörigen "Komitees arbeitender Bergleute" will die Tory-Partei die NUM jetzt auch formal spalten. Dazu werden Anträge auf weitreichende Satzungsänderung auf Bezirksebene



vorbereitet, die die Verbindung der Bezirke zum Vorstand lockern bis aufheben soll. Der Vorsitzende der Labour-Partei, Kinnock, besuchte zum 4.1. zum ersten Mal in dem vierzigwöchigen Streik Streikposten vor Ort. Das Bild zeigt eine Bergarbeiter-Gemeinschaftsküche, die inzwischen in allen Streikorten bestehen. — (hef)

vor der staatlichen Kammer für Arbeitskraft offenzulegen, also Einzelheiten des Statuts, Namen der Funktionäre, Mitgliederliste und die finanzielle Lage. Kommen die Gewerkschaften diesen Verpflichtungen nicht nach, so können sie bestraft werden, und die Vereinbarungen, die sie mit Kapitalisten abschließen, sollen vor keinem Gericht einklagbar sein. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrats von Südafrika, Camay, einer der 26 Angeklagten, erklärte, dies sei der erste Schritt zur Kontrolle der Vereinbarungen, der nächste Schritt werde die Kontrolle ihres Inhalts sein.

Durch internationale Protestaktionen haben die Gewerkschaften erreicht, daß die schon vor dem Prozeß Inhaftierten freigelassen werden mußten, wenn auch teilweise nur gegen Kaution. Ein angeklagter Gewerkschaftsführer ist weiterhin in Haft. Jerry Kau, beschäftigt bei Renault

nahe Johannesburg, wird unterstützt durch den Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB), der sich an seine französischen Mitgliedsverbände und an die Renaultkapitalisten gewandt hat mit der Aufforderung, den Druck für die Freilassung Kaus aufrechtzuerhalten und den Lohn weiterzuzahlen, damit seine Familie überleben kann.

Am 21. November begannen vor der Botschaft von Südafrika in Washington Protestaktionen, zu denen die Gewerkschaften aufgerufen hatten. Die Demonstranten wandten die Taktik an, die Bannmeile um das Botschaftsgebäude zu mißachten, in die Botschaft einzudringen, um dort ihren Protest vorzubringen, und sich, da ihnen dies nicht zugestanden wurde, von der Polizei festnehmen zu lassen. Der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO forderte alle Mitgliedsgewerkschaften auf, an einer Demonstration am 4. Dezember in Washington mit mög-

lichst großen Delegationen teilzunehmen. Der Schatzmeister des AFL-CIO, Donahue, der Vizepräsident der Stahlarbeitergewerkschaft, Lynch, und weitere Gewerkschafter wurden bei dieser Aktion festgenommen und für eine Nacht inhaftiert, da sie sich weigerten, die Botschaft zu verlassen, bevor sie ihren Protest vortragen konnten. Damit wurden insgesamt 22 Gewerkschafter inhaftiert. Donahue wies in seiner Rede vor Vertretern der Presse darauf hin, daß im AFL-CIO Schwarze und Weiße, Männer und Frauen gemeinsam organisiert sind. Er griff nicht nur die Politik der Apartheid und die Unterdrückung der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika an, sondern auch die Politik des "konstruktiven Engagements" der US-amerikanischen Regierung. Sie stelle eine "schweigende Billigung der Sozialpolitik jenes Landes" dar. Er forderte die amerikanische Regierung auf, größeren Druck auf Südafrika

NIEDERLANDE: STREIK DER HAFENLOTSEN

Die Lotsen der drei niederländischen Häfen Rotterdam, Amsterdam und Vlissingen haben jeden Nacht- und Wochenenddienst eingestellt. Damit wehren sie sich gegen die von der Regierung verordnete Senkung der Überstundenzulagen. Am 3.1. waren zunächst 69 Schiffe von dem Streik betroffen. 59 Schiffe konnten die Häfen Rotterdam, den größten der Welt, und Amsterdam nicht anlaufen bzw. verlassen. Zehn Schiffe warteten in der Scheldemündung auf das Geleit nach Vlissingen. — (wom)

EG VERSUCHT GRÖNLANDS AUSTRITT ZU VERZÖGERN

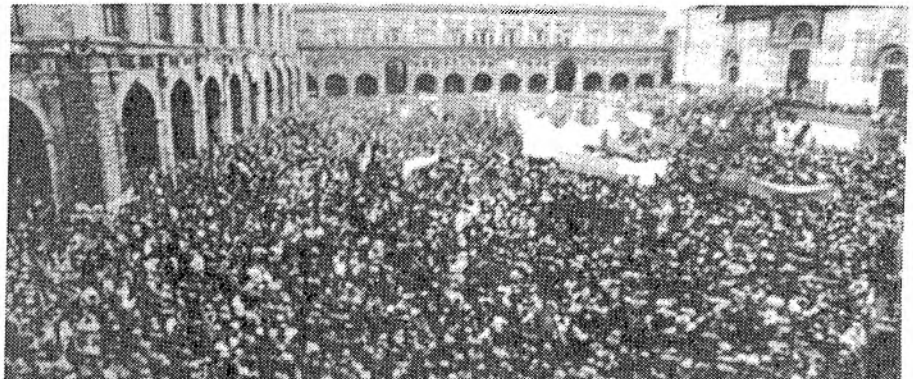
Nach den Vereinbarungen zwischen dem dänischen Kolonialherren, der grönländischen Regierung und der EG sollte Grönland ab 1. Januar 1985 nicht mehr EG-Mitglied sein, sondern den Status eines überseeischen Gebiets erhalten. Doch die EG-Staaten, die vieles versucht haben, um den Austritt Grönlands zu verhindern, wollen den Austritt erneut verzögern. Die französische Regierung verweigert die Unterzeichnung der mit Grönland vereinbarten Übergangsregelungen, weil sie befürchtet, die Bedingungen könnten beispielhaft für französische Kolonien sein. Irland hat den Vertrag noch nicht ratifiziert. Die EG-Kommission hat schon Ende 1984 Fangquoten für die Kabeljau- und Garnelenfischerei vor Grönland an die EG-Staaten verteilt, obwohl die Austritts-Verträge vorsehen, daß künftig das grönländische Parlament über die Gesamtfangmenge und Verteilung entscheidet. Der grönländische Fischereiminister Johansen hat gegen das Verfahren der Kommission protestiert. Das grönländische Parlament

hat beschlossen, einseitig zum 1. Januar den EG-Austritt zu erklären und den EG-Staaten jegliche Fischerei in seinen Gewässern zu verbieten, bis der Vertrag von der EG eingehalten wird. — (uld)

"RETTUNGSAKTION" FÜR DIE ZIONISTISCHE FRONT

Die "Rettungsaktion" für die "jüdischen Falaschen" in Äthiopien werde fortgesetzt, kündigte der israelische Staatspräsident Herzog Anfang der Woche an. Seit November, so ist jetzt bekanntgeworden, hat die "Jewish Agency" zwischen 7000 und 15000

vom Hunger gequälte Falaschen aus Äthiopien fortgelockt und vom Sudan aus über Brüssel, Basel oder Rom nach Israel verfrachtet. Unter Haile Selassie hatten zionistische Prediger unter den ca. 20000 Falaschen Äthiopiens Propaganda treiben können und sie zum "wahren Judentum" bekehrt. Zuvor hatten die Falaschen, die seit 1000 Jahren amharisch sprechen und altjüdische Religionsriten kennen, noch nicht einmal den Talmud gekannt. Nun hat das zionistische Siedlerregime die Falaschen nach Israel verschleppt — Kanonenfutter für die zionistische Armee. — (rül)



Hunderttausend haben in Bologna an der Trauerfeier für die 15 Todesopfer des faschistischen Bombenanschlags auf den Schnellzug Neapel-Mailand am 23. Dezember teilgenommen. Die Erbitterung über die Faschisten und ihre Hintermänner im Staatsapparat ist groß. Bei fünf faschistischen Massakern — auf die Mailänder Landwirtschaftsbank 1969, den Schnellzug "Italicus" und eine Gewerkschaftskundgebung in Brescia 1974, den Hauptbahnhof von Bologna 1980 und jetzt erneut auf einen Zug — sind in den letzten 15 Jahren 140 Menschen getötet worden. Kein einziger Attentäter — von den Auftraggebern zu schweigen — ist dafür bisher rechtskräftig verurteilt, alle sind auf freiem Fuß. Fest steht weiter, daß der Geheimdienst mindestens das Attentat von 1969 gedeckt und den Bombenlegern zur Flucht ins Ausland verholfen hat. Der frühere Geheimdienstchef Musumeci hat 1980 die Ermittlungen nach dem Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof bewußt und planmäßig in die Irre geführt. Der Bologneser Bürgermeister Imbeni (PCI) hat auf der Kundgebung eine "neue politische Richtung" gefordert, um den Faschisten das Handwerk zu legen. — (ul^o)

auszuüben, um zu erreichen, daß das Wahlrecht und andere Menschenrechte für die Schwarzen gelten, die drei Viertel der Bevölkerung ausmachen. Ebenso forderte Lynch eine Änderung der Politik sowohl in Pretoria als auch in Washington. Petlik, der Vorsitzende der Zeitungsgewerkschaft, erklärte, daß seine Organisation nicht hinnehmen könne, daß ihre schwarzen Brüder und Schwestern in der Zeitungsindustrie gebannt, aus der Arbeit geworfen und eingesperrt würden für den Versuch, den Anliegen ihrer Mitbürger eine Stimme zu verleihen. An der Aktion am 4. Dezember nahmen die Vorstände des AFL-CIO aus elf Bundesstaaten der USA teil.

Weitere Gewerkschaftsdemonstrationen fanden in New York, Chicago, Houston, Los Angeles und Seattle statt. 200 demonstrierten vor dem südafrikanischen Konsulat in Beverly Hills, Kalifornien, und verlangten die Freilassung der Inhaftierten.

Auf den Demonstrationen sprachen drei Gewerkschaftsführer aus Südafrika. Ein Vertreter der Chemiarbeitergewerkschaft aus Transvaal berichtete, daß die Regierung Polizei in die Betriebe schickt, um Arbeiter zur Zeugenaussage gegen die angeklagten Gewerkschaftsführer zu erpressen. Dies ist Teil ihres Vorgehens gegen die Gewerkschaftsführung, um die schwarzen Gewerkschaften zu vernichten.

In mehreren Betrieben in der BRD haben Arbeiter und Angestellte Geld für den Südafrikanischen Gewerkschaftsrat und Unterschriften gegen den geplanten Prozeß gesammelt, die an die Botschaft in Bonn geschickt werden.

Von Bedeutung war die Reise des schwarzen Bischofs der anglikanischen Kirche in Südafrika, Tutu, der sich, bevor er Mitte Dezember den Friedensnobelpreis in Oslo entgegennahm, zu einem Gespräch mit US-

Präsident Reagan bereit erklärte. Die bürgerliche Press stellte fest, daß die beiden nicht übereinstimmen in ihren Ansichten, wie die Apartheid am besten zu bekämpfen sei. Bischof Tutu erklärte: "In meinen Augen ist die Unterstützung und die Zusammenarbeit der Reagan-Administration (mit der südafrikanischen Regierung) unmoralisch, böse und völlig unchristlich ... Man ist entweder auf der Seite der Unterdrückten oder auf der Seite des Unterdrückers. Man kann nicht neutral sein." Er forderte den Präsidenten auf, wirtschaftliche Sanktionen zu erwägen, um die Freilassung der politischen Gefangenen und die Beendigung der Gewalttätigkeit der Polizei in den schwarzen Wohngebieten zu erreichen.

Quellenhinweis: IMB-Nachrichten 15/84, 16/84; AFL-CIO News vom 1., 8., 15., 22.12. 1984; Newsweek vom 17.12. 1984; Azania, press cuttings on South Africa 23/84 — (anl)

VERANSTALTUNG ZUM HUNGERSTREIK

Köln. Am 7.1. fand eine Solidaritätsveranstaltung mit den 39 in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen aus der RAF statt. Sie war mit mehr als 110 Teilnehmern gut besucht. Rechtsanwälte der Hungerstreikenden berichteten über die Foltermethoden in den Hochsicherheitsstrakten. Die Hungerstreikerklärung der 39 wurde verlesen und einhellig die Forderungen nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in großen Gruppen, nach Abschaffung der Isolation, der akustischen und optischen Kontrolle und nach Aufhebung der Kommunikationssperre unterstützt. Eine lebhafte Diskussion gab es um die Frage, wie diese Ziele tatsächlich gegen den westdeutschen Staatsapparat durchgesetzt werden können, insbesondere wie möglichst viele politische Gruppen, auch solche, die die Kampffaktionen der politischen Gefangenen bislang nicht direkt unterstützt haben, Aktionseinheiten bilden können. Beschlossen wurde, ein "Hungerstreikplenum" für alle Interessierten zu schaffen. Am 12.1. findet eine Kundgebung vor der Strafanstalt Köln-Ossendorf statt. — (sch)

4 500 DM FÜR NAZI-PROPAGANDA

Göttingen. Der ehemalige Stadtarchivar von Moringen (Kreis Göttingen), Dr. Walter Ohlmer, der vor einem Jahr eine "Chronik der Stadt Mohringen" im Auftrag der Stadt veröffentlichte, hat vom Landgericht Göttingen 4 500 DM als Honorar, zahlbar von der Stadt, zugesprochen bekommen. Vor einem Jahr erregte die "Chronik" einiges Aufsehen, als bekannt wurde, daß es sich um eine nazistische Propagandaschrift handelt. Z.B.: die "Reichskristallnacht" sei gerechtfertigt, da von den Juden selber provoziert; in Moringen hätte es keinen Juden gegeben, der gearbeitet hätte; Deutschland hätte in diesem Jahrhundert zwei Selbstbehauptungskriege führen müssen; in Moringen habe es kein KZ gegeben etc. Proteste führten zur Sicherstellung der noch vorhandenen Auflage, der Stadtrat entschuldigte sich mehrheitlich für die "Chronik". Ein Jahr später: Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen aufgrund von Anzeigen wegen Volksverhetzung gegen den Autor sind eingestellt, der Nazi mit den ihm jetzt zugesprochenen 4 500 DM immer noch nicht zufrieden. Er will 10 000 DM, dazu eine Erklärung des Stadtrats, daß er ein seriöses Buch geschrieben habe und die Herausgabe der noch vorhandenen ca. 1 000 Exemplare. Er will weitere Rechtsmittel einlegen. (Aus: Nachrichten Kommunalverbände, hrsg. vom BWK, Woche 02/85, 12.01.1985)



Mannheim. Der DGB Mannheim überbrachte den streikenden britischen Bergarbeitern in der Partnerstadt Mannheims, Swansea, in 275 Paketen Bekleidung. Bild: Sammlung für die Streikenden. — Der GEW-Hauptvorstand hat ein Konto eingerichtet: GEW-Spendenkonto "Englische Bergarbeiter", Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, BLZ 5000 101 11, Kto-Nr. 1707617700. — (gba)

TÜRKISCHER ARBEITER IN BLITZAKTION ABGESCHOBEN

Dortmund. Am 29. Dezember hat das Dortmunder Ausländeramt den seit fast 20 Jahren in der BRD lebenden türkischen Staatsbürger Mehmet G. in die Türkei abgeschoben. Am Tag zuvor war er auf dem Ausländeramt verhaftet worden, als er seine bis zum 5.1. 1985 gültige Aufenthaltserlaubnis verlängern wollte. Offizieller Grund: Mehmet G. sei nach Ableistung seines Militärdienstes und nach seiner Heirat in der Türkei unter falschem Namen in die BRD zurückgekehrt. Tatsächlich hatte er, was nach türkischem Recht möglich ist, den Namen seiner Mutter angenommen. Der ev. Studentenpfarrer Poggenklauß und ein Ratsvertreter der GRÜNEN, die Mehmet G. am 29.12. in seiner Arrestzelle besuchen wollten, wurden auf 17 Uhr am gleichen Tag vertrieben. Als sie zusammen mit G.s Frau um 16.40 Uhr erneut auf dem Polizeipräsidium eintrafen, wurde ihnen mitgeteilt, daß Mehmet G. "aus taktischen Gründen" bereits zum Düsseldorf Flughafen unterwegs sei. — (wom)

8. MAI: DGB-NRW RUFT ZU AKTIONSTAG AUF

Düsseldorf. Der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen hat zu einem Aktionstag am 8. Mai aufgerufen. Der Aktionstag soll unter dem Motto "40 Jahre Zerschlagung des Faschismus — 40 Jahre Einheitsgewerkschaft" stattfinden. Zentrum der gewerkschaftlichen Aktivitäten ist Aachen. Dort wird am Abend des 8. Mai der DGB-Vorsitzende Breit auf einer Kundgebung sprechen. DGB-Landesbezirksvorsitzender Geuenich erklärte ausdrücklich: "Für die Arbeitnehmerschaft ist dieser Tag kein Datum der Niederlage." Gleichzeitig gab er jedoch eine Richtung an, wie der 8. Mai in staatstragende Propa-

ganda der SPD zu den Landtagswahlen am 12. Mai eingebunden werden kann: "Für jeden Demokraten ist das Ende der nationalsozialistischen Gewalt Herrschaft identisch mit dem Beginn eines neuen Zeitalters." NRW-Ministerpräsident Rau soll auf einer "historisch-politischen Konferenz" sprechen. — (wof)

INNENMINISTER BESORGT UM NPD-SCHÜLERZEITUNG

Göttingen. Am 30. Dezember erklärte der Pressesprecher des niedersächsischen Innenministeriums, Meldungen, wonach der Innenminister Möcklinghoff die Schülerzeitung "Komet" als "rechtsradikal" einstuft, seien "unzulässig". Tatsächlich hatte der Innenminister Anfang Dezember in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage zu neonazistischen Aktivitäten an Schulen wörtlich erklärt, "daß in Göttingen Druckschriften mit rechtsextremistischer Ausrichtung erschienen sind ('Trend', 'Komet')", die sich an die Zielgruppe der Schüler und Lehrlinge richten." Davon rückt er jetzt ab und rüffelt den Verfassungsschutz, dessen Zuarbeit sei "zumindest als unglücklich" zu bezeichnen. Tatsächlich handelt es sich bei "Komet" um eine NPD-gesteuerte Schülerzeitung, die mit identischen Artikeln auch in anderen Städten erscheint. Der Innenminister behauptet jetzt, eine Beobachtung von Schülerzeitungen finde nicht statt, deshalb könne er auch nichts über die Ausrichtung der Zeitung sagen. Insbesondere sei zu bedauern, daß die "mißverständlichen Zitierungen" der Ministeräußerung kurz vor Jahresende in Göttingen für einige "unnötige Unruhe" gesorgt habe. Antifaschisten haben "Komet"-Verteilern Hefte abgenommen und vernichtet, und die AGIL (Alternative-Grüne-Initiativen-Liste) hat die Ministerantwort als "kleinen blauen Brief" an die Herausgeber gewertet. — (kek)

Kommunale Kriegsvorbereitungen

ATOMBUNKERPROGRAMM FÜR 100 MIO. DM

— EINE "HUMANITÄRE" AUFGABE

München. Der Münchner Stadtrat faßte am 23. Oktober 1984, mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN, den Beschluß, "gegenüber Bundeswehr und den US-Streitkräften mit Nachdruck den Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, daß Absichten, ABC-Waffen zu lagern oder über Münchner Stadtgebiet zu transportieren, auf entschiedene Ablehnung der Landeshauptstadt stoßen würden". Und weiter: "In diesem Sinne erklärt sich München zur atomwaffenfreien Zone." Am 14. Februar 1984 hatte der Stadtrat mit der damaligen CSU-Mehrheit einen ähnlichen Beschluß aus dem Jahre 1982 aufgehoben, nachdem die Bayerische Staatsregierung den Gemeinden "wegen fehlender Zuständigkeit" verboten hatte, zu diesem Thema Beschlüsse zu fassen.

Nach dem Beschluß "München atomwaffenfrei" haben einige Bürgerversammlungen den Stadtrat aufgefordert, daraus Konsequenzen zu ziehen und z.B. Bunkerbau und -ausrüstung einzustellen. Die Mehrheit des Stadtrats betrieb genau das Gegenteil. In dem von SPD, CSU und FDP getragenen Haushalt '85 wurden die Mittel für die städtischen Kriegsvorbereitungen ("Zivil- und Katastrophenschutz") um 39% auf 4,0 Mio. DM erhöht. Diese Gelder laufen in ein umfangreiches Programm zur Renovierung von Bunkern aus dem 2. Weltkrieg sowie zum Neubau von Atombunkern. Bisher gibt es in München für ca. 3% der Bevölkerung Atombunkerplätze. Geplant ist: Verdopplung der "echten" Atombunkerplätze von 11000 auf 22000 (Kosten ca. 20-30 Mio. DM). Renovierung der 25 Hoch- und Tiefbunker aus dem 2. Weltkrieg (Kosten ca. 20-25 Mio. DM). Nachrüstung bestehender U-Bahn-Anlagen und Tiefgaragen für Schutzaufgaben.

Bau von 235 Notbrunnen, die von der Wasserversorgung unabhängig sind (Kosten ca. 25 Mio. DM). Einlagerung von Kalziumjodid-Tabletten, die gegen radioaktive Verseuchung helfen sollen und von Valium-Tabletten an verschiedenen Stellen der Stadt. Einlagerung von "Überlebensnahrung" im Wert von 350000 DM. Insgesamt belaufen sich die Kosten für dieses Programm auf fast 100 Mio. DM.

Die Stadt sieht in ihrem Atombunkerprogramm eine "humanitäre" Aufgabe und beruft sich dabei auf die Verfassungsartikel 2 Abs. 2, der das "Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" beinhaltet.

Die GRÜNEN im Stadtrat sind gegen das Bunkerprogramm aufgetreten und haben es abgelehnt. Sie machen ihre Kritik hauptsächlich daran fest, daß "der Bau von Bunkern und Zivilschutzmaßnahmen sinnlos ist, sie sind eine Verschwendung von Steuergeldern und dienen lediglich der psychologischen Kriegsvorbereitung, indem sie ein Überleben im Atomkrieg

vortäuschen". Hier treffen sich die GRÜNEN mit einem großen Teil der Friedensbewegung und der Gewerkschaften.

Wenn aber beim Kampf gegen das städtische Atombunkerprogramm die Hauptbegründung ist, daß es keinen wirksamen Schutz gegen Atomwaffen gibt, bleibt der Reaktion viel Raum. So griff CSU-Kreisverwaltungsreferent Gauweiler dieses Argument auf und erklärte: "Würde ein Atomblitz über München erscheinen, wäre dies das Ende dieser Stadt. Kein noch so perfekter Bunker könne ein Überleben ermöglichen. Diese Grundüberlegung dürfe jedoch nicht zu dem Ergebnis führen, daß man gegen jede Art von Einwirkung von ABC-Strahlen die Bevölkerung ohne Schutz lassen müsse." Und so bekommt die CSU dann auch die Unterstützung von der SPD.

Die DKP geht zwar auch auf dieses Argument ein, bezeichnet aber das Atombunkerprogramm offen als Kriegsvorbereitung. Sie fordert, daß die Gelder statt für Bunker für soziale Aufgaben ausgegeben werden sollen.

Quellenhinweis: Münchner Stadtzeitung Nr. 11 und 14/84, verschiedene DKP-Schriften, Kommunalwahlprogramm der Grünen — (ror)



Aktion der DKP: Zwei riesige Grünflächen in einem Münchner Arbeiter-Wohnviertel hat die Bundeswehr als Panzerübungswiese in Beschlag.

KEINE PFLICHT, NAZI-LITERATUR ZU DRUCKEN

Elmshorn. "Der Arbeiter verkaufe für Geld seine Arbeitskraft, und dem Arbeitgeber sei nicht zuzumuten, daß die Arbeitnehmer ständig ihr Gewissen prüften." Dies ist die Ansicht des Rechtsbeistandes der Ellerbeker Druckerei Nord-Offset (Kreis Pinneberg). Was war passiert? Der Drucker Dieter Schlichting, VVN-Vorsitzender von Pinneberg und anerkannter Kriegsdienstverweigerer, hatte abgelehnt, Werbeprospekte, die das Gewalt- und Unrechtssystem der Nazis, den Zweiten Weltkrieg und den Militarismus verherrlichen, bei Nord-Offset zu drucken. Zugleich bot er

aber an, andere Aufträge zu drucken. Daraufhin wurde er fristlos ohne die Zustimmung des Betriebsrates gekündigt. Am 20.12. hat jetzt der 2. Senat des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) der Kündigungsschutzklage von Schlichting, vertreten durch die IG Druck und Papier, rechtgegeben und zwei entgegengesetzte Urteile des Arbeitsgerichts Elmshorn und des Landesarbeitsgerichts Kiel aufgehoben. Bereits während der mündlichen Verhandlung des BAG kritisierte der Richter das Landesarbeitsgericht Kiel: Angesichts der Behauptung des Kieler Gerichts, Schlichting lehne nur Kriege des Dritten Reiches, nicht aber "kommunistische Kriege" ab, äußerte der Richter Besorgnis der

Befangenheit. Das BAG schloß sich einem BAG-Urteil des Jahres 1960 an, in dem es heißt: "Kein Bürger der Bundesrepublik kann nach seinem Arbeitsvertrag verpflichtet sein, für ein Publikationsorgan auch nur im geringsten tätig zu werden, das den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angreift oder das blutbefleckte Gewalt- und Unrechtssystem des Nazitums verherrlicht oder verharmlost." Die IG Druck und Papier sowie der Anwalt Schlichtings werten das Urteil in ersten Stellungnahmen als "großen Erfolg" und "richtungsweisend". Ob das so ist, wird letztendlich erst aus der schriftlichen Begründung des Gerichts ablesbar sein; wir werden darauf zurückkommen.— (dim)

Weingarten:**WOHNUNGSRÄUMUNG IM ABRISSTADTTEIL PROMENADENSIEDLUNG**

Weingarten. Kurz vor den Sommerferien '84 hat der Gemeinderat in Weingarten beschlossen, vier der 14 Zweifamilienhäuser der Promenadensiedlung abzureißen und dort möglichst bald eine Schulturnhalle zu errichten. Abrißbeginn soll der April '85 sein. Noch im September '84 will man den Bewohnern Ersatzwohnungen anbieten. Der Termin verstreicht, ohne daß die Stadt von sich hören läßt. Was sie mit den anderen zehn Häusern vorhat, darüber herrscht Unklarheit. Außer gelegentlichen Verlautbarungen über die schlechte Bausubstanz, die eine grundlegende Sanierung erfordere, erfahren die Bewohner nichts. Sie sind der Ansicht, daß ein Abriß nicht notwendig ist.

Die Häuser der Promenadensiedlung, ehemals Werkswohnungen der

40 Jahren in diesen Häusern. Sie kennen sich gut und helfen sich gegenseitig. Wo es finanziell einigermaßen ging, wurden selbst Bäder eingebaut und die Häuser in Schuß gehalten. Die Stadt übernahm keinen Pfennig. Heute behauptet sie, es sei klar gewesen, daß die Häuser nur zum Zweck des Wiederverkaufs von der Stadt erworben worden seien.

Der Gemeinderat behandelt das Sanierungsgebiet Promenadensiedlung natürlich nur in geheimer Sitzung und äußert sich nicht über Pläne und Beschlüsse. So gibt es unter den Bewohnern nur Vermutungen und Gerüchte. Saniert die Stadt? Wird an eine Wohnbaugesellschaft verkauft? Wurde schon verkauft?

Immer wieder taucht auf, die Firma Sipple habe die Häuser schon gekauft

ner, auf eine vergleichbare Wohnung angewiesen. Mit 800 DM Rente und den paar Mark, die sie mit Putzen verdient. Und wie sieht es überhaupt aus mit den vergleichbaren allgemeinen Bedingungen, nahe am Stadtkern, aber doch verhältnismäßig ruhige Lage mit großen Gärten?

Eine Anfrage an den Oberbürgermeister Gerich über diesen nun offengelegten Sachverhalt durch die neu in den Gemeinderat gewählte Fraktion der Grünen und Unabhängigen ergibt: Die Stadt gibt zu, daß sie verkaufen will. Gleichzeitig will sie für die Mieter Ersatzwohnungen zu gleich niedrigen Mietpreisen (die Miete ist seit 1972 nicht gestiegen) suchen, die Bewohner "umsetzen", wie sie es nennt. Denn, wie sie sagt, die einmal sanierten Wohnungen wären für die jetzigen Mieter auf keinen Fall mehr erschwinglich. Gleicher Mietpreis bedeutet: Basierend auf der jetzt bezahlten Miete sollen die Leute einen auf zehn Jahre befristeten Staffelmietvertrag erhalten. Von einer Entschädigung für die Investitionen ist natürlich nicht die Rede. Am 4. Januar '85, berichtet Frau F., hat die Stadt noch keinem der Bewohner eine Ersatzwohnung angeboten, auch nicht den Bewohnern der Häuser, die im April abgerissen werden sollen. Wie sie suchen jetzt auch viele der anderen fieberhaft selbst nach einer anderen Wohnung. — (utf)



Vier der 14 Zweifamilienhäuser der Promenadensiedlung

Maschinenfabrik Weingarten, wurden 1972 im Zuge eines Grundstückstausches von der Stadt erworben, da die Maschinenfabrik in finanziellen Schwierigkeiten war. In der Folge ließ die Stadt die Häuser regelrecht verkommen: Für die Instandhaltung wurde so wenig wie möglich ausgegeben. Bäder fehlen, die Häuser sind noch nicht einmal an die Kanalisation angeschlossen. Die Gelegenheit dies zu tun, als vor ungefähr sieben Jahren neue Gasleitungen gelegt und die Straßen dort lange Zeit aufgerissen waren, ließ die Stadt verstreichen. Die Dächer mußten seit langem neu gedeckt werden und vieles andere mehr. Gemacht wird nur etwas, wenn direkte Unfallgefahr besteht, wie neue Kamine, weil die alten runterkommen. Frau F. erzählt, die Bewohner leben teils schon zwischen 20 und

und plane teure Eigenheime. Die Bewohner selbst hoffen noch immer, nicht ausziehen zu müssen, einzelne beginnen jedoch schon, sich was anderes zu suchen. Eine Nachfrage beim Liegenschaftsamt der Stadt Weingarten ergibt, die Häuser befänden sich noch im Besitz der Stadt, aber es seien Umplanungen gedacht.

Erst die Anfrage eines vermeintlichen sehr interessierten Eigenheimkäufers für das Gebiet der Promenadensiedlung bei der Firma Sipple, Hausbau GmbH, schafft schließlich Klarheit: Das Gelände mit den Häusern sei der Firma von der Stadt zugesprochen worden. Es sei zwar noch ein bißchen früh, aber man könne sich ja schon mal bewerben.

Frau F., mit klaren Tatsachen konfrontiert, weiß nicht mehr weiter. Sie ist, wie die meisten anderen Bewoh-

Lehrstellenkampagne**TARIFRECHTE
WERDEN ANGEGRIFFEN**

Köln. Bis Ende September 1984 wurden dem Arbeitsamt Köln 7120 Ausbildungsplätze gemeldet, 7 % mehr als 1983. Dennoch ist klar, daß bei einer größeren Zahl von Schulabgängern der Versorgungsgrad gesunken ist: 1329 Jugendliche bekamen keine Lehrstelle.

Die Forderung nach mehr Lehrstellen ist populär. Stutzig machen muß jedoch, daß auch die Industrie- und Handelskammer Köln in ihrem neuesten Jahresbericht 1983 diese Forderung erhebt. Dort wird eine Ausdehnung der Sonderprogramme gefordert, die vom Land NRW für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und weibliche Jugendliche finanziert werden und die sämtlichen Interessen der Kapitalisten Rechnung tragen. 1. Einreißen des Tariflohnes: Die Lehrlinge erhalten 395 DM statt den sonst durchschnittlich 555 DM im ersten Jahr. 2. Billig: Sie stehen während der Praktika den Betrieben kostenlos zur Verfügung.

In Soest/Westfalen formulierten z.B. die Vertreter von Industrie und Kleinkapital ihre Interessen so:

"Jugendliche können nur ausgebildet werden, wenn sie auf ihre überhöhten Ansprüche wie hohe Vergütung, Blockunterricht, überbetriebliche Ausbildung und Berufsschule verzichten."

Dieses und zusätzlich das Interesse an mehr öffentlichen Zuschüssen von Stadt und Land, wie sie z.B. von der Stadt Köln seit 1983 mit 2 Mio. DM jährlich gewährt werden (u.a. an Klöckner-Humboldt-Deutz), haben die Kapitalisten im Auge, wenn sie "mehr Lehrstellen" verlangen.

Sollen aber die Interessen der Jugendlichen gegen solche Absichten verteidigt werden, ist es entscheidend, ob Forderungen an den Tarif und für die Bedingungen der Ausbildung gestellt werden. Die DGB-Kampagne "Ausbildung für alle – durch Umlagefinanzierung" beinhaltet einerseits die richtige Forderung, die Kosten der Ausbildung auf die Kapitalisten als Nutznießer umzulegen, andererseits ist nur die "Verbesserung der Ausbildungsqualität" als Forderung zur Gestaltung der Ausbildung zuwenig. 49 % mehr Schlichtungsfälle hat es 1983 gegeben, in denen sich Lehrlinge gegen Angriffe ihrer Lehrherren zur Wehr setzen mußten. Die Forderung nach Ausbildungsvergütungen, von denen die Auszubildenden leben können, ist nötig, ebenso die Ablehnung der Untergrabung der Tarife durch alle Landessonderprogramme. – (dam)

Chemische Industrie

CONTI WECHSELT ARBEITGEBERVERBAND

Hannover. Seit Beginn dieses Jahres ist die Firma Continental nicht mehr Mitglied im Arbeitgeberverband der Kautschukindustrie sondern der Chemischen Industrie. Einsparungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten sind das Ziel. Die 6 % Zulage auf den Effektivlohn für die Spätschicht entfällt. Die Nachtschicht erhielt bisher 27 % auf den Effektivlohn; das wird erheblich weniger. Die zwei Freischichten für die Drei-Schicht-Arbeiter entfallen. Am einschneidendsten werden aber die Einsparungen bei den Löhnen und Gehältern direkt sein. Verbesserungen gibt es so gut wie keine, sieht man vom z.B. geringfügig höheren Urlaubsgeld ab 1986 ab.

Vergleicht man die Lohngruppen der chemischen Industrie mit denen der Kautschukindustrie, sind die Chemie-lohngruppen zwar höher, aber sie sind keineswegs höher als die 22 hausinternen Lohngruppen, über die es allerdings keine Betriebsvereinbarung gibt. Vermutlich wird die Geschäftsleitung mit dem Inkrafttreten des geplanten Entgelttarifvertrags der chemischen Industrie diese hausinternen

Lohngruppen kippen und damit das gesamte Akkord- und analytische Beurteilungssystem.

Bei den Angestellten liegen die Gehaltstarife der Chemie durchgängig unter denen von Kautschuk. Vergleicht man die Zuordnungskriterien, stimmt das zwar nicht mehr so, aber die notwendige Umgruppierung von jetzt jeweils fünf Tarifgruppen auf acht (kaufmännische und technische Angestellte) bzw. vier auf fünf (Meister) bietet viele Möglichkeiten. Sicher wird die Conti versuchen, diese Umgruppierung genau mit der "Strukturbereinigung" zu verbinden, die zum Scheitern der Probe-Eingruppierung in den Gehaltsgruppenplan Kautschuk geführt hat. Bei dieser Probe-Eingruppierung sollten die Angestellten und Meister einheitlichen Gehaltsgruppen zugeordnet werden. Sie scheiterte vor einem Jahr faktisch, weil die Conti über 50 % der Angestellten abgruppieren wollte.

Aber nicht nur ein Sinken der Tariflöhne und -gehälter ist zu erwarten, sondern mit dem Verbandswechsel will sich die Conti die Möglichkeit verschaffen, in den Tarifrunden Zulagen anzurechnen und die Erhöhung nur auf die Tariflöhne zu zahlen. Bisher konnte sie das nicht. Da die Conti in Kautschuk der mit Abstand größte Betrieb war, gab es keine Unterschrift unter den neuen Tarifvertrag, bevor nicht die Conti-Kapitalisten erklärt hatten, die Erhöhung auf den Effektivlohn zu zahlen.

An einem Punkt ist die Kürzung bereits besiegt. Für Kautschuk galt ein Arbeitsplatzsicherungsabkommen, das für ältere Arbeitnehmer Kündigungen so gut wie ausschloß – damit auch Änderungskündigungen – und ihnen ihren Effektivverdienst garantierte. In der chemischen Industrie gibt es nichts Vergleichbares. Am 31.12. – also bis zur Kündigung (frühestens 1989) wurde ein neues Abkommen geschlossen, das beide Regelungen aufweicht. Das Durchschnittsalter bei Conti beträgt 47 Jahre – viel Geld soll hier an den älteren Beschäftigten eingespart werden. – (gea)

Schlesiertreffen 1985

REVANCHISTISCHE ABSICHTEN

Hannover. "Die Polen sind die Besitzer, aber rechtlich sind die Schlesier noch Eigentümer", so der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka zum Motto des Schlesiertreffens "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" 1985 in Hannover. Ein Ausspruch eines ewig Gestrigen, wie die SPD bezüglich des Mottos meint, oder ein "unglücklich mißverständliches Motto", so der niedersächsische Regierungssprecher. Im

ZDF am 4.1.85 "innerdeutscher" Minister Windelen: "Rein rechtlich gehört Schlesien den Deutschen ... Die Überwindung der Teilung steht heute nicht auf der Tagesordnung, sondern in einer europäischen Einigung". Und Bundestagspräsident Jenninger am 1.1.85 im Deutschlandfunk: "Wir wollen die Grenzen nicht verändern, sondern die Spaltung Europas überwinden und die Grenzen überflüssig machen." Diese offizielle Politik der Bundesregierung soll auf dem Schlesiertreffen durch Teilnahme des Bundeskanzlers Kohl vertreten werden.



Nicht einfach das Motto ist der Grund, wie viele bürgerliche Politiker jetzt behaupten, daß die osteuropäischen Länder dies "falsch verstehen" könnten, sondern diese oben benannte Politik führt zu Protesten sowohl gegen dieses Treffen – vorgetragen u.a. vom sowjetischen Botschafter in Bonn gegenüber Ministerpräsident Späth – als auch bereits gegen frühere Treffen von "Heimat- und Vertriebenenverbänden" und deren Absichten.

Umgekehrt ist es bei den bürgerlichen Parteien: Nicht der Inhalt des Treffens ist ihr Problem, sondern das Motto in Verbindung mit dem Auftreten eines Bundeskanzlers. Sie möchten es nicht gar so auffällig. Würde es um Inhalte gehen, die Mottos der früheren Jahre "Freiheit und Recht für Schlesien" (79), Schlesien, Deutschland, Europa (81), Heimat Schlesien, Vaterland Deutschland, Zukunft Europa" (83) hätten allemal zu Protesten ausgereicht.

Zu wünschen ist, daß in anstehenden Debatten im niedersächsischen Landtag, – durch die FDP wurde angeregt, die finanzielle Unterstützung zu überdenken – bzw. im Stadtrat Hannover durch den DKP-Antrag, keinen Vertreter der Stadt oder Grußbotschaften zu senden, die Absichten und das Treffen angegriffen werden, dies würde die notwendige Aktionseinheit gegen das Revanchistentreffen stützen. – (edb)

Deutschlehrpläne Hauptschule

LERNZIEL: UNFÄHIGKEIT ZUR VERTRETUNG VON ARBEITERINTERESSEN; FESTE ARBEITEN GENÜGT

Hamburg. Der Hamburger SPD-Schulsenator Grolle hat im September 1984 neue Lehrpläne für die Hauptschule Klasse 5 bis 9 vorgelegt und sie damit von der Realschule abgekoppelt; bisher galten für beide Schularten gleiche Unterrichtsrichtlinien. Er begründet dies mit "Verbesserung der Chancen für die Hauptschüler", weil sie nämlich, für einen bestimmten Teil des Arbeitsmarktes gemäß den Anforderungen der Kapitalisten dressiert, die Konkurrenz von Realschülern und Gymnasiasten weniger zu fürchten bräuchten.

Was macht den Hauptschüler zu was besonderem: die "Erfahrung oder die Meinung, weniger leisten zu können als andere", d.h. das Wissen und die

höflich gegenüber dem Direktor usw. "Diskussionen können erst geführt werden, wenn die Schüler es gelernt haben, eigene Meinungen zu begründen und fremde zu akzeptieren", so daß eher sog. Unterrichtsgespräche empfohlen werden. Was die im Unterricht behandelten Themen betrifft, hält die Schulbehörde nur für wichtig, daß sie sich "für möglichst viele unterrichtliche Zwecke eignen und für diese erschlossen und genutzt werden". Sachtexte sollen die Schüler inhaltlich verstehen, sie sprachlich wiedergeben bzw. "handelnd umsetzen". Die ausgewählte Literatur sei "beanspruchend" und "wertvoll", denn "sie bietet den Schülern Hilfen zur Orientierung und Lebensführung, die sie von



Unterricht in einer Hauptschulkasse

Furcht, zum Arbeitstier degradiert zu werden. Er soll lernen, daß das auch "seinen Wert" und gesellschaftliche Anerkennung hat. Für dieses "Selbstvertrauen" braucht er "Sicherheit im Sprechen, Lesen und Schreiben".

Die "übermäßigen" Anforderungen in den Hauptschulen gerade auch im Deutschunterricht neurotisiere die Kinder, zerstöre ihre Gesundheit, ihren Halt an inneren Werten und ihr Selbstbewußtsein, weil sie nicht einmal Grundlegendes wie Lesen, Abschreiben und Auswendiglernen richtig könnten.

Schreiben und Rechtschreibung sollen ständig kontrolliert werden, denn "Sinn und Zweck des Schreibens wird den Schülern einsichtig, wenn das Aufgeschriebene in den Unterricht wieder einbezogen wird". Beim Sprechen müssen die Schüler lernen "angemessen reagieren zu können", d.h.

ihrer Umwelt nicht immer erhalten". Werteorientierung mit Hinweis auf Familienkontrolle?

Die bisherigen Richtlinien von 1976 gingen von folgendem aus: "Da sprachliche Mittel nur, wenn sie benötigt werden, in ihrer Wirkung eingesetzt und eingeübt werden können, müssen den Schülern Kommunikationssituationen vorgestellt werden, die deutlich vor allem durch die Sprache zu bewältigen sind." Der Schüler sollte die Sprache als ein Mittel für bestimmte Zwecke erlernen und deshalb die verschiedenen Ausdrucksmöglichkeiten (Grammatik) ergründen und üben. Auch schriftliche Äußerungen sollten einem bestimmten Zweck dienen, wie z.B. ein Flugblatt. Die Schüler sollten jeweils ihren Ansprechpartner berücksichtigen, um die Sprache entsprechend ihrer Absichten so effektiv wie möglich einzusetzen. Zur

"Arbeit an Texten" hieß es entsprechend in den Richtlinien: "Literatur im engeren Sinne der dichterischen Darstellung dient im Unterricht nicht dazu, Werte und Normen direkt zu übermitteln ..." Der Schüler sollte vielmehr den jeweiligen Standpunkt und die Absichten des Autors herausfinden und die jeweiligen auch historisch bedingten unterschiedlichen Sichtweisen der Wirklichkeit verstehen lernen. In den Klassen 8 und 9 sollten die Schüler Referate und schriftliche Stellungnahmen abgeben: "Der Schüler soll die Meinungen und Interessen anderer erkennen und ihnen – wenn nötig – seine eigenen Ansichten entgegensetzen können. Er muß dazu folgende Fähigkeit erwerben: – Beurteilen eines Sachverhaltes und einer Interessenlage, – Formulieren der eigenen Ansichten und Interessen."

Diese Richtlinien beseitigt der Schulsenator Grolle, ohne sich bisher dafür rechtfertigen zu müssen (Die GAL hat am 5.12.1984 eine Große Anfrage in der Bürgerschaft gestellt). Er kann sich stillschweigend beziehen auf weitverbreitetes Unbehagen am bisherigen Deutschunterricht, weil sich mit den Richtlinien von 1976 keineswegs die von vielen reformerischen Lehrern erwarteten "Erfolge" einstellten. Reaktionäre geben die Schuld dafür den relativ fortschrittlichen Deutschlehrplänen, daß die Lehrer immer weniger in der Lage sind, erfolgreich die deutsche Sprache zu unterrichten.

Der wesentliche Mangel der bisherigen Richtlinien liegt aber darin, daß der "Zweck" der Sprache inhaltslos, individuell bestimmt, also liberal gefaßt wurde. So heißt es z.B., daß "gleiche Sachverhalte individuell-perspektivisch dargestellt und auch verstanden werden". Vom "Zweck", den die Hauptschüler verfolgen müssen und kollektiv auch können, wird kunstvoll abgesehen, als gäb's keinen Unterschied zwischen Hauptschülern und Zirkusaffen.

Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) kritisiert die neuen Richtlinien für den Deutschunterricht. Die "Erziehung zur Kritikfähigkeit" dürfe nicht aus den Schulen verschwinden. Die Lehrer fürchten zunehmende politische Unterdrückung. Sie könnten aber erheblich mehr gegen den Schulsenator Grolle und den Hamburger Senat bewirken, wenn sie "Kritikfähigkeit" beziehen würden auf die Interessen der Hauptschüler, wenn sie die Anforderungen des kapitalistischen Arbeitsmarktes zurückweisen würden.

Quellenhinweis: V. Broweleit, Kompensatorischer Sprachunterricht, in: Perspektiven des Deutschunterrichts, 1981; drs. u.a., Grundlagen der Reform des Deutschunterrichts, 1975; Schulbehörde Hbg., Zur Gestaltung von Unterricht und Schulleben in der Hauptschule, 1983. – (sul)

Münchner Kommunalpolitik FORDERUNGEN DER LINKEN OPPOSITION

München. Im November 1984 verabschiedeten die CSU, FDP und SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN den Haushalt 1985.

Die GRÜNEN versuchten seit ihrem Einzug in den Münchner Stadtrat, eine Koalition mit der SPD herzustellen und sehen darin auch eine realistische Perspektive. Ihr Stadtrat Georg Welsch drückte dies in seinem Koreferat zur Stadtkämmerei folgendermaßen aus:

„— entweder eine große Koalition der Verfechter der Ideen von gestern. . . — oder der Versuch einer Verständigung von alter Arbeiterbewegung und neuen sozialen und ökologischen Bewegungen, sprich von SPD und GRÜNEN für eine andere Politik, wie sie in parteiübergreifenden Bürgerinitiativen schon lang formuliert wird und auf den panaschierten Stimmzetteln der letzten Kommunalwahl zum Ausdruck gebracht worden ist. . . . Einen Weitervollzug gescheiterter sozialdemokratischer Politik mit grünen Stimmen oder eine Einübung der GRÜNEN in die Sackgasse einer Sachzwangspolitik der vollendeten Tatsachen und des kleineren Übels wird es nicht geben.“

Diese Perspektivvorstellung hat mit der Verabschiedung des Münchner Haushalts einen Rückschlag erlitten.

Die DKP, die bei den Kommunalwahlen versuchte, auf einer offenen Liste der GRÜNEN in den Stadtrat einzurücken (dieser Plan scheiterte an den GRÜNEN), beurteilt in einer Presseerklärung die Lage so:

„Die zusammengeschobene Große Haushaltskoalition im Rathaus bedeutet eine eklatante Verfälschung des Wählerwillens. Die Wähler hatten vor allem deshalb Kronawitter ihre Stimme gegeben und die CSU-/FDP-Mehrheit im Stadtrat gebrochen, weil sie sich eine sozialere Miet- und Wohnungspolitik, eine aktive Beschäftigungspolitik sowie eine bessere Versorgung mit Kommunaleinrichtungen versprochen. Es wird jetzt verstärkt darauf ankommen, durch außerparlamentarische Bewegungen und Aktionen dafür zu sorgen, daß der Bürgerwille auch im Rathaus respektiert wird.“

Die DKP wird nicht an der Tatsache vorbeikommen können, daß auch ihr kommunalpolitischer Bündnisplan gescheitert ist, und wie die Dinge liegen, auch zukünftig nicht einfach weiter verfolgt werden kann. Ansatzpunkte für eine Arbeitereinheit auf kommunaler Ebene finden sich in der Tätigkeit der Linken in München:

— in der Kritik der Gebührenpolitik, die sich an den in Artikel 62 Gemeindeordnung aufgestellten Grundsätzen



Nach dieser Wahlwerbung heute gemeinsam mit der SPD

der Einnahmebeschaffung orientieren muß (die Vorschrift geht von dem Grundsatz aus, daß derjenige, der eine kommunale Einrichtung benutzt, die entstehenden Kosten in vertretbarem Umfang tragen soll),

— in der Kritik der städtischen Personalpolitik (Reduzierung der Planstellen dieses Jahr um 775 mit der Folge einer weiteren Rationalisierung und Arbeitsintensivierung und einer schlechteren Versorgung mit kommunalen Dienstleistungen,

— in einer Kritik der Wohnungspolitik der Stadt München (immer weniger Bau von Sozialwohnungen)

— und in einer Kritik der städtischen Kriegsvorbereitungen, für die insgesamt 4 Mio. DM ausgegeben werden.

Quellenhinweis: Haushalt 1985, Presseerklärung der DKP.— (dil)

Städtepartnerschaft UNTERSTÜTZUNG ISRAELS

Heidelberg. Gleich doppelt besiegt wurde der Partnerschaftsvertrag zwischen Heidelberg und der israelischen Stadt Rehovot. Nachdem die Unterzeichnung bereits im Mai 1983 in Rehovot erfolgte, drängte Oberbürgermeister Zundel auf eine nochmalige in Heidelberg (siehe Bild).

Der Partnerschaftsvertrag bindet beide Städte an eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, des Sports, der Jugend, der Erziehung und Bildung, des Fremdenverkehrs und der Wirtschaft. Der Austausch von Wissenschaftlern ist derzeit schon rege, 1985 soll der Jugend gewidmet werden. Der politische Schwerpunkt der Heidelberger Stadtverwaltung und des Gemeinderats besteht bislang in der ungehemmten Unterstützung zionistischer Propaganda.

Der Besuch der Heidelberger Delegation in Rehovot, angeführt von OB Zundel, dem Vorsitzenden der jüdi-

schen Kultusgemeinde in Heidelberg und Rektor der jüdischen Hochschule Heidelberg, führte in amtlichen Verlautbarungen und der Tagespresse zu folgenden Ausflüssen: „... Aus Wüstengelände schufen die Einwanderer ein wahres Paradies, ... was aus dem Nichts heraus geschaffen wurde, ist in der Regel aller Achtung wert.“ Diese Geschichtsverdrehung fußt auf der zionistischen Propagandaparole „von der Besiedlung eines Landes ohne Volk (Palästina) durch ein Volk ohne Land (Juden)“.

Zu dem nachhaltigsten Eindruck der Heidelberger Delegation gehörte „... der unbedingte Wille aller Bürger, dem Staat der Juden eine Zukunft zu sichern. Dafür, so scheint es, ist kaum jemand ein Opfer zuviel ...“ Zundels Delegation scheute nicht davor zurück, den israelischen Aggressionskrieg gegen den Libanon zu unterstützen: „... das Land, das seinen Frieden an der Nordgrenze sucht, muß sich erneut einer Kraftanstrengung unterwerfen.“ Die Impressionen von den Golanhöhen bewirkten dann auch ein „Verständnis“, was Israel mit „der Inbesitznahme“ meint: Ein „Verwaltungszentrum“ entsteht. „Junge Familien“ lassen sich nieder und die „angesiedelten Menschen“ finden Arbeit in „neugegründeten Industrieunternehmen“.

OB Zundel ist seit zwei Jahren bemüht, den Partnerschaftsvertrag mit Inhalt zu füllen, die Unterstützung der zionistischen Propaganda einschließlich der Rechtfertigung israelischer Kriegszüge war die Einstimmung. Als die Mitglieder des Heidelberger Theaters ein Gastspiel während des Libanonfeldzugs boykottierten, wurde ihnen Judenhaß unterstellt und OB Zundel entschuldigte sich beim OB in Rehovot.

Die Mobilisierung der Jugendverbände für Israel gelingt OB Zundel, trotz aller Lockmittel, noch nicht in gewünschtem Maße: selbst die Andeutung der Sperrung städtischer Unterstützung konnte die Verbände bislang noch nicht zu ausreichenden Anmeldungen zum Jugendaustausch mit Rehovot bewegen.— (irs)



Zundel unterzeichnet Vertrag.

Orientierungsstufe in Niedersachsen

CDU-REAKTION PLANT SENKUNG DER AUSBILDUNGSSTANDARDS

Pläne zur Abschaffung der Orientierungsstufe (OS) Hildesheim. In einer Pressemitteilung vom 26.9.84 gibt Kultusminister Oschatz einschneidende Änderungen für die OS für das Schuljahr 1985/86 bekannt, die er vorher mit der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag abgestimmt hatte. Die großangelegten "Bestandsaufnahmen" für das Schuljahr 84/85 und das "öffentliche Hearing" am 14./15.11.84, die dazu dienen sollten, Fragen der OS mit allen Beteiligten zu erörtern, um die OS weiterzuentwickeln, sind damit zur Farce geworden.

Die wichtigsten Maßnahmen:

- Abschaffung der selbständigen OS. Ihre organisatorische Anbindung an Hauptschulen oder Haupt- und Realschulen. Herabsetzung der Mindestgröße der OS auf 42 Schüler (zweizügig) pro Jahrgang – damit verbunden die Anbindung kleiner OS an eine Grundschule.
- Erhöhung der Stundenanteile für Englisch (bzw. Latein oder Französisch) und Deutsch jeweils um eine Stunde je Klassenstufe, ohne Ausweitung der Gesamtstundenzahl.
- Der Einsatz von Gymnasial- und Realschullehrern in den OS wird verstärkt und die Möglichkeit, daß die Lehrer ihre Schüler von der OS in die weiterführenden Schulen begleiten, soll erweitert werden. Die OS werden dafür eindeutig jeweils einem Gymnasium und gegebenenfalls einer Realschule zugeordnet.
- Abschaffung der Kursbildung in den Fächern Englisch und Mathematik im sechsten Jahrgang. Generelle Überprüfung der Differenzierung des Unterrichts zur Bildung von Lerngruppen.

Differenzierung in der Orientierungsstufe

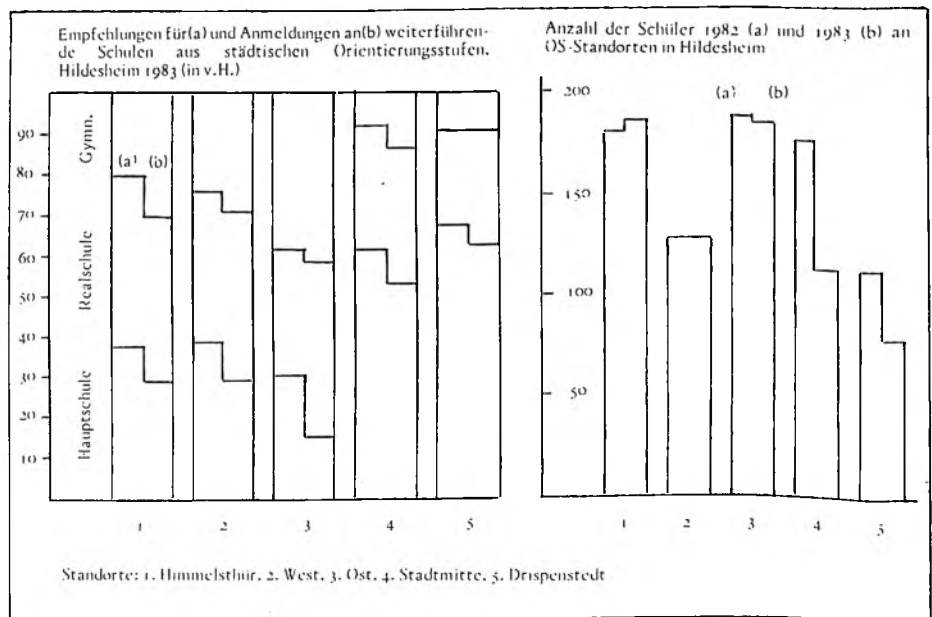
Seit Einführung der OS in Niedersachsen werden die Schüler dieser Schulform sowohl im Klassenverband als auch in Kursen unterrichtet. Von Anfang an bezog sich das Kurssystem (äußere Differenzierung) auf die Fächer Englisch und Mathematik. Beide Fächer werden meist mit Beginn des 2. Halbjahres im 5. Jahrgang in zwei Leistungsniveaus, in A- und B-Kursen unterrichtet. Oft werden im 6. Jahrgang noch ein bis zwei weitere Niveaus eingeteilt. Aufgrund des Leistungsstands der Schüler kann die jeweilige Fachkonferenz einen Kurswechsel beschließen, d.h. schlechte A-Kurs-Schüler werden in den B-Kurs

herabgestuft, sehr gute B-Kurs-Schüler in den A-Kurs heraufgestuft. Der Unterricht im A-Kurs erfolgt vom Lerntempo her schneller als im B-Kurs, der Stoff ist umfangreicher, d.h. es werden weiterreichende bzw. tiefergehende Fragestellungen über das mit dem B-Kurs gleiche Lernangebot hinausgehend behandelt. Hierin offenbart sich auch schon eine oft entscheidende Schwierigkeit für die Schüler, die vom B-Kurs in den A-Kurs wechseln – das schnellere Lerntempo verkürzt die Übungsphasen, die Schü-

ler, die Leistungsunterschiede in den drei Hauptfächern aufweisen, werden an einer vorgruppierten OS insgesamt auf ein niedriges Lernniveau herabgedrückt.

Hildesheim: Modell für Niedersachsen?

Noch als der jetzige Kultusminister Oschatz Oberstadtdirektor in Hildesheim war, konnte die dortige CDU im Verein mit der FDP im großen und ganzen das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem mit den kirchlichen



ler müssen die Fähigkeit herausbilden, selbständig zu arbeiten.

Schon nach einigen Jahren Orientierungsstufe stellte sich heraus, daß etwa ein Drittel der Schüler nicht in niveaugleichen Kursen unterrichtet wurde. Sie besuchten z.B. in Englisch einen A-Kurs, in Mathematik hingegen einen B-Kurs. Im traditionellen dreigliedrigen Schulsystem hätte dieser Unterschied nicht aufgefangen werden können. Je nachdem, welche Schulform diese Schüler besucht hätten, wären sie in einem der Fächer unter- bzw. überfordert worden. In Hildesheim gibt es ein OS-Modell, für Niedersachsen einmalig, in dem die Schüler in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik vorgruppiert werden. Am Ende des 1. Halbjahres im 5. Jahrgang werden die Zensuren eines jeden Schülers in den drei erwähnten Fächern dahingehend überprüft, ob sie gut und besser sind. In diesem Fall kommt der Schüler im Block in A-Kurse. Ist er auch nur in einem dieser Fächer schlechter, muß er in allen dreien in den B-Kurs. Das bedeutet, die Schü-

Gymnasien als Kern verteidigen. Die OS wurde formell zum letztmöglichen Termin 1980 eingeführt, aber nur zwei arbeiten nach dem in Niedersachsen verbreiteten Kern-Kurs-Modell. Diese (Stadtmitte, Drispensstedt) orientieren de facto auf eine Hauptschule hin. Die anderen befinden sich in den Gebäuden von Realschulen (Himmelsthür, West) oder eines Gymnasiums (Ost) und orientieren faktisch darauf hin. Die OS Stadtmitte und Drispensstedt liegen in Stadtteilen mit hohen Ausländer- und Arbeiteranteilen an der Bevölkerung, während die Standorte West und Ost in Stadtbezirken mit hohen Angestellten- und Beamtenanteilen liegen. Allein durch die Wahl eines Standortes wird eine Vorentscheidung über die Schullaufbahn getroffen.

Eltern, die diesem Selektionsmechanismus ausweichen wollen, bieten sich – von der Robert-Bosch-Gesamtschule abgesehen – die Schulen in kirchlicher Trägerschaft an. Vor allem werden OS, die nicht vorgruppie-

ren, gemieden. Die OS Drispensstedt, eine Ganztagschule, wird daher geschlossen.

Reaktionen der GEW auf die Demontage der OS

Die GEW beruft für den 8. November 1984 eine Fachtagung unter dem Motto "Orientierungsstufe weiterentwickeln" ein. Weit über zweihundert Lehrerinnen und Lehrer beteiligen sich, um ihren Widerstand gegen die Demontage der OS zu demonstrieren. Wesentliche Kritikpunkte der GEW an den von Kultusminister Oschatz angekündigten Plänen:

1. Die GEW hält eine grundsätzliche Anbindung aller Orientierungsstufen weder erforderlich noch für wünschenswert:
 - Durch die Selbständigkeit konnte sich die OS als gleichberechtigte Schulform entwickeln
 - Die Anbindung kann der erste Schritt zur früheren Eingangsstufe sein, das wäre ein Rückschritt
2. Die GEW lehnt die alte Paukschu-

le ab:

- Die Ausweitung der Fächer Deutsch und Englisch verschärft den Leistungsdruck ...
- 4. Die GEW lehnt eine Reduzierung der Orientierungszeit auf den 5. Jahrgang ab:
 - Die Verkürzung der Orientierungszeit in Englisch und Mathematik auf ein halbes Jahr stellt die OS grundsätzlich in Frage.
 - Es ist zu befürchten, daß die schulische Auslese dann in die Grundschule rückverlagert wird ... Schüler und Eltern wären somit einem zweimaligen Selektionsdruck ausgesetzt.

Weiterentwicklung heißt für die GEW-Niedersachsen u.a.:

- Soviel Integration wie möglich, sowenig Differenzierung wie notwendig.
- Verbesserung des Unterrichts und der Erziehung durch mehr Lehrerstunden und kleinere Lerngruppen.
- Abbau von Angst und Streß durch

Reduzierung des Selektionsdruckes ...

Das heißt vor allem: Die Unterrichtsstruktur mit den Orientierungs- und Fördermöglichkeiten muß in der Sekundarstufe I (7. bis 10. Klasse, d. Verf.) ihre Fortsetzung finden. Die GEW plädiert daher erneut für die integrierte Gesamtschule!

Unterstützung erhält die GEW für diese Forderung vom DGB-Bundesvorstand.

Nach einer Erklärung des GEW-Landesvorsitzenden Klaus Wilke verläßt die GEW-Delegation am 14.11.1984 das von Kultusminister Oschatz einberufene Orientierungsstufen-Hearing zu Beginn der Veranstaltung. Gleichzeitig werden die OS mit Flugblättern über das demonstrative Vorgehen der GEW informiert. Die GEW erreicht damit eine breite Erörterung ihrer Kritik und Ziele in der Presse.

Quellenhinweis: Erziehung und Wissenschaft, Niedersachsen 10, 11, 12/84; J.Ziegenspeck: Orientierungsstufe: PRO, Hannover 1980 — (ahd, anp, wop)

CDU: ZURÜCK IN DIE 60ER JAHRE ?

"Nicht Auslese, sondern individuelle Förderung steht im Mittelpunkt", dies propagierte die Bundesregierung im Bildungsbericht '70 für das als Orientierungsstufe auszugestaltende 5. und 6. Schuljahr. 1974 verabschiedete die Kultusministerkonferenz unter Einschluß der CDU-regierten Bundesländer eine Vereinbarung über die Orientierungsstufe (OS), deren Ziel es sei, "die Entscheidung der Kinder (über die Schullaufbahn, d. Verf.) bis zum Ende der 6. Klasse offenzuhalten, um sie dadurch auf eine verlässliche Grundlage zu stellen." Die CDU-regierten Bundesländer stimmten deren Einführung zu, um die integrierte Gesamtschule als Regelschule zu verhindern, und meldeten in einem Sonder-votum in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsfragen Vorbehalte gegen die Einführung der Orientierungsstufen in der schulformunabhängigen Form an. In der schulformunabhängigen Form sind die Orientierungsstufen organisatorisch und räumlich selbständig, eine Auslese bei der Aufnahme findet nicht statt. Schulformunabhängige Orientierungsstufen wurden nur in einigen — damals sozialdemokratisch regierten — Bundesländern wie Hessen (Förderstufe), Niedersachsen und Bremen eingeführt. In Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg wurde die Orientierungsstufe nicht eingeführt: Schüler, die z.B. das Gymnasium besuchen wollen, werden durch ein Gutachten von der

Grundschule empfohlen und nach einem halben Probejahr endgültig aufgenommen. In anderen Bundesländern wurden schulformabhängige Orientierungsstufen eingeführt. In Niedersachsen wurde die flächendeckende Einführung der OS 1980 abgeschlossen. Heute gibt es 337 selbständige, 199 angebundene und 15 den Kooperativen Gesamtschulen zugeordnete OS.

Auch die schulformunabhängige OS bedeutet keine grundsätzliche Einschränkung des dreigliedrigen Schulwesens. Bereits 1975 kritisierte der Deutsche Bildungsrat: "Bislang wirken die Differenzierungsmöglichkeiten, die in den Lernmitteln ... angeboten werden, eher im Sinne einer Verteilung der Schüler nach ihrer Lerngeschwindigkeit als im Sinne einer Förderung nach individuellen Lern-



Veranstaltung der GEW gegen die Abschaffung der Orientierungsstufen

voraussetzungen." (Bericht '75 des Deutschen Bildungsrats).

Andererseits hat die Einführung der OS zu einer Hebung des Ausbildungsstandards beigetragen, die Bindung des Besuchs weiterführender Schulen an die soziale Herkunft der Eltern gelockert und den Übergang zu diesen allgemein — insbesondere zu Realschulen — erleichtert.: Fremdsprachlicher Unterricht wird für die 5. und 6. Klassen verbindlich, das Fachlehrerprinzip findet insbesondere in den ländlichen Gebieten stärkere Berücksichtigung. Dort eröffnet die OS großen Teilen der Schüler oft erst die Möglichkeit des Besuchs weiterführender Schulen. Die Bedeutung der Sprachen — vor allem Deutsch — als Selektionskriterium wird verringert. Weibliche Schüler gelangen — sogar leicht überproportional — auf weiterführende Schulen.

Der CDU-Reaktion ist das "Anspruchsdenken im Bildungswesen", ein Dorn im Auge. Sie will mit der letztendlichen Abschaffung der Orientierungsstufen Ausbildungsstandards weiter einreißen und die Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen verringern. Deshalb will Minister Oschatz die sprachlichen Fächer als Mittel der Selektion stärker gewichten. Die Senkung der Mindestgröße der OS führt zur Senkung des fachlichen Niveaus. Durch Anbindung an andere Schulformen und Verkürzung der Zeit, in dem ein Kurswechsel möglich ist, wird das dreigliedrige Schulsystem der 60er Jahre faktisch wiederhergestellt.

AUSDEHNUNG DER SCHICHTARBEIT

Hildesheim. Die Arbeit im Schichtrhythmus wurde 1984 in den großen Metallunternehmen im Raum Hildesheim im Durchschnitt um 20 % ausgeweitet. Bei fuba müssen über 40 % der Beschäftigten einer ungeregelten Arbeitszeitfolge nachgehen. Kloth-Senking hat im Dezember die Nachschicht im Fertigungsbereich durchgesetzt. Bei Bosch, Blaupunkt und fuba laufen die Vorbereitungen, um 1985 in den Fertigungen im Dreischichtbetrieb arbeiten zu lassen – nicht "nur" an CNC-Maschinen und sogenannten "teuren Anlagen". – (mal)

BR FORDERT EINSTELLUNGEN

Stuttgart. In den Arbeitszeitverhandlungen mit der Geschäftsführung ab Mitte Januar fordert der Betriebsrat von Bosch-Feuerbach gleiche Arbeitszeit von 38,5 Stunden wöchentlich für alle und Neueinstellungen für den Springereinsatz in der Produktion. Die Vorstellungen der Bosch-Geschäftsführung stimmen mit dem Flexi-Modell von Daimler-Benz überein, zusätzlich sollen bei Bosch – wo es keine Vorruhestandsregelung gibt – Arbeiter und Ange-

Köln. Mit einer Menschenkette um die Bundesbahndirektion Köln (Bild) hatten über 1000 Mitglieder der Gewerkschaft der Eisenbahner im Dezember gefordert, daß alle 1985 auslernenden Auszubildenden übernommen werden. Auszubildende hatten zeitweise u.a. die Bundesbahnwerkstätten in Frankfurt, Gießen, München und Rosenheim besetzt. Der DB-Vorstand wollte nur 775 von 3500 Auszubildenden übernehmen. Jetzt erklärte sich der Vorstand zu weiteren Gesprächen mit der Gewerkschaft bereit. – (gba)

stellte ab dem vollendeten 57. Lebensjahr 37 Stunden wöchentlich arbeiten können (ähnlich bei BBC Mannheim). Die Wünsche der einzelnen Werksleiter am Standort Feuerbach gehen weiter: So soll es im Metallwerk samstags zusätzlich zwei Schichten von je sechs Stunden geben. Pausendurchfahren ist überall geplant. Bei den Angestellten sind zusätzliche Neueinstellungen nicht vorgesehen. Demgegenüber vertritt der Betriebsrat bislang die Linie der IG Metall, jede Differenzierung abzulehnen, Neueinstellungen zu fordern und den freien Samstag als "eines vom wichtigsten, was wir haben" zu verteidigen. – (ros)



AZUBI-"ÜBERNAHME" MIT ZEITVERTRAG?

Peine. Die Stahlwerke P+S wollen arbeitslose ehemalige Auszubildende sowie einige, die im Januar ihre Lehre abschließen, mit Zeitverträgen einstellen, um "zeitweilige personelle Probleme" zu beheben. Auf den letzten Betriebsversammlungen im Werk Peine im Dezember wurde von Beschäftigten der erhöhte Leistungsdruck angegriffen. Seit längerem wird die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge erhoben. Beides will der Vorstand vom Tisch kriegen. Die Betriebsräte in Peine und Ilse-de haben dennoch zugestimmt, in Salzgitter noch nicht. – (wof)

VERZICHT AUF STUNDEN/GEHALT

Braunschweig. 108 Lehrer in Niedersachsen haben freiwillig auf insgesamt 332 Unterrichtsstunden verzichtet – bei entsprechender Gehaltskürzung. Rechtsgrundlage ist die Änderung des Beamtengesetzes, wonach Lehrer ihre Pflichtstunden bei Gehaltsabzug auch um eine oder zwei reduzieren können. Kultusminister Oschatz hat das "nachahmenswerte und beispielgebende Verhalten der Lehrkräfte" öffentlich gelobt – immerhin könnten so 14 der 6500 arbeitslosen Lehrer zum 1.2.85 eingestellt werden. Daß zuvor im Haushaltsplan 506 Lehrerstellen gestrichen wurden, hat er nicht erwähnt! Die GEW hat wiederholt derartige Maßnahmen als Teil des Sozialabbaus im öffentlichen Dienst kritisiert.

"Einkommensverzicht schafft keine Arbeitsplätze, er vergrößert nur den Spielraum für Steuergeschenke und Subventionen" heißt es in einer Erklärung der GEW Niedersachsen vom März 1984 (EuW/Nds., 3/84, S.2). – (usm)

FLORISTEN-LOHN-TARIFABSCHLUSS

Elmshorn. Nach eintägiger Verhandlung wurde zwischen der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und dem Floristen-Fachverband ein neuer Lohnvertrag vereinbart. Die Höhe der Beträge liegt zwischen 50 DM und 55 DM. Das bedeutet, daß eine Floristin im 1. Berufsjahr nun 1280 DM erhält, bis zum 8. Jahr steigert sich das auf 1830 DM. Der Tarif ist jetzt vom 31.11.84 bis zum 1.12.85 gültig. Tatsächlich bedeutet das eine Laufzeit von 1 Jahr und 6 Monaten (der alte endete am 31. Mai). Auch die GGLF ist unzufrieden mit diesem Ausgang, wie sie in Mitgliederrundbriefen äußerte. – (bea)

SAMMLUNG FÜR DIE CUSA

Hamburg. 29 Angestellte der Bausparkasse Deutscher Ring unterschrieben ein Protestschreiben gegen die Inhaftierung und Strafverfolgung von aktiven Mitgliedern der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika. Das Schreiben war an den verantwortlichen Minister der südafrikanischen Regierung gerichtet. Es wurden 160 DM Spenden gesammelt, die an den Council of Unions of South Africa (CUSA) überwiesen wurden. – (res)



Die belgischen Metallgewerkschaften haben den von den Kapitalisten gewünschten neuen Rahmentarif abgelehnt. Das meldet die belgische revolutionäre Partei PvdA. Die Kapitalisten hatten u.a. eine "flexible" Arbeitszeit angestrebt, die ihnen erlaubte, die Arbeitszeit auf neun Stunden pro Tag zu verlängern, ohne Zuschläge zu zahlen. Jetzt versuchen sie, in Betriebstarifen ihre Pläne durchzusetzen. Die Ford-Kapitalisten etwa drohen, ihr Werk in Genk stillzulegen und die Produktion u.a. in das Kölner Ford-Werk zu verlegen. Bild: Eine Delegation der Ford-Genk Zelle der PvdA bei der Demonstration der IG Metall am 28.5.84 in Bonn. – (rtl)

IG Metall Ba-Wü zur 38,5 Stunden-Woche NEUEINSTELLUNGEN GEGEN DIE INTENSIVIERUNG GEFORDERT

Stuttgart. Es zeichnet sich schon praktisch ab, daß die Metall-Kapitalisten in Akkordlohnbereichen einige Neueinstellungen aus Anlaß der Arbeitszeitverkürzung erwägen in der Größenordnung von zwei bis drei Prozent der Arbeiterbelegschaft. In den Abteilungen mit Zeitlohn und Gehalt versuchen die Kapitalisten dagegen, das Auftragsvolumen, das bisher in 40 Stunden erbracht wird, durch organisatorische Maßnahmen in 38,5 Stunden ab 1.4.1985 herauszuholen. Unter anderem soll die Gleitzeitregelung ausgedehnt werden, und unbezahlte Überzeit soll zunehmen. Eine Auseinandersetzung zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten über das Thema Personalausgleich ist bisher kaum in Gang gekommen. Andererseits hat die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall Mustervereinbarungen herausgegeben, die einen Personalausgleich von vier Prozent aus Anlaß der Arbeitszeitverkürzung vorsehen. Die Bekämpfung von Streß steht dabei im Mittelpunkt der Agitation der IG Metall.— (ros)

ENTWÜRFE

Betriebsvereinbarung Nr.1 — Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 1,5 Stunden

Zwischen dem Betriebsrat der Firma ... und der Firma ... wird nachstehende Betriebsvereinbarung über die Verteilung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit nach § 7 Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte Nordwürttemberg/Nordbaden abgeschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

räumlich: für den Betrieb. . .

persönlich: für alle vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Sinne des Tarifvertrages mit Ausnahme der Arbeiter, für deren Arbeitszeit regelmäßig und im erheblichen Umfang Arbeitsbereitschaft vereinbart ist.

§ 2 Arbeitszeit

Die betriebliche regelmäßige Arbeitszeit, ohne AZO-Pausen, beträgt wöchentlich 38,5 Stunden.

Die Arbeitszeit verteilt sich wie folgt:

4 Tage jeweils 8 Stunden Arbeitszeit

1 Tag 6,5 Stunden Arbeitszeit

Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie die Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage sind unter Beachtung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen gesondert zu vereinbaren und gelten als Anhang zu dieser Betriebsvereinbarung.

§ 3 Personalausgleich

Als Personalausgleich für die verkürzte Arbeitszeit erfolgen zusätzliche Neueinstellungen. Die Mindestanzahl der Neueinstellungen errechnet sich wie folgt:

Formel: Anzahl der Arbeitnehmer je Bereich geteilt durch 25.

Die aufgerundete Zahl ergibt das Mindestvolumen des Personalausgleichs für die jeweilige Abteilung oder den Betrieb.

Für den Einsatz und, wo erforderlich, für die Umorganisation, die sich aus dem Personalausgleich ergibt, sind vor Inkrafttreten dieser Betriebsvereinbarung Vorschläge von der Personalabteilung vorzulegen.

§ 4 Inkrafttreten und Laufdauer

Diese Betriebsvereinbarung tritt am 01.04. 1985 in Kraft und kann mit einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende, erstmals zum 31.12. 1985 gekündigt werden.

Geschäftsleitung: . . ., Betriebsrat . . .

Betriebsvereinbarung Nr. 2 — Verkürzung der Wochenarbeitszeit jede zweite Woche um 3 Stunden

Die §§ 1,3 und 4 sind gleichlautend mit Entwurf Nr. 1.

§ 2 Arbeitszeit

Die Arbeitszeit verteilt sich im Zeitraum von 2 Wochen wie folgt:

1. Woche 5 Tage jeweils 8 Stunden Arbeitszeit

2. Woche 4 Tage jeweils 8 Stunden Arbeitszeit

und 1 Tag 5 Stunden Arbeitszeit

Betriebsvereinbarung Nr. 3 — Verkürzung der Wochenarbeitszeit durch freie Tage

Unterschiedliche Fassung im § 2:

§ 2 Arbeitszeit

...Um die betrieblichen Anlagen und Einrichtungen wie bisher bei der 40-Stunden-Woche auszulasten, verteilt sich die Arbeitszeit wie folgt: Die tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden und die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden wird beibehalten. In folgendem Rhythmus tritt ein Zeitausgleich in Form von freien Tagen auf: Nach jeweils 26, 26 und 25 Tagen. Bei der Gewährung von freien Tagen ist darauf zu achten, daß die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden im Rahmen des 2-Monats-Zeitraums nicht überschritten wird. Jeweils zu Beginn des Jahres ist als Anhang zu dieser Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung ein fester Freischichtenplan festzulegen, aus dem jeder Beschäftigte die Zahl und zeitliche Festlegung seiner freien Tage entnehmen kann."

FLEXI-MODELL BEI VOITH HEIDENHEIM

Wie weit es die Kapitalisten mit der Flexibilisierung treiben wollen und wahrscheinlich auch treiben können, zeigt ein Kompromißvorschlag einer Verhandlungskommission von GL und BR bei Voith Heidenheim. Zwar ist die 38,5 Stunden-Woche für alle vereinbart, das aber nur als Zuckerchen für den Betriebsrat. Ansonsten sollen Überstunden bis zu zehn Stunden pro Woche in einem "Topf" gesammelt werden. Die Überstundenzuschläge sollen dabei ausbezahlt werden, ansonsten sammelt man in seinem Topf Freizeitausgleich an, der dann abgefeiert werden soll, wenn die Auftragslage mal entspannter ist. Angeblich soll die "Topfberggrenze" bei 150 Überstunden liegen. Voith ist ein weltweit führender Hersteller von Papiermaschinen und Getrieben für Nutzfahrzeuge und Wasserturbinen. Eine derartige Betriebsvereinbarung hätte Signalwirkung für den Raum Ost-Württemberg. Die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall hat der Verhandlungskommission mitgeteilt, daß sie diesem Modell nicht zustimmt.

Folgend Auszüge aus "VOITH intern":

"Verhandlungsstand heute — Die Lösung für morgen"

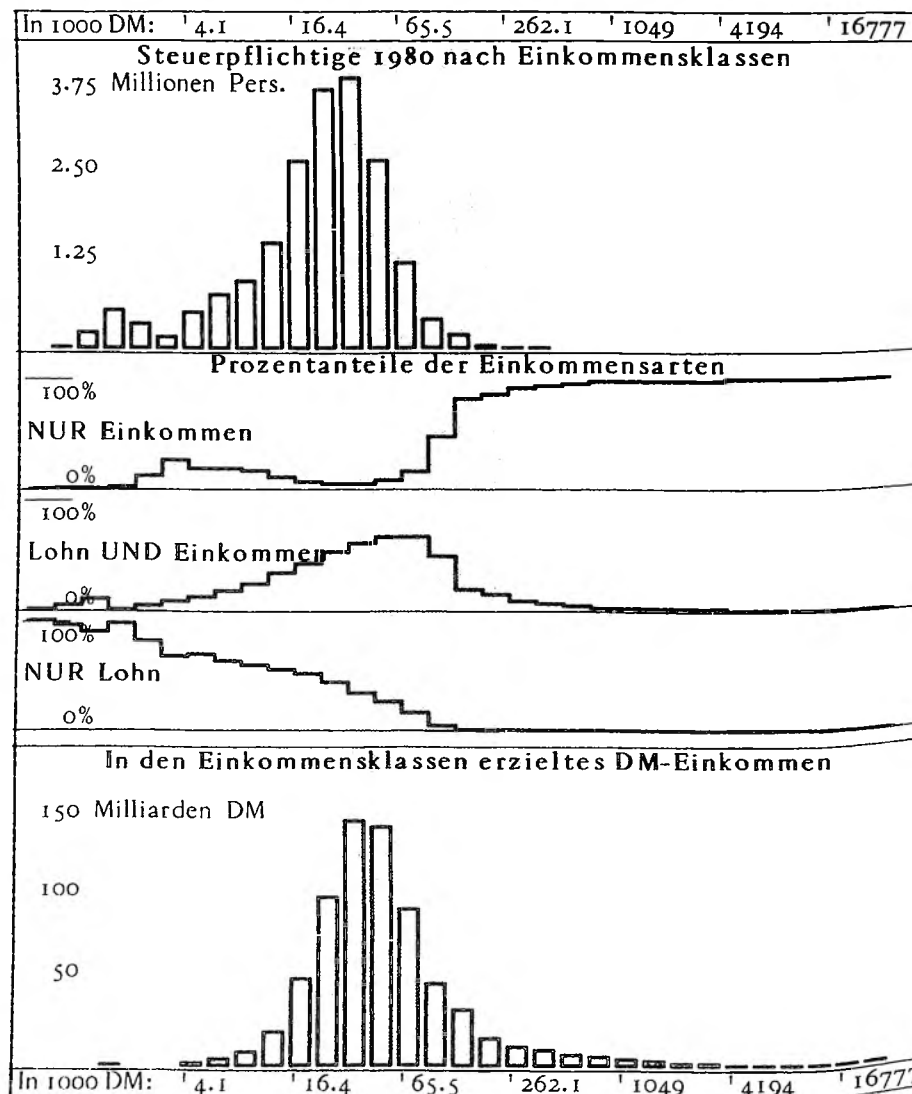
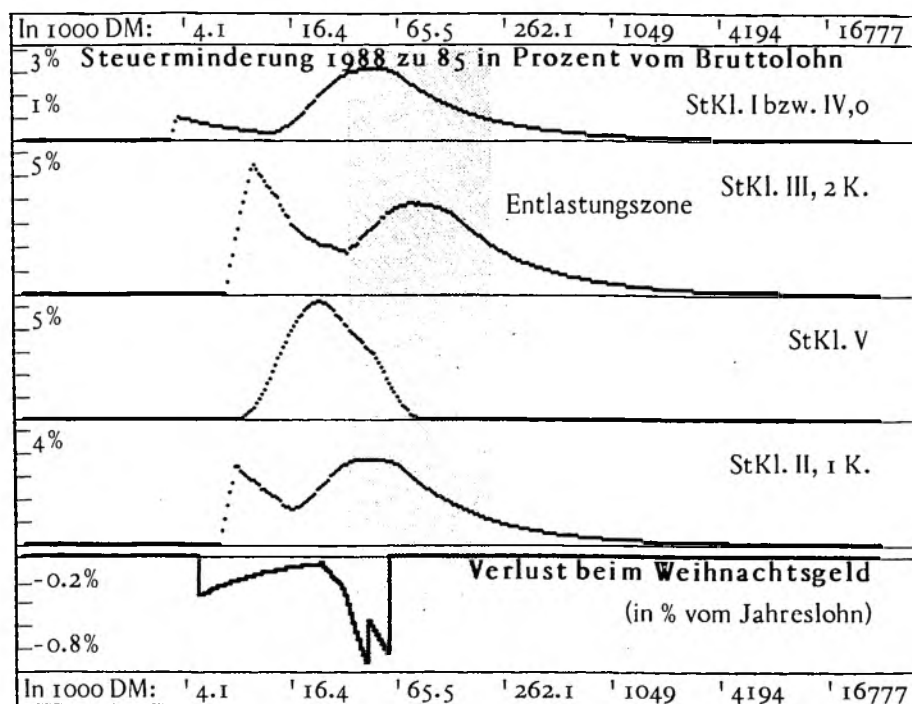
"Die Verhandlungskommission hat zügig gearbeitet. Am Donnerstag, dem 6.12.1984, ist ein Ergebnis erzielt worden, das nun der Zustimmung durch den Betriebsrat und die Geschäftsführung bedarf.

Als Gesamtpaket wurde folgender Kompromiß protokolliert:

- Die Betriebsnutzungszeit muß erhalten bleiben.
- Die Gesamtarbeitszeit pro Woche muß — wenn es der Kapazitätsbedarf erfordert — 50 Stunden betragen können.
- = Dies kann erreicht werden durch
- 38,5 Stunden vertragliche Arbeitszeit für alle Mitarbeiter
- +1,5 Stunden Zeitgutschrift für kurzfristige Freizeiten
- =40,0 Stunden Regelarbeitszeit
- +10,0 Stunden, davon 50% Mehrarbeitszeit und 50% kapazitätsbedingter Freizeitausgleich
- =50,0 Stunden maximale Arbeitszeit/Woche."

Einkommen

(II): EINKOMMENSKLASSEN IN DER ZIELBESTIMMUNG BÜRGERLICHER POLITIK



In Teil I dieser Serie konnten wir zeigen, daß zwischen der Einkommenshöhe und der Einkommensart ein Zusammenhang besteht: Je ausschließlicher die Lohnarbeit Einkommensquelle ist, um so niedriger ist das erzielte Einkommen, je ausschließlicher das Einkommen aus Erträgen eines Geschäftes oder Kapitals stammt, um so höher ist es. Allerdings finden wir in fast jeder Einkommensklasse der Steuerstatistik jede Einkommensart vor. Zum Beispiel führt die Statistik in den Einkommensklassen oberhalb 500000 DM pro Jahr rund 2000 Fälle (ca. 10%) mit Einkommen "überwiegend aus unselbständiger Arbeit", und im Bereich unter 16000 DM Jahres-einkommen rund 200000 (ca. 4%) Fälle mit Einkommen "überwiegend aus Gewerbebetrieb". Das (gegenüber Teil I in der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte verbesserte) Schaubild "Prozentanteile ..." zeigt aber dennoch, daß man von einer Einkommenszone sprechen kann, in der die Lohnarbeit als ausschließliche Einkommensquelle am häufigsten ist, von einer Zone, in der "gemischte" Lohneinkommen am häufigsten sind, und von einer Zone, in der im wesentlichen Kapitalerträge anfallen. Die Herausbildung solcher Zonen schafft Möglichkeiten für die praktische Politik der Regierung, die durch Umfang und Bedingungen der Steuerhebung politisch und ideologisch steuernd eingreifen kann. Der steuernde Zugriff erfolgt aufs Einkommen, es sind nicht klassenspezifische Sondergesetze nötig, um dennoch eine klassenspezifische Wirkung zu erzielen. Das zeigt z.B. die Steuerreform, von der gegenwärtig so viel geredet wird.

Die Reform, wir haben das Entlastungsergebnis für die wichtigsten Steuerklassen in absoluten Geldbeträgen und in Prozenten ausgerechnet, zielt ersichtlich auf eine Einkommenszone, in der die "unselbständige Arbeit" zwar die vorherrschende Einkommensquelle ist, die Fälle, in denen Lohnarbeit die einzige Einkommensquelle ist, aber stark abnehmen. Es handelt sich um eine Einkommenszone, in der ein – bescheidenes oder auch schon größeres – Vermögen bei den Steuerpflichtigen vorhanden ist. Das Ziel der Reform ist die Beschleunigung der Bildung von Vermögen. Positiv bewirkt eine solche Reform, daß Hunderttausende einen Anstoß erhalten, über Möglichkeiten der Vermögensbildung bzw. Vermögensmehrung nachzusinnen. Negativ ist die Reform ein Schlag gegen das Anspruchsdenken, da im Bereich niedriger Einkommen nur ganz lächerliche Entlastungs-

beträge anfallen. Die Regierung hat bei dieser Reform die "Bedürftigkeit" als Entlastungsmotiv ausgeschaltet. Prinzipiell wird Bedürftigkeit bloß noch im Falle von Familien, d.h. pflichtschuldiger Vermehrung, akzeptiert. Hier Vermögensbildung, dort Schlag gegen das Anspruchsdenken, man sieht, wie die Reform eine rechnerische Umsetzung der Regierungs-ideologie ist.

In Absolutbeträgen gerechnet (außer bei Steuerklasse V, d.i. wenig verdienender Ehegatte zu mehr verdienendem in Steuerklasse III) wird niemand mehr erhalten als die ganz Reichen. Dieser Tatbestand wird aber verschleiert durch eine Betrachtung in Prozenten des Einkommens. Dies zeigt als Begünstigte der Reform zwei Gruppen: Bezieher niedriger Einkommen mit Kindern und Bezieher mittlerer Einkommen. Der Eindruck wurde noch verstärkt durch die Schwindelpropaganda bei der kürzlichen Änderung des Sozialversicherungsabzugs beim Weihnachtsgeld, die die "Besserverdienenden" als Betroffene darstellte (s. aber unsere Berechnung für den Fall eines 13. Monatseinkommens). Die Begünstigung der Reichen verschwindet aus der Betrachtung. In der Verlautbarung des Finanzministers liest sich das so:

"In der 'unteren Proportionalzone' des geltenden Steuertarifs – gleicher Steuersatz von 22 v.H. bis zu Einkommen von 18000/36000 – tragen und 5,6 Millionen Steuerzahler etwa 5,8 v.H. zum Steueraufkommen bei; auf sie entfällt durch das Steuersenkungsgesetz ein Anteil von 7,8 v.H. des Entlastungsvolumens.

Im Bereich der progressiven Besteuerung – Einkommen zwischen 18000/36000 und 130000/260000 tragen 13,4 Millionen Steuerpflichtige 78 v.H. zum Steueraufkommen bei; ihr Anteil an der Entlastung beträgt rund 87 v.H..

Den 'Spitzensteuersatz' von 56 Prozent zahlen 158000 Steuerpflichtige, die 16,2 v.H. zum Steueraufkommen beitragen. Auf sie entfällt ein Entlastungsanteil von 5,3 v.H.."

Arm dran sind danach die Reichen. Und sind nicht 750.- DM im Monat für den Bezieher eines Millioneneinkommens und den Zahler einer Millionensteuer ein läppischer Betrag? Ein solches Roßtäuscherargument glauben viele, außer den wirklichen Beziehern von Millioneneinkommen, die wissen, daß 750.- DM im Monat haben immer besser ist, als sie nicht zu haben. Die Betrachtung der Reform in Anteilen, sei es an der Steuerschuld, sei es am Einkommen, lenkt von der tatsächlichen Wirkung ab und dient der politischen Verschleierung.

Die Steuerreform hat uns gedient, um zu zeigen, daß die von uns festgestellten 'Zonen' in der praktischen Politik der Bourgeoisie eine Bedeutung haben, nicht irgendein Rechenspien sind, sondern hilfreich zum Verständnis der Politik. Akut, darauf deutet die Anlage der konservativen Steuerreform hin, will man die Bildung von Vermögen aus Lohneinkommen fördern und eine Interessenverbindung von höheren Lohneinkommen und Kapitalistenklasse schaffen.

Nun ist in der bürgerlichen Gesellschaft nicht jedes Geld ein Kapital und nicht jeder Sachwert "wirft was ab". Es ist ein Unterschied, ob jemand ein Auto hat oder ein Taxiunternehmen, ob ein Haus oder einen Wohnblock, ob fünf Aktendeckel für eine angehende Anwaltspraxis oder Aktien auf eine Papierfabrik. Im nächsten Heft wollen wir untersuchen, ob und wie sich solche Unterschiede auf der Einkommensskala einordnen lassen.

Quellenhinweis: Bundesfinanzministerium, Finanznachrichten, 19.12.84; Kabinettsentwurf der Steuerreform; Stat. Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 7.3 Lohnsteuer, 1980 – (alk, maf)

Dokumentiert BEGRÜNDUNG DER STEUERSENKUNG

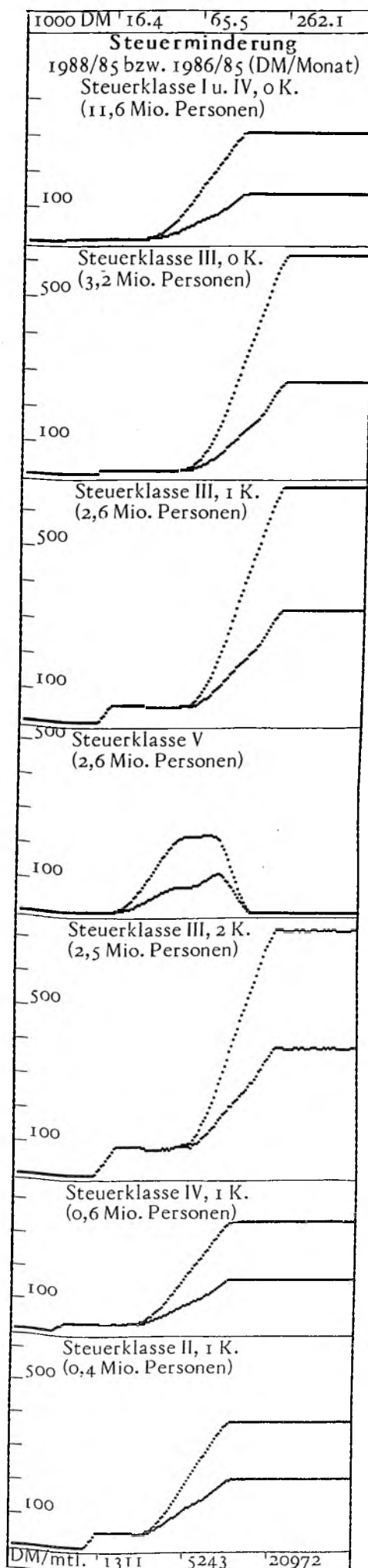
"A. Zielsetzung

Das Gesetz soll den zu steilen Anstieg der Progression des Einkommensteuertarifs abbauen. Hiervon sind zunehmend qualifizierte Arbeitnehmer und Selbständige betroffen, die infolge ihrer beruflichen Leistung in mittlere und gehobene Einkommen hineinwachsen und im Ergebnis zu hoch belastet sind. Darüber hinaus sollen die Bezieher geringer Einkommen entlastet werden. Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzes besteht darin, den Familienlastenausgleich zu verbessern...

B. Lösung

In zwei Stufen – 1986 und 1988 – soll eine deutliche und nachhaltige Ab-

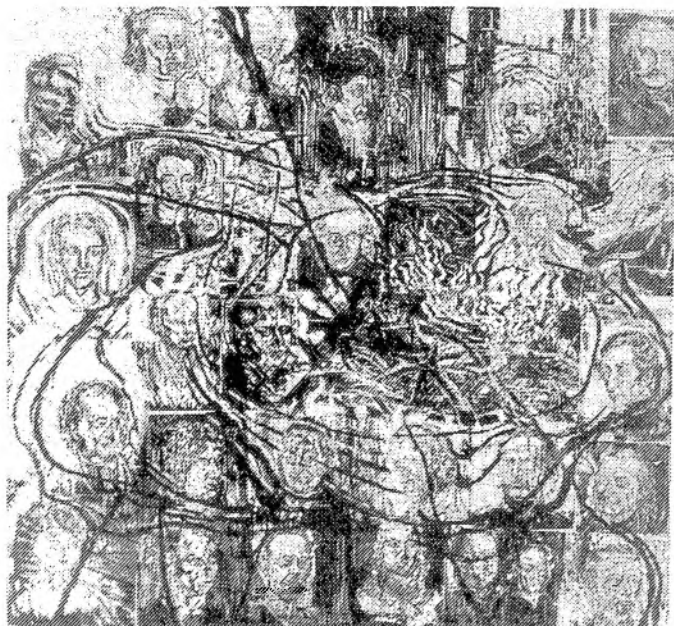
flachung des leistungs- und wachstumshemmenden Anstiegs der Grenzbelastung in der Progressionszone vorgenommen werden. Ferner ist insbesondere zur Entlastung der Steuerpflichtigen mit geringem Einkommen eine Anhebung des Grundfreibetrages vorgesehen, und zwar bei Alleinstehenden um 324 DM auf 4536 DM und bei nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten um 648 DM auf 9072 DM. Zugleich soll der Haushaltsfreibetrag, der Alleinstehenden mit mindestens einem zugeordneten Kind zusteht, ebenfalls um 324 DM auf 4536 DM erhöht werden. Der bisherige Kinderfreibetrag von 432 DM je Kind soll auf 2484 DM je Kind erhöht werden, wobei der zusätzliche kindabhängige Sonderausgabenhöchstbetrag für Vorsorgeaufwendungen in dem neuen Kinderfreibetrag aufgehen soll..."



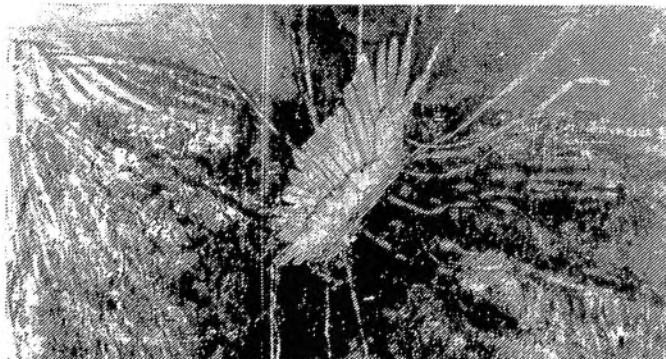
Kunstmalerie

NATIONALE ELEMENTE
IN DER AKTUELLEN KUNST?

Anselm Kiefer, Jahrgang 1945, Studium Ende der 60er bei Dreher, Antes, Beuys, begann während dieser Zeit mit seiner Aktion "Besetzung". Er bereiste Frankreich, Italien, die Schweiz, ließ sich auf Plätzen mit zum Hitlergruß erhobener Hand fotografieren. "Für mich ist Geschichte auch immer meine Wirklichkeit". Welche Geschichte macht er zu seiner Wirklichkeit?



"Wege der Weltherrschaft — die Hermannsschlacht", 1977



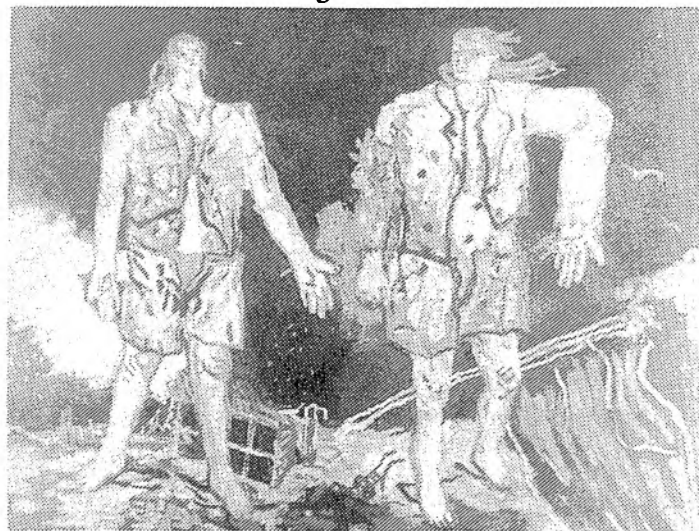
"Wölnundlied", 1981/82 bezieht sich auf die germanische Mythologie. Die Kunstzeitschrift ART interpretiert die über aufgewühlter Erde stürzende Schwinge als Symbol einer gescheiterten Flucht, das Gemälde als Gedankenbild über das Verlangen nach Freiheit.



"Märkischer Sand", 1982

Kiefer: "Ich will deutsche Kunst machen. Das, was deutsch daran ist, kann auch als häßlich empfunden werden. Das stört mich überhaupt nicht". (ART 6/80)

Georg Baselitz



"Die großen Freunde", 1965

Georg Baselitz (seit 1963 der Künstlername Hans-Georg Kerns nach seinem Geburtsort in der Oberlausitz), geboren 1938, begann sein Kunststudium in Ostberlin, ab 1957 Student der Malerei in Westberlin bei Hann Trier. 1966 stellt er bei Springer das Bild "Die großen Freunde" vor.

Über einer verwüsteten Landschaft (Ruinen/brennendes Haus/Qualm/verdunkelter Himmel) erheben sich vor einer gesenkten Fahne zwei riesige, mit Einschüssen übersäte Gestalten. Sie wirken wie ein Sinnbild heroischer Würde angesichts einer erlittenen Niederlage. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Präsentation ihrer Wunden als Stigmatisation (Ausprägung von Wundmalen Jesu bei Menschen).



"Orangeness 4", 1981
Dieses Bild ist eines von Baselitz' Bildern, die er bewußt verkehrt herum aufhängen läßt.

Zu späteren Arbeiten erklärt er: "Die Malerei ist nicht dazu da, inhaltlich etwas darzustellen, sie hat keine anekdotischen Pflichten". Er hält zwar an gegenständlich orientierter Darstellung fest, mißt ihr eine Kontrollfunktion bei, erzeugt aber durch das Auf-den-Kopf-Stellen der Arbeitsergebnisse im Betrachter einen paradoxen Effekt: Der Gegenstand macht tendenziell einer gegenstandslosen Wahrnehmung Platz. "Mit Expressionismus habe ich nichts zu tun. Es gibt vielleicht ähnliche Temperamente, ähnliche Pinselstriche, die Brutalität im Farbauftrag, aber das ist nicht expressionistisch, das ist deutsch".

In neuerer Zeit schlägt Baselitz wuchtige Kultfiguren aus Baumstämmen.



Arbeit an einer Holzplastik 1983

Jörg Immendorf



Jörg Immendorf, Jahrgang 1945, studierte ab 1963 an der Düsseldorfer Kunstakademie (u.a. bei Beuys). Anfang der 70er Jahre orientierte er sich an der Politik der KPD und der Liga gegen den Imperialismus (s. Plakate). 1974 unterzeichnete er das "Manifest" der Initiative zur Gründung einer Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender, die ein Jahr später ihr Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung kulturimperialistischer Einflüsse des "Sozialimperialismus" richtete.

1976 beginnt eine Phase der Zusammenarbeit mit dem Dresdner Maler A. R. Penck. Auf einem Bild stellt er sich gemeinsam mit ihm ein Transparent haltend dar. Man liest: "Die Hände gegriffen, mit der Absicht, die Pinsel zu verzahnen,

bieten wir alles. Deutschland mal Deutschland – friedliebend, demokratisch, unabhängig, 1 Mal!" Zur Dokumentation 1982 entsteht eine Bronzeplastik: "Naht-Brandenburger Tor – Weltfrage". "Es war ja ein Symbolwert. Öffnung also bis nach Sibirien und dann wieder zum Westen ... Und das steht in einem neutralen Gebiet, umzäunt mit Stacheldraht – und für die Deutschen wars dann halt so wie eine Trophäe, wie die Indianer also ihren Totem haben, oder die Regimenter, die vorwärtsstürmend ihre Flagge vorzeigen können. Und da ich dieses Identifikationsproblem als sehr wichtig erachtet habe, und wir es nicht mehr zur Verfügung haben, das reale Tor, hab ich mir gedacht, ich mach ein neues ..."



Jörg Immendorf arbeitet an seinem Bild "Naht", 1982. Der Schneestern, der mit Schnee zugedackte Sowjetstern als Exsymbol, der verblaßte rote Stern der sozia-

len Utopie. Gleichzeitig gebraucht als Zeichen für klirrende Kälte an der Nahtstelle zweier politischer Systeme. Dorthinein malt er das Brandenburger Tor. – (ahd, noh)

RWE-Tribunal

FÜNF GRÜNDE, DEN KONZERN ZU ENTFLECHTEN UND ZU KOMMUNALISIEREN

Auf Initiative der GRÜNEN findet vom 23.-24.2.1985 in Essen ein "RWE-Tribunal" statt. Es gibt mindestens fünf Gründe, warum dort die Kommunalisierung und Entflechtung des "Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes" (RWE) diskutiert werden könnte:

1. RWE – Ein Supermonopol. Mit einem Jahresumsatz von rd. 23 Mrd. DM (1982) ist das RWE das achtgrößte Monopol der BRD; sein Anteil an der öffentlichen Stromversorgung beträgt 38% (1982), mit rd. 20000 km 110-380-KV-Netz beherrscht es von seiner zentralen Lastverteilung in Brauweiler das gesamte Hochspannungsnetz der BRD; es beliefert 18 500 Industrie- und 3,1 Mio. Tarifkunden sowie 1 500 Städte und Gemeinden innerhalb eines Gebietes von 2 571 km² (= 11% der Fläche der BRD).

2. Zerstörung kommunaler Energieautonomie. Die Umwandlung seines Konzerns in das erste gemischtwirtschaftliche EVU durch H. Stinnes (ab 1905) war ein geschickter Schachzug: Er ermöglichte den direkten Zugriff auf Vertreter des Staatsapparates, band die Anteils kommunen materiell (durch Konzessionszahlungen, Dividenden, Tantieme) und ideologisch (Abwehr von Sozialisierungsforderungen) an die RWE-Expansionspolitik und dämpfte so den Widerstand gegen die rasche Einverleibung kommunaler Absatzgebiete ins RWE-Reich. Der kommunale Aktienanteil beträgt 30,6%, und mit Hilfe von Mehrstimmenwahlrecht verfügen die Kommunen sogar formal über die Stimmenmehrheit; de facto sind sie jedoch wegen ihrer zersplitterten Interessenlage dem relativ homogenen Industrie- und Bankblock stets unterlegen.

3. Prägender Einfluß auf Energiegesetzgebung und -Politik. Hierfür zwei Beispiele:

a) **Energiewirtschaftsgesetz (EnWG):** Es wurde 1935, militär- und industriepolitisch motiviert, zwecks "Flurbereinigung" kommunaler EVU und zur Schaffung einer Großraumverbundwirtschaft entscheidend durch die "AG für Elektrizitätswirtschaft" unter Führung des RWE geprägt. Ihr "Gutachten über die in der deutschen Elektrizitätswirtschaft zur Förderung des Gemeinnutzes notwendigen Maßnahmen" (1933) hat das EnWG in der "Reichsgruppe Energiewirtschaft" durchgesetzt.

b) **Atomprogramm:** Obwohl das RWE das erste Versuchskraftwerk der BRD (in Kahl) betrieb, taktierte es bis 1969 in Sachen Kernenergie hinhaltend. Der Grund: Das RWE-Braunkohle-Monopol. 1969 setzte es sich dann mit dem Auftrag für das (damals) größte AKW (Biblis A) an die Spitze der "Bewegung". Das Forschungsministerium unter Stoltenberg hatte "die Erfüllung gewisser Bedingungen und Garantien" (Radkau) zugesagt, z.B. "die gegenwärtige Unsicherheit bei den Genehmigungen zu beheben" und mäßigend auf die "Erdgas-Propaganda" – schädlich für die Stromexpansion in den Wärmemarkt – einzuwirken.

In Mißachtung der offiziellen Schwerwasser-Reaktor-Politik setzte das RWE dabei von Anbeginn auf den Leichtwasserreaktor, der einen sehr komplexen (alsbald vom RWE total beherrschten) Brennstoffkreislauf erzwang.

4. Der größte Umweltverschmutzer der BRD. Heute besitzt das RWE drei AKW und baut drei weitere – insgesamt eine Leistung von ca. 6 400 MW. Sein hauptsächlichliches Standbein sind jedoch nach wie vor Braunkohlekraftwerke. Insgesamt trägt der fossil erzeugte, vom RWE umgesetzte Strom zu jeweils 1/3 (= 71 800 t SO₂; 290 000 t NO_x pro Jahr!) zu allen Kraftwerksemissionen in der BRD an SO₂ und NO_x bei.

5. Schlüsselrolle bei der Atomwaffenproduktion. Zwar hatte die BRD aus politischer Opportunität 1954 beim Eintritt in die NATO und WEU "nicht nur auf die Produktion von Atomwaffen, sondern auch auf die Produktion der für Bomben nutzbaren Kernspaltstoffe verzich-

tet; dieser zweite Verzicht wurde jedoch in den internen Planungen nie beachtet" (Radkau, S. 77). Im Gegenteil: Unter Adenauer und Atomminister Strauß wurde z.B. das Schwerwasserreaktor-Konzept vor allem auch deshalb forciert, um auf diese Weise "so bald wie möglich" (W. Finkelnburg, Siemens) an Plutonium heranzukommen. Heute kontrolliert das RWE sämtliche für die Atomwaffenproduktion notwendigen Positionen: Seine Töchter Nukem, Rheinbraun und Steag sichern die Uran-Brennstoffbeschaffung, die vom RWE beherrschte Uranit (Uran-235-Anreicherung) und DWK (Wiederaufbereitung, Erzeugung chemisch reinen Plutoniums) sorgen für die Weiterverarbeitung; die Bombenherstellung könnten die Firmen Nukem, Alkem und die Reaktor Brennelemente Union übernehmen, die RWE-Tochter Transnuklear könnte schließlich die Bombeneinzelteile in ein verbunkertes Endmontagewerk bringen.

Quellenhinweis: AG Atomindustrie, RWE – Ein Riese mit Ausstrahlung, Köln 1984; J. Radkau, Kerntechnik: Grenzen von Theorie und Erfahrung, in: Spektrum der Wissenschaft, Dez. 1984; ders., Aufstieg und Grenze der deutschen Atomwirtschaft, Hamburg 1983. – (wim)

Weiterbildungskongreß

SPÄTH: JEDER MUSS NEUES LERNEN SOLL ABER SELBER DAFÜR ZAHLEN

Am 18./19. Dezember fand in Stuttgart der dritte Zukunftskongreß der baden-württembergischen Landesregierung statt. "Weiterbildung – Herausforderung und Chance" lautete das Thema. Eine von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission mit Vertretern aus Industrie, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen hatte zur Vorbereitung einen Weiterbildungsbericht vorgelegt.

Weiterbildung soll zu "einer der zentralen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft" werden, erklärte Ministerpräsident Späth bei der Begrüßungsrede. Es sei "ein Gebot der Humanität und präventiven Sozialstaatlichkeit", den Menschen genügend Angebote und Motivationen zum lebenslangen Lernen zu unterbreiten. Wie sieht diese "Humanität" der Landesregierung in Sachen Weiterbildung bisher aus?

Bei der Pro-Kopf-Bezuschussung für Weiterbildungsmaßnahmen bildet Baden-Württemberg bisher im Vergleich zu anderen Bundesländern das absolute Schlußlicht. Faktisch sank sogar der Anteil der Landesmittel an den Gesamtkosten von 1981 18 % auf 1984 11 % ab. Auf der anderen Seite liegt Baden-Württemberg, was die finanzielle Eigenbeteiligung der Teilnehmer betrifft, an der Spitze der Bundesländer. "Die Ziele der noch für längere Zeit notwendigen Sparpolitik" – sprich weitere Mittelkürzungen – sollen laut Späth "nicht aufgegeben werden". Der Staat könne dennoch für die Weiterbildung "viel tun, vor allem in der Schaffung eines weiterbildungsfreundlichen Klimas".

Berufliche Weiterbildung

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die berufliche Weiterbildung und dort die wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen, die neuen Informations- und Kommunikationsweisen und -medien. Einig waren sich alle Redner und der Kommissionsbericht, daß die Weiterbildung entscheidend sei, die wirtschaftliche Stellung Baden-Württembergs zu sichern und einen Wettbewerbsvorsprung zu ergattern. Bei der Einschätzung des Weiterbildungsbedarfs stützt sich der Kommissionsbericht auf die Gesellschaft für Informatik. Danach sollen bis zum Jahr 1990 70 % der Erwerbstätigen Kenntnisse auf dem Gebiet der EDV-Anwendung benötigen: 5 % eine professionelle Informatikausbildung, 15 % neben ihrem eigentlichen Fach eine vertiefte Ausbildung in einem Spezialgebiet der Informationstechnik und 50 % eine einfache Grundausbildung, die zur Benutzung informationstechnischer Geräte befähigt.

Lediglich 10-15 % hätten bereits diese Kenntnisse.

"Die Erfahrungen der Wirtschaft sprechen dafür, daß hiermit auch eine Höherqualifikation verbunden sein wird. Dies bedeutet allerdings, daß eine Höherqualifikation des einzelnen Mitarbeiters ihm nicht zwangsläufig einen beruflichen Aufstieg garantiert; vielmehr wird im Gegenteil eine Höherqualifikation häufig allein deswegen notwendig sein, um die einmal erreichte berufliche Position zu erhalten." Anpassungsfortbildung lautet das neue Schlagwort, mit dem den Lohnabhängigen diktiert werden soll, daß sie sich weiterbilden, d.h. ihre Arbeitskraft qualifizieren müssen, um sie weiterhin zu Markte tragen zu können, nicht jedoch etwa, um mehr Lohn zu fordern. Aber auch mit einer einmaligen Anpassungsfortbildung sei es nicht getan. "Lebenslanges Lernen" ist die neue Devise. "Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, die Menschen dafür zu gewinnen, freiwillig ihre eigene Weiterbildung zu fördern und dafür auch Freizeit einzusetzen." "Weiterbildung ist wie Rudern gegen den Strom, wer aufhört, treibt zurück. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, daß diese Grundeinstellung in unserer Gesellschaft Platz greifen muß" (Bullinger, Leiter der Fraunhofer-Institute und Kommissionsmitglied).

Es soll der Eindruck vermittelt werden, daß es die neuen Technologien seien – völlig frei im Raum schwebend –, die Weiterbildung zum Zwecke des "Erhalts des Arbeitsplatzes" und quasi einem Naturgesetz gehorchend notwendig machen. Das soll verdecken, daß es die Kapitalisten sind, die die neuen Technologien einführen, um zu rationalisieren und ihre Profite zu realisieren. Daß es auch die Kapitalisten sind, die die neuen Qualifikationen der Arbeiter brauchen, wenn sie ihre Profite weiterhin erzielen wollen und daß folgerichtig auch sie dafür zu zahlen haben, damit die Arbeiter neue Maschinen anwenden können. Ist Weiterbildung erst einmal als menschliches Naturgesetz installiert, ist es auch logisch, daß der einzelne dafür verantwortlich ist, ob er zurücktreibt (arbeitslos wird) oder durch Weiterbildung ein "Anrecht auf einen Arbeitsplatz" erwirbt. "Natürlich" ist dann ebenfalls, daß der einzelne Arbeiter finanziell für seine Weiterbildung aufkommen muß. In den Empfehlungen des Kommissionsberichts heißt das "adäquate Teilnehmergebühren". "Ein größerer Eigenanteil kann bei der beruflichen Weiterbildung, bei der die Teilnehmer in der Hoffnung auf die positive Auswirkung am Arbeitsplatz zu größeren Eigenbeträgen bereit sind, eingerechnet werden."

Bei der Weiterbildung, die der Kommissionsbericht meint, geht es weder um Weiterbildung im Sinne der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung der Weimarer Republik als ein Moment der Emanzipation der Arbeiterbewegung, noch geht es um die sozialdemokratisch geprägte Weiterbildung unter dem Motto "Chancengleichheit" der sechziger Jahre, die sich u.a. im Auf- und Ausbau des Zweiten Bildungswegs manifestierte. Bei dieser Art Weiterbildung geht es lediglich noch um die Qualifikation der Arbeitskraft, die die Lohnabhängigen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit als Vorleistung erbringen sollen, um weiterhin ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Nach den Aus-



Der Kommissionsvorsitzende Prof. Gaugler überreicht Ministerpräsident Späth den Weiterbildungsbericht.

sagen des Kommissionsberichts soll der Anteil der beruflichen Weiterbildung, die in der Freizeit stattfindet, und die Finanzierung aus dem Lohn der Arbeitnehmer ausgeweitet werden.

Die organisierte Weiterbildung wird in die zwei Bereiche allgemeine und berufliche Weiterbildung aufgeteilt. Nach einer Repräsentativumfrage im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft nahmen 1982 29 % der Bevölkerung der BRD an Weiterbildungsveranstaltungen teil (9,5 Mio. Menschen). 14 % entfielen auf Veranstaltungen der allgemeinen Weiterbildung, 12 % auf berufliche Weiterbildung. Aber auch bei den Teilnehmern von allgemeiner Weiterbildung gaben 30 % rein berufliche Gründe an, bei den Berufstätigen sogar die Hälfte. 47 % der beruflichen Weiterbildung findet in den Betrieben statt (hauptsächlich Lehrgänge und Kurse zur Einarbeitung). 25 % der beruflichen Weiterbildung finden auch jetzt schon ausschließlich in der Freizeit statt. Zählt man noch die 30 % der Teilnehmer hinzu, die an allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen aus rein beruflichen Gründen teilnehmen und die ebenfalls ausschließlich in der Freizeit stattfinden, kommt man bereits auf 43 % an Teilnehmern beruflicher Weiterbildung. Über die Finanzierung beruflicher Weiterbildung liegen keine vergleichbaren Angaben vor. Festhalten läßt sich, daß 7 % der Teilnehmer beruflicher Weiterbildung über Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz ausschließlich aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden. Die 30 % der Teilnehmer, die an allgemeinen Weiterbildungsveranstaltungen aus rein beruflichen Gründen teilnehmen, haben diese fast vollständig selbst zu finanzieren.

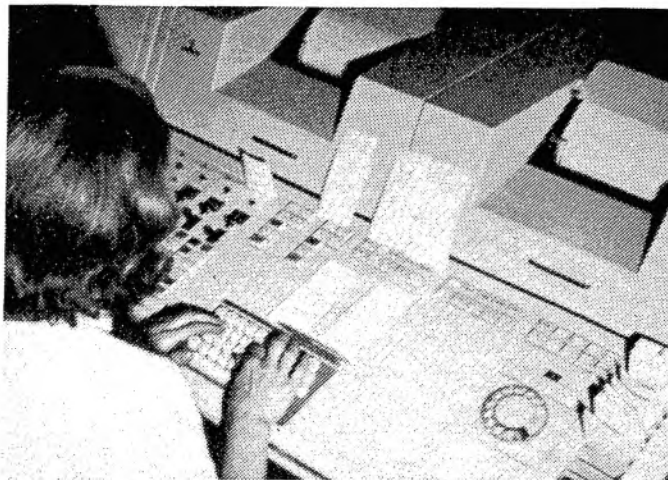
Allgemeine Weiterbildung – Erwachsenenindoktrination

Der Bereich der allgemeinen Weiterbildung wird fast vollkommen über Teilnehmergebühren – bei einigen Trägern auch über Eigenmittel – finanziert. Nur Volkshochschulen und kirchliche Bildungswerke erhalten nach dem Weiterbildungsgesetz staatliche Förderung.

Bei der Aufgabenbestimmung der allgemeinen Weiterbildung geht der Kommissionsbericht davon aus, daß "Allgemeinbildung für den Beruf nötig ist und daß sich die Erfahrungen aus der Berufstätigkeit und Berufsbildung auch für die allgemeine Bildung des Menschen relevant erweisen". Hier sollen die Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen indoktriniert und eingeübt werden, die für den Arbeitsprozeß notwendig sind. Leitmotiv ist dabei, "eine positive Einstellung zur Zukunft zu finden". "Die einzelnen Bürger ... müssen wieder einen realistischen Optimismus entwickeln, auf dessen Grundlage sie die bestehenden Gefahren richtig einschätzen, die gegenwärtigen Handlungsmöglichkeiten erkennen und die vorhandenen Innovationschancen ausnutzen und erweitern können." Als übergreifende Bildungsziele werden formuliert: Stärkung der Leistungsmotivation und Eigeninitiative, Flexibilität und Mobilität, Risikobereitschaft und die "Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen", "Kreativität und Kommunikationsfähigkeit", Arbeit als Mittel der "Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung" zu erkennen. Vor allem solle das Lernen gelernt werden, das selbstständige Übertragen von Gelerntem auf neue Sachverhalte und die Fähigkeit zum Erwerb wesentlicher Informationen, zum Erkennen und Einordnen von Zusammenhängen entwickelt werden.

Freier Wettbewerb der Träger

Der gesamte Weiterbildungsbereich ist nicht durch staatliche Gesetze geregelt, sondern basiert auf dem Prinzip des freien Wettbewerbs der Träger. Der Staat selber tritt nur in einigen Spezialbereichen (Lehrerfortbildung, Fachschulen und Fortbildung für den öffentlichen Dienst) als Träger auf. Eine Weiterbildungseinrichtung kann jede Privatperson, Firma oder Verein zu jedem Thema und beliebige hohen Teilnehmergebühren betreiben, solange minimalste Hygienebestimmungen in Bezug auf Räumlichkeiten eingehalten werden. Der Kommissionsbericht will diese Struktur der Weiterbildung auf jeden Fall erhalten wissen. "Zur Bewältigung der anstehenden Probleme ist ein pluralistisches



Über 70 % der Berufstätigen sollen bis 1990 an informationstechnisch gestalteten Geräten arbeiten.

Leistungsangebot im Sinne der Koexistenz und freien Entfaltung von Weiterbildungsträgern und -angeboten notwendig. Staatsmonopolähnliche Strukturen sind jedoch abzulehnen, da sie erfahrungsgemäß zu Bürokratisierung und Inflexibilität, verbunden mit hohen Kosten führen und damit bedarfs- und bedürfnisgerechten Angeboten der Weiterbildung entgegenstehen." Der Staat soll dafür die Werbetrommel rühren.

Gegen diese Weiterbildungsstrategie der Landesregierung und Kapitalisten, die Teil ihrer Rationalisierungspolitik ist, stellen sich für die Gewerkschaftsbewegung eine Reihe von Fragen, zu denen bisher nur ansatzweise Positionen entwickelt sind.

Wie kann gegen die Propaganda, "Weiterbildung ist Privatsache", der Standpunkt entwickelt und behauptet werden, daß der zeitliche und finanzielle Aufwand der weiteren Anpassungsqualifikation ausgebildeter Arbeitskraft Angelegenheit der Kapitalisten ist und – soweit dabei allgemeine sowie betriebs- und branchenunabhängige Kenntnisse betroffen sind – eine gesellschaftliche Aufgabe?

Wie kann dieser Standpunkt gegenüber der jetzigen Praxis bei der Plünderung der Arbeitslosenversicherung behauptet werden? Die Finanzierung von ABM-Maßnahmen, Umschulungen, Einarbeitungszuschüsse erfolgen aus den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, also aus Lohngeldern, nach dem Prinzip, daß die Lohnabhängigen die fortlaufende Anpassungsqualifikation selbst finanzieren.

Wie kann eine Auslagerung der betrieblichen Anpassungsqualifikation in die Reproduktionszeit der Lohnabhängigen und ihre Finanzierung aus Lohngeldern verhindert werden? Welche Mitsprache- und Kontrollrechte müssen die Gewerkschaften und Betriebsräte geltend machen?

Wie kann gegenüber der außerbetrieblichen Weiterbildung in betriebs- und branchenübergreifenden Kenntnissen der Standpunkt behauptet werden, daß Auswirkungen auf die allgemeine gesellschaftliche Durchschnittsqualifikation der Arbeitskraft, die sich aus Umwälzungen des Produktionsprozesses ergeben, gesellschaftlich geregelt werden und nicht den Tummelplatz für profitträchtige Privatschulen abgeben dürfen? Welche Forderungen müssen nach allgemeinen gesetzlichen Regelungen, z.B. Bildungsurlaubsgesetz, erhoben werden? Wer soll Träger solcher Ausbildungseinrichtungen werden, z.B. Volkshochschulen auf kommunaler Ebene? Wer soll die Finanzierung tragen? Wie werden dabei die Kontroll-, Vorschlags- und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften und Betriebsräte durchgesetzt? Wie kann verhindert werden, daß die Nachfrage nach betriebs- und branchenübergreifenden Kenntnissen zur Ausdehnung des Schulzwanges auf Erwachsene und Werteindoktrination der Kapitalisten wird?

Quellenhinweis: Bericht der Expertenkommission Weiterbildung; Reden auf dem dritten Zukunftskongreß der baden-württembergischen Landesregierung. – (gec)

Familienpolitik der Bundesregierung

GEBURTSPRÄMIEN, RENTENKÜRZUNG UND AUSWEITUNG VON TEILZEITARBEIT FÜR MÜTTER

Seit ihrem Regierungsantritt hat die CDU/CSU/FDP-Regierung hervorgehoben, daß sie Familienpolitik als eine ihrer zentralen Aufgaben ansieht. Die Bundesregierung hat in mehreren Publikationen ihren Maßnahmenkatalog zur Förderung des Familienlebens vorgestellt, ein großer Teil der Maßnahmen soll in diesem und im kommenden Jahr wirksam werden. Ein Teil liegt als Gesetzentwurf oder als Beschlußfassung des Bundeskabinetts vor. Ziel des Maßnahmenpakets sei, so erklärte beispielsweise Bundesfamilienminister Geißler, die "echte Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf" für Frauen herzustellen und die Position der Hausfrau zu stärken. Auf keinen Fall ist die Absicht der Bundesregierung, mit den angekündigten Maßnahmen die Möglichkeiten der selbständigen Existenz von Männern und Frauen, ob allein oder in einer Familie, zu stärken. Die Wirkung des Familienprogramms beruht auf einer Kombination von Einzelmaßnahmen.

Prämien für Geburt Hausarbeit

Ab 1. Januar 1986 sollen nach Plänen der Bundesregierung alle Familien mit neugeborenen Kindern ein sogenanntes Erziehungsgeld in Höhe von höchstens 600.- DM monatlich erhalten, zunächst für zehn Monate nach der Geburt des Kindes, ab 1988 für zwölf Monate. Gezahlt wird, wenn ein Elternteil, wie die Bundesregierung in einer Stellungnahme schreibt, "das Kind im ersten Lebensjahr persönlich" betreut. Zu deutsch: wenn die Mutter nicht arbeitet und zu Hause bleibt. In den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes werden die 600.- DM an jede Familie oder den Elternteil, der das Kind versorgt, gezahlt, danach soll das Erziehungsgeld einkommensabhängig gezahlt werden. Beziehen können das Erziehungsgeld alle Eltern, unabhängig davon, ob sie vor der Geburt des Kindes lohnabhängig, selbständig oder gar nicht erwerbstätig waren. Das Erziehungsgeld soll das von der SPD/FDP-Regierung eingeführte Mutterschaftsurlaubsgeld ersetzen, das für vier Monate nach Ablauf des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubes von lohnabhängigen Müttern bezogen werden konnte und zur Zeit im Höchstfall 510.- DM beträgt. Über die Regelung des Kündigungsschutzes hat das Kabinett noch nicht beschlossen.

Die Bundesregierung kann aus verschiedenen Gründen hoffen, daß ihr Angebot von vielen Familien in Anspruch genommen werden wird: Erstens existieren für gerade 1,6% der

Kinder zwischen sechs Monaten und drei Jahren Plätze in Kinderkrippen. Und wenn eine Familie einen raren Kinderkrippenplatz ergattert hat, erschweren Öffnungszeiten und Entfernung von Kinderkrippe zum Arbeitsplatz selbst normale Berufstätigkeit. Die Unterbringung von Kleinkindern in öffentlichen und öffentlich kontrollierbaren Einrichtungen ist also nur für wenige Eltern überhaupt möglich. Das von den SPD- und unions-regierten Ländern als Alternative gleichermaßen propagierte Tagesmüttermodell ist für Familien mit durchschnittlichen Einkommen vielleicht für ein



Post-Paketversand. Schwere Frauenarbeit, häufig in Teilzeit.

Kind, kaum für zwei Kinder bezahlbar. Die Kosten schwanken zwischen 400.- DM und 800.- DM und mehr im Monat bei Ganztagsunterbringung. Diese Art der Kinderversorgung knüpft daran, daß einem Teil der Frauen mit Kindern normale Lohnarbeit nicht möglich ist, und sie stattdessen ihr Einkommen in gewerkschaftlich schlecht kontrollierbarer Heimarbeit durch Pflege von weiteren Kindern aufbessern. Ein Umstand, der von Eltern angesichts der schlechten Krippenversorgung genutzt werden muß, wenn die Frau nicht auf ein selbständiges Einkommen verzichten kann.

Ein gesichertes Monatseinkommen von 600.- DM in den ersten Monaten nach der Geburt eines Kindes ermöglicht zwar keine selbständige Existenz, bedeutet aber in Familien und für Frauen mit niedrigem Einkommen eine spürbare Erleichterung. Wer die Wahl zwischen harter Arbeit zu schlechtem Lohn bei gleichzeitiger nerven- und kraftraubender Versorgung eines Säuglings und Hausarbeit oder zehn bis zwölf Monaten Hausarbeit bei gleichzeitigem Bezug von

nicht viel weniger Einkommen hat, wird in den meisten Fällen die Hausarbeit vorziehen. Für Familien, in denen das Einkommen eines Ehepartners, in den meisten Fällen des Mannes, für die Reproduktion der ganzen Familie ausreicht, und die Frau z.B. auch schon vor der Geburt des Kindes nicht berufstätig war, bedeuten 600.- DM monatlich eine direkte Geburtenprämie.

Ab 1986 soll im Steuerfreibetrag der Kinderfreibetrag von gegenwärtig 432.- DM auf 2484 DM je Kind erhöht werden. Für Schlechtverdienende, denen der geänderte Steuertarif nichts nützen wird, soll das Kindergeld angehoben werden, je nach Einkommen um bis zum 45.- DM im Monat. Wer sich Wohnungen oder Häuser anschafft, soll je Kind einen Betrag von 600.- im Jahr von der Steuer absetzen können. Und Alleinerziehende sollen Betreuungskosten als Sonderausgaben bei der Lohn- oder Einkommenssteuererklärung geltend machen, und zwar für Kinder bis zu 16 Jahren für das erste Kind 4000 DM, für jedes weitere Kind bis zu 2000 DM im Jahr.

In unteren Einkommensgruppen bis zu Einkommen um 2000 DM wird die Erhöhung des Kinderfreibetrages eine Entlastung zwischen fünf und drei Prozent des Brutto-, in Kombination mit der Kindergelderhöhung eine Entlastung bis zu 7% des Nettoeinkommens bewirken. Für Familien, in denen beide Elternteile steuerpflichtig arbeiten und die deshalb z.B. über ein Haushaltseinkommen von 3000 DM und mehr verfügen, sind die Vorteile dieser Steuerreform spürbar geringer. Für die höheren Einkommensgruppen bewirkt die Steuererleichterung eine Verschiebung der Progression und damit noch größere Erleichterungen. Die Einführung des sogenannten Baukindergeldes zielt eindeutig auf die Förderung von Einkommensbezieher in höheren Einkommensgruppen ab, die sich den Bau und Kauf von Wohnungen leisten können. (2)

Ein drittes Projekt ist die Einführung von Erziehungsjahren als anrechenbare Zeiten in die Rentenversicherung und die Verkürzung der Rentenanzwartschaftszeit für Mütter in der Rentenversicherung. Seit 1.1.84 müssen nur noch fünf Jahre statt vorher 15 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt werden, um einen Rentenanspruch zu erwerben. Geißler bezeichnet diese Änderung als einen wichtigen Schritt, weil "in Zukunft Millionen von jungen Frauen mit eigenem Rentenanspruch in die Ehe gehen" würden.

Da mit der Senkung der beitrags-

FAMILIENPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG: DIE CDU WILL FRAUENPROBLEME LÖSEN

1983 veröffentlichte das Frauenreferat im Arbeitsministerium von Baden-Württemberg die Ergebnisse einer in seinem Auftrag erstellten Repräsentativuntersuchung über die Situation der Frau in Baden-Württemberg, ihr Selbstverständnis in Gegenüberstellung zu gängigen Klischees über die Hausfrau und die Berufstätige, über Quantität und Qualität der Frauenberufstätigkeit, Partnerschaft in der Ehe, Präferenzen der Frauen in Bezug auf ihre Arbeitszeit. Im Vorwort wird der Wunsch der Frauen nach Berufstätigkeit, ihre besondere Überlastung, ihre gravierende Benachteiligung am Arbeitsplatz herausgestellt, und als besondere Punkte der zukünftigen Frauenpolitik werden u.a. genannt: Milderung der Doppelbelastung, insbesondere durch die vermehrte Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen und flexiblen Arbeitszeiten, Förderung der Chancengleichheit und Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederungsmöglichkeiten. Zu dem letzten Punkt gibt es eigene Modelle, die unter dem Motto "Neuer Start ab 35" in der ganzen BRD durchgeführt werden. Zitat aus der Begründung: "Jede rückkehrwillige Frau sollte berufstätig werden können, wenn dies ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht ... Jedoch sollte sie nicht aus einer diffusen Unzufriedenheit mit ihrer Familiensituation heraus in die nächste Arbeitsmarktlücke stolpern ... es geht auch darum, vorschnelle Entscheidungen zu vermeiden und damit sowohl zuverlässige und engagierte Frauen für den Arbeitsmarkt und für öffentliche Aufgaben zu gewinnen, als auch Zufriedenheit und Gesundheit der Frau selbst und ihrer Familie sicherzustellen." Als gleichberechtigte Ziele werden u.a. genannt: Aufnahme einer Tätigkeit im alten Beruf, Umschulung, allgemeine Weiterbildungsmaßnahmen, ehrenamtliche Übernahme sozialer Aufgaben, bewußtes Verbleiben in der Familie aus wichtigen Gründen und mit einer neuen Einstellung.

Dieses familienpolitische Konzept bedeutet insgesamt eine Neuordnung der stillen Reservearmee des Arbeitsmarktes. Das Ansaugen und Aussondern der weiblichen Arbeitskraft soll nicht mehr nach dem Rhythmus Hochkonjunktur-Flaute erfolgen, sondern im Stundenrhythmus nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und im Phasenrhythmus nach den Lebensumständen der Frau: vorhechelnde Phase, Familienphase, Phase danach. Die Feststellung, daß dies

den Bedürfnissen der Wirtschaft auf den Leib geschneidert ist, wird von den christlich sozialen Ideologen nicht bestritten. Ihre Argumentation umschifft z.B. die Kritik an Teilzeitarbeitsverhältnissen elegant über eine bemerkenswerte Akzentverschiebung mittels des Wörtchens "Wahlfreiheit". Im Bericht "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung" heißt es dazu: "Die Wahlmöglichkeit einer Erwerbstätigkeit zu haben, gehört offenbar zu den nachdrücklichen Wünschen vieler Frauen. Eine Familien- und Arbeitsmarktpolitik, die sich auf diese Trends nicht einstellt, wird zunehmend auf Widerspruch insbesondere der aktiveren und besser ausgebildeten Frauen stoßen. Das alles schließt nicht aus, daß sich zahlreiche Frauen, gerade wenn sie realistische Wahlmöglichkeiten haben, dann doch für eine Phasenlösung entscheiden

Problem der Einführung flexibler Arbeitsverhältnisse auf dem Weg über die Interessenwahrung der Frauen aufzurollen. Zweitens wird der Frau die zentrale Verantwortlichkeit für die Familie zudiktiert. Sie muß Familie und Beruf verbinden und hat die Wahl zwischen der Rolle als Zuverdienerin oder absoluter Abhängigkeit.

Dies ist die Ideologie. Das Konzept orientiert sich an den Lebensumständen von Frauen, in deren Familien das Einkommen des Mannes für die Familie einigermaßen ausreicht, wird aber als allgemeingültiges Modell vorgestellt und – das bleibt festzuhalten – geht von einer realistischen Analyse aus und ist weithin tief verwurzelt.

Und damit gelingt der CDU ein weiterer Coup: Ohne sich den "geänderten Erwartungen und Ansprüchen der modernen Frau" frontal entgegenzustellen, erreicht sie eine Neuzementierung des alten Familienge-



"Mehr Gleichheit von Mann und Frau" war eine der Begründungen für die 35-Stunden-Woche. Eine spürbare Besserung ist aber fürs erste nicht absehbar, doch das Problem der Überlastung der Frauen schreit nach einer Lösung. Teilzeitarbeit bleibt da in vielen Fällen der einzig gangbare Weg, obwohl die Probleme dadurch eher zementiert werden.

werden." Auch das Problem der Diskriminierung am Arbeitsplatz wird dann in diesem Zusammenhang gelöst: "Der Grund liegt, vereinfacht gesagt, in der geringen Kontinuität der weiblichen Berufskarriere. Nur dort, wo Männer und Frauen gleiche Karrieren haben, verschwindet die Diskriminierung." Damit bleibt der Zwang zu Kompromissen zwischen Familie und Beruf für die Frauen zwar bestehen, aber "Je mehr die Flexibilisierung auch die männlichen Berufskarrieren verändert, desto leichter werden ihnen (den Frauen) diese Kompromisse werden." (S.63)

So gelingt es der CDU, erstens das

füges in dem Grad, wie sich die Frauen der ihnen zugeordneten Rolle wieder unterwerfen. Und es bleibt ihnen kaum etwas anderes übrig, auch wenn die familiäre Wirklichkeit mit Teilzeitarbeit, Haushalt und Kindern dann noch so brutal wird. Dafür finden sich im einzelnen allemal Erklärungen. Das ideologische Konzept in sich bleibt schlüssig, solange die Institution Familie nicht direkt angegriffen wird. Und um dies plausibel zu machen, müßten so nichtgeringfügige Probleme, wie die gesellschaftliche Erziehung der Kinder vorstellbar und im größeren Rahmen durchführbar gemacht werden.

pflichtigen Zeit keine Einführung einer Mindestrente o.ä. verbunden ist, bedeutet diese Maßnahme für die Zukunft vor allem, daß Millionen von Frauen verlockt werden, mit einem Anspruch auf eine wahre Hungerrente ihren Beruf aufzugeben. Daran ändert auch die Einführung von "Erziehungszeiten" in die Rentenversicherung nichts. Danach sollen künftig Frauen, die von der Geburt eines Kindes bis zu dessen fünftem Lebensjahr nicht versicherungspflichtig arbeiten, diese Zeit als anrechenbare Jahre anerkannt bekommen. Bei niedrigen Renten wegen weniger Beitragsjahre wirken Anrechnungsjahre nur wenig erhöhend.

Tatsächlich verschärft die nun bestehende Regelung für die Frau den Zwang, den Familienzusammenschluß auf jeden Fall aufrecht zu erhalten, beträchtlich. Wenn sie nicht im Alter mit äußerst niedriger Rente dastehen will, muß sie sich zumindest durch langes Verheiratetsein einen Anspruch auf höhere Hinterbliebenenrente erwerben, bzw. mit von der höheren Rente ihres Mannes leben.

Schließlich und endlich sind folgende Maßnahmen zur Begünstigung von "Mehrgenerationenhaushalten" beschlossen oder in Planung: Ab 1.1. 1985 wird an Eltern, deren Kinder zwischen 18 und 21 Jahre alt sind und die auf einen Ausbildungsplatz warten bzw. die arbeitslos sind, wieder Kindergeld gezahlt, wenn das eigene Einkommen der Kinder nicht höher als 400,- DM im Monat ist. Das Kindergeld und eigenes Einkommen der Kinder ergeben im Höchstfall 540,- DM, womit keine selbständige Existenz möglich ist. Die Bundesregierung geht

selbstverständlich davon aus, daß diese jungen Erwachsenen gezwungen sind, im Haushalt der Eltern zu bleiben. Statt Arbeitslosengeld also Zwangsgemeinschaft Familie.

Außerdem erörtert die Bundesregierung, so ist dem "Bericht über Fragen der Pflegebedürftigkeit" zu entnehmen, die Förderung von Mehrgenerationenwohnungen, die den Kindern das Zusammenleben mit ihren alten Eltern und deren Pflege nahelegen und schmackhaft machen soll. Parallel dazu erörtert sie die Verteuerung öffentlicher Pflegeeinrichtungen und die Ausweitung ambulanter Dienste, die die öffentliche Pflege kranker und alter Eltern für die Masse der Lohnabhängigen unbezahlbar machen wird.



Geißler: Nicht Ganztagschulen, sondern Vormittagsschulen.

Niedriglohnberufe

Bundesfamilienminister Geißler preist dieses Maßnahmenpaket im "Deutschland-Union-Dienst" als "die größte Verbesserung der Situation der Familie seit Bestehen der Bundesrepublik". Tatsächlich zielen die Maßnahmen in ihrer Gesamtwirkung darauf ab, vor allem den Rückzug von Frauen mit kleinen Kindern aus dem Berufsleben auch in niedrigen Einkommenszonen zu erleichtern. Solange die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kinderversorgung völlig unzureichend sind, ist die Belastung von privater Hausarbeit, Kinderversorgung und harter, schlechtbezahlter Arbeit so hoch, daß schon kleine Einkommenserleichterungen den Rückzug der Frau in den Haushalt und damit durchaus eine kurzfristige Verbesserung der Lebensumstände der Familie bewirken können. Verbessert sich das Einkommen der Familie auf Dauer nicht spürbar – was zumeist nur aufgrund von Zufällen oder Gründen der Karriere möglich ist –, ist der Rückzug in die Familie und der Verzicht auf eine selbständige Existenz untrennbar verbunden mit der späteren Rückkehr der Frau in die Lohnarbeit. In Zeiten eines übervollen Arbeitsmarktes, mit dem auch die Bundesregierung auch noch für lange Dauer rechnet, bleibt kaum etwas anderes, als schlechtbezahlte Arbeit anzunehmen. Selbst wer nur die ersten zwölf Monate nach der Geburt des Kindes zu Hause bleibt, muß damit rechnen, zu schlechteren Bedingungen als vorher arbeiten zu müssen.

In den vergangenen Jahren war allerdings eines auffällig: Die Kapitalisten haben ihre Lohnsenkungsabsich-

DEMONSTRATION AM 23.2. GEGEN DEN § 218

Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise den Aufruf der Koordination gegen den § 218 zu einer bundesweiten Demonstration in Köln am 23. Februar 1985, dem 10. Jahrestag des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Der Aufruf steht unter den Forderungen:

Weg mit dem § 218! Weg mit der Bundesstiftung "Mutter und Kind"! Weiterhin Finanzierung von Abtreibung auf Krankenschein! Kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für alle!

Die Aktion und der Aufruf verdienen Unterstützung. Problematisch ist es angesichts der gegebenen Gesetzeslage allerdings, von den "rechtlichen Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch" zu sprechen, deren Wahrnehmung eingeschränkt werden soll.

"10 Jahre BVG-Urteil!

Am 25. Februar 1985 jährt sich zum 10. Mal der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht die Fristenregelung für verfassungswidrig erklärte. Dieses Urteil stand am Schluß einer breiten Bewegung gegen den § 218, der Abtreibung grundsätzlich unter Strafe stellt. Damals forderten zahlreiche Frauen und Männer: 'Weg mit dem § 218!'

Heute ist es nach wie vor notwendig, gegen den § 218 auf die Straße zu gehen, denn auch der reformierte Paragraph (Indikationsregelung) hat die Not der Frauen nicht grundlegend abgeschafft.

Zudem fordern seit einiger Zeit rechte Abtreibungsgegner immer lauter, die Abtreibungsbedingungen zu erschweren. Sie basteln fleißig daran, die Finanzierung der Abtreibung durch die Krankenkassen abzuschaffen. Die CSU und die CDU Baden-Württemberg haben angekündigt, wieder vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen, das darüber entscheiden soll, ob wir Frauen den Abbruch demnächst aus eigener Tasche bezahlen

müssen. Das würde bedeuten, daß der Schwangerschaftsabbruch wieder zu einem Privileg der Reichen wird...

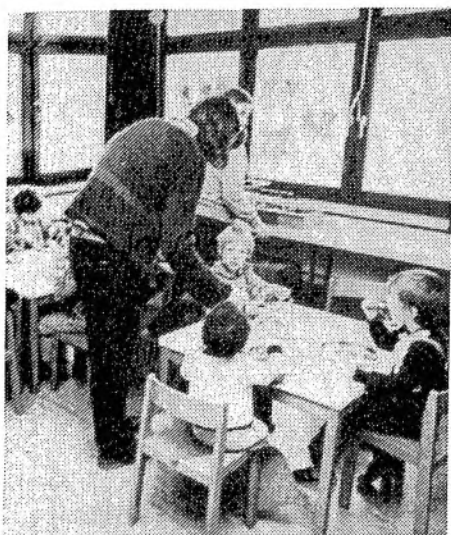
Andererseits sollen Frauen und Mädchen mit finanziellen Anreizen aus der Stiftung 'Mutter und Kind' von einem Schwangerschaftsabbruch abgehalten und zum Kind überredet werden. Mit einer ideologisch gefärbten Kampagne gegen Frauen und gegen Organisationen wie Pro Familia wird unter dem Stichwort 'Schutz des ungeborenen Lebens' versucht, ein Klima zu schaffen, das Frauen einschüchtert und sie daran hindern soll, ihre rechtlichen Möglichkeiten für einen Schwangerschaftsabbruch wahrzunehmen.

... Mit dem § 218, der seit seinem Bestehen als ein Instrument zur Unterdrückung der Frauen benutzt wurde, wird auch heute wieder versucht, kleinste erkämpfte Rechte der Frauen zurückzudrehen und es den Frauen unmöglich zu machen, über ihr Leben selbst zu entscheiden."

ten weitgehend gegenüber den lohnabhängigen Männern durchsetzen können, die Frauenlöhne und -gehälter sind insgesamt – obwohl im Durchschnitt niedriger als die Männerlöhne und -gehälter – weniger gesunken, teilweise sogar gestiegen. (1) Damit soll jetzt Schluß sein.

Geißler hat in einer vom Bundesfamilienministerium veröffentlichten Zeitung erklärt, welche "Verbesserungen" er anstrebt für Frauen, die weiter arbeiten wollen oder müssen:

"Beurlaubungs- und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Erwerbstätige mit Kindern sollen gesetzlich geregelt werden und Müttern und Vätern im Anschluß an einen Urlaub zur Kinderbetreuung eine Arbeitszeitverkürzung bis höchstens zur Hälfte der normalen wöchentlichen Arbeitszeit ermöglicht



Die Versorgung mit Ganztagskindergärten und Krippen ist mangelhaft.

werden...

Die Arbeitszeiten ließen sich noch mehr an die Erfordernisse von Eltern und Kindern anpassen durch Ausweitung bestehender Gleitzeitregelungen, flexible Teilzeitarbeitsformen, veränderte Arbeitszeitregelungen im Bereich Schichtarbeit und flexible Handhabung der Arbeitsfreistellung bei Krankheit der Kinder...

Kindergärten und Horte müßten ihre Anfangs- und Schlußzeiten flexibler halten. Allgemein verbindliche Schulzeiten von 8 bis 13 Uhr und Mahlzeiten in der Schule würden helfen, zumindest eine Halbtagsstätigkeit für den mit der Kinderbetreuung betrauten Elternteil möglich zu machen."

Die Möglichkeit normaler Berufstätigkeit erwägt Geißler überhaupt nicht mehr. Teilzeitarbeit in allen Variationen, für die selbstverständlich auch nur der Teillohn gezahlt wird, einschließlich der Einkommenseinbußen durch Sonderurlaube etc. für Frauen mit Kindern, ist seine Forderung. Selbst die vielleicht verlockend klingenden Ankündigungen über Verbesserungen bei den öffentlichen Erziehungs- und Versorgungseinrichtun-

DATEN ZUR TEILZEITARBEIT

Familienminister Geißler preist die Teilzeitarbeit als Möglichkeit für Frauen, "Partnerschaft, Gleichberechtigung, Wahlfreiheit" durch eine "familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt" zu verwirklichen. In Wirklichkeit ist die Teilzeitbeschäftigung keineswegs aus den Bedürfnissen von lohnabhängigen Frauen entstanden, sondern aus dem Wunsch der Kapitalisten, ein Höchstmaß an Arbeitsintensität und Anpassung der Arbeitskraft an Marktschwankungen durchzusetzen.

Der größte Teil der teilzeitbeschäftigten Frauen (die Statistik, die der Tabelle zugrunde liegt, rechnet alle mit weniger als 36 Wochenstunden als Teilzeitbeschäftigte) muß als Hilfsarbeiterin, Schreibkraft oder Verkäuferin schlechtest bezahlte Tätigkeiten verrichten (s. Tabelle). Die Löhne, die für diese Beschäftigungen schon bei 40 Wochenstunden oft an der Grenze für eine selbständige Lebensführung liegen, reichen

bei Teilzeitbeschäftigung noch viel weniger – diese Frauen sind "Zuverdiener".

Rund eine Million Frauen verrichtet Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Wochenstunden und weniger als 390 DM Lohn, sie liegen daher unter der Sozialversicherungspflichtgrenze. Somit ist die Abhängigkeit vom Ehemann auf lebenslänglich angelegt: Arbeitslosengeld wird überhaupt nicht gezahlt, die Versicherungsleistung bei Krankheit erfolgt über den Mann, und die spätere Rente wird niedrig sein.

Der Zwang zur Teilzeitbeschäftigung wächst für Frauen mit Kindern vor allem wegen mangelnden gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kinderversorgung: So arbeiteten 1978 von alleinstehenden Frauen nur rd. 13% in Teilzeit, von verheirateten Frauen ohne Kinder 32%, dagegen arbeiteten 55% der verheirateten Frauen mit zwei und mehr Kindern weniger als 40 Stunden.

Quellenhinweis: Wirtschaft und Statistik 5/1984; Gesellschaftliche Daten 1979 u. 1982

Erwerbstätigkeit und Teilzeitbeschäftigung von Frauen (Ergebnisse der Mikrozensus 1982)

Art der Erwerbstätigkeit Stellung im Beruf	erwerbstätige Frauen		
	insg.	Teilzeit	Anteil
	1 000	1 000	in %
Erwerbstätig insgesamt	10 182	3 124	30,7
abhängig beschäftigt	8 974	2 673	29,8
sozialversicherungspflichtig ¹⁾	7 912	1 654	20,9
Beamte	441	67	15,2
Angestellte zusammen	5 424	1 497	27,6
Bürokraft, Schreibkraft	1 655	591	35,7
Verkäufer, Bearbeiter	1 649	521	31,6
Sachbearbeiter	1 116	260	23,3
Herausgehobene Fachkraft	391	92	23,5
Sachgebietsleiter	106	16	15,1
Arbeiter zusammen	3 112	1 108	35,6
un- und angelernt	2 364	936	39,6
Facharbeiter	455	147	32,3
Vorarbeiter, Meister	47	11	23,4

¹⁾ März 1983 – (nach Bundesarbeitsblatt 5/1984)

Quelle: Wirtschaft und Statistik 5/1984

gen zielen samt und sonders auf die erleichterte Einbeziehung von Frauen in Teilzeitarbeit ab.

Gelingt das Vorhaben der Bundesregierung, so würden die in mühsamen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpften und ja auch nicht so zahlreichen tatsächlich erreichten Fortschritte in der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in kurzer Zeit beseitigt. Die IG Metall polemisiert in ihrer Zeitung gegen das Familienprogramm, weil es nur den Besserverdienenden nütze. Der beabsichtigte Angriff auf die weniger verdienenden Frauen verdiente die Beachtung der Gewerkschaften.

(1) s. dazu Politische Berichte Nr. 10, 11/84; (2) s. Seite 32/33 und (1). Weiterer Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen Nr. 10/2062; 10/1943; 10/2222; 10/1807; Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1984; Treffpunkt, herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Ausgaben Nr. 22, 23, 24; Deutschland-Union-Dienst v. 19. Juli 1984; Sozialbericht 1983 und Materialien zum Sozialbericht, hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn Januar 1984; Metall Nr. 25-26/84 – (uld, alk, evd, wom)



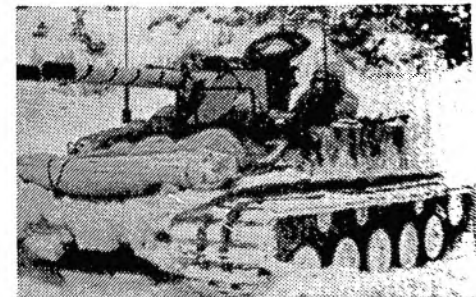
Renten-Strukturreform

Den Rentnern machen allein die beiden jetzt im Bundestag anliegenden Gesetze deutlich, was "Leistungs-gerechtigkeit", "Solidarität" und "Subsidiarität" als "tragende Prinzipien" klerikal-sozialer Rentenreform bedeuten: z.B. Anrechenbarkeit anderer Einkommen (Hinterbliebene) oder die Verwandlung einer tariflichen Lohn-

erhöhung um 3,2% in wohl bloß noch 0,8% Rentenerhöhung (Rentenanpassung '85), christliche Nächstenliebe gibt "dem Sparen soziale Perspektiven". Stützenswerte Gegenpositionen der Parlaments-Opposition? Die SPD scheint der CDU zuvor kommen zu wollen, die GRÜNEN begeben sich mit staatlicher Mindestversorgung und Wertschöpfungssteuer auf gefährliches Gelände.

Japans Militärmacht im Pazifik

Der japanische Imperialismus hat seine sog. "Selbstverteidigungsstreitkräfte" zu einer der modernsten und größten Armeen im pazifischen Raum ausgebaut – trotz der Rüstungsbeschränkungen, die ihm nach seiner Niederlage im 2. Weltkrieg auferlegt wurden, und trotz des erbitterten Widerstands großer Teile der japanischen Bevölkerung. Im Zusammenarbeit mit den USA übt Japan inzwischen eine militärische Kontrollfunktion im ost- und südostasiatischen Raum aus und sichert seine Vorherrschaft in diesem Gebiet auch militärisch ab. Die japanische Industrie ist auf den neuen Rüstungsboom bestens vorbereitet und forciert ihre Waffenexporte.



Christliche Krankenhäuser

Durch die Bildung einer GmbH zwischen der Diakonissenanstalt Flensburg und dem Kreiskrankenhaus Schleswig gibt der Landkreis die Kontrolle über die Krankenhausversorgung praktisch auf. Private und konfessionelle Häuser seien leistungsfähiger, heißt es. Für die Patienten wird dies eine Verschlechterung des

Leistungsangebots bedeuten und weitere Anfahrtswege. Die Beseitigung der kommunalen "Mißwirtschaft" unter christlichem Management bringt für die Beschäftigten eine Verschlechterung ihrer Vertretungsrechte und ihrer tariflichen Arbeitsbedingungen. Mit Tendenzschutz und der Ideologie der "tätigen Nächstenliebe" wird an konfessionellen Häusern seit langem Profit gemacht.

Osteuropäische Staaten zur "Deutschen Frage"

Seit dem Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen und der von der BRD betriebenen Stärkung der WEU führen die Staaten des Warschauer Paktes eine öffentliche Kritik an den revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten. Die osteuropäischen Staaten berufen sich auf völkerrechtliche Grundsätze, die insbesondere in den Verträgen von Jalta und Potsdam zwischen der UdSSR und den westlichen Alliierten und in den mit der BRD geschlossenen Ostverträge festgehalten seien. Die Politik der osteuropäischen Staaten zielt darauf ab, die westdeutschen Imperialisten auch unter deren westlichen Verbündeten zu isolieren.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrichten-

heft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Bei Bestellungen von Politischen Berichten bitte angeben, ob diese mit oder ohne Lokalbeilage geliefert werden sollen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.